BREMISCHE BÜRGERSCHAFT **Drucksache 21/1526**
Landtag 16.12.2025
21. Wahlperiode

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2025

Wissenschaftsplan 2030

Der Senat überreicht der Bürgerschaft (Landtag) den Wissenschaftsplan 2030 mit der Bitte um Kenntnisnahme in der Sitzung im Januar 2026.

Gemäß § 105 Bremisches Hochschulgesetz entwirft die Senatorin für Wissenschaft den Hochschulgesamt- oder Wissenschaftsplan und seine Fortschreibung. Dieser wird nach Stellungnahmen durch die Hochschulen vom Senat beschlossen. Anschließend wird die Bremische Bürgerschaft unterrichtet. Der Wissenschaftsplan dient dabei als strategische Leitplanke, auf dessen Grundlage unter anderem die Zielvereinbarungen mit den Wissenschaftseinrichtungen geschlossen werden.

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft hat im September 2025 den Entwurf des Wissenschaftsplans 2030 vorgelegt, der vom Senat am 16. Dezember 2025 beschlossen wurde. Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung hat den Entwurf des Wissenschaftsplans 2030 bereits in seiner Sitzung am 1. Oktober 2025 zur Kenntnis genommen.

Mit dem Wissenschaftsplan 2030 wird an den vom Senat der Freien Hansestadt Bremen im Februar 2019 verabschiedeten Wissenschaftsplan 2025 angeknüpft, der die Schwerpunkte der bremischen Wissenschaftspolitik bis zum Jahr 2025 festlegte.

Der Wissenschaftsplan 2030 benennt zentrale Handlungsfelder, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und das Land Bremen gemeinsam den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen und die Potenziale von Wissenschaft für gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Transformation bestmöglich nutzen.

Die durch Wissenschaft ausgelöste Beschäftigung in der bremischen Wirtschaft bindet circa 38 500 Einwohner:innen in Bremen und in Bremerhaven. Der Wissenschaftssektor steht für circa 228 Millionen Euro bremische Steuereinnahmen jährlich. Zudem erzeugen die rund 38 000 Studierenden (Stand 2025) eine jährliche Kaufkraft von circa 295 Millionen

Euro im Land Bremen. Das bremische Wissenschaftssystem leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Region. Die bremischen Wissenschaftseinrichtungen verzeichnen zudem im Bundesvergleich Spitzenwerte in der Drittmitteleinwerbung.

Um die enorme Bedeutung des Wissenschaftsstandortes auch in Zukunft zu gewährleisten, bedarf es attraktiver Rahmenbedingungen für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Zudem stehen das Land Bremen wie auch die Hochschulen in den kommenden Jahren vor erheblichen Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Klimakrise und zunehmender sozialer Segregation – um nur einige Beispiele zu nennen. Vor diesem Hintergrund muss es Ziel des Landes sein, Strategien zur Bewältigung dieser Herausforderungen aufzuzeigen.

Mit dem Wissenschaftsplan 2030 bietet das Land verlässliche Rahmenbedingungen, es unterstützt Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch flexible Verwaltung, es achtet und schätzt die Freiheit von Forschung und Lehre und arbeitet gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen an ihrer weiteren Profilierung, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts sicherzustellen und weiter auszubauen.

Darauf aufbauend ist es Aufgabe der Hochschulen und der weiteren beteiligten Einrichtungen, in ihren Struktur- und Entwicklungsplänen ihre Schwerpunkte in Forschung, Lehre und Transfer weiterzuentwickeln und ihre zukünftigen Handlungen daran auszurichten.

Das Land wird die Ziele und Elemente des Wissenschaftsplans in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufnehmen und in der Umsetzung konkretisieren. Über den Umsetzungsstand der im Wissenschaftsplan formulierten Ziele wird die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz, Informationsfreiheit und Digitalisierung jährlich in schriftlicher Form berichten.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt den Wissenschaftsplan 2030 zur Kenntnis.

TRANSFORMATION ALS CHANCE –

WISSENSCHAFTSPLAN 2030 DES LANDES BREMEN

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort – Transformation als Chance 3
2. Wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen 5
3. Entwicklungen und Umbrüche – Die Ausgangslage für die Wissenschaft 9
3.1. Demografische Entwicklung 10
3.2. Gesellschaftliche Umbrüche 13
3.3. Klimawandel und Klimafolgenanpassung 17
3.4. Finanzielle Rahmenbedingungen 20
3.5. Infrastruktur 27
4. Die zentralen Institutionen – Auftrag, Errungenschaften und Perspektiven 33
4.1. Hochschulen 33
4.1.1. Universität Bremen 33
4.1.2. Hochschule Bremen 41
4.1.3. Hochschule Bremerhaven 47
4.1.4. Hochschule für Künste 51
4.1.5. Private Hochschulen 55
4.2. Forschungs- und Transferschwerpunkte des Landes 58
4.3. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen 60
4.4. Staats- und Universitätsbibliothek 63
4.5. Studierendenwerk 65
5. Die Herausforderungen gemeinsam meistern – Ziele und Strategien 67
5.1. Kooperationen gestalten, Synergieeffekte nutzen 67
5.2. Fachkräftebedarf als Chance nutzen 74
5.3. Von der Spitzenforschung vor Ort profitieren 81
5.4. Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den Fokus nehmen 90
5.5. Wissens- und Technologietransfer vorantreiben 96
5.6. Digitalisierung und technische Transformation umsetzen 104
5.7. Soziale Kohäsion stärken, gesellschaftliche Wandlungsprozesse gestalten 109
5.8. Chancengerechtigkeit und Diversität fördern 112
5.9. Verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen schaffen 117
5.10. Wissenschaftskommunikation und -marketing einbeziehen 120

6. Ergänzende Informationen und Daten 123
6.1. Hochschulen kurz & knapp 123
6.2. Forschungs- und Transferschwerpunkte 128
6.3. Außerhochschulische Forschungsinstitute 132
6.4. Glossar 140

1. Vorwort – Transformation als Chance

Das Land Bremen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten zu einem **der profiliertesten Wissenschaftsstandorte Deutschlands** entwickelt. Diese Position ist das Ergebnis kontinuierlicher Anstrengungen, strategischer Investitionen und einer engen Zusammenarbeit zwischen Land, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Um diese Stärke zu bewahren und den Standort weiterzuentwickeln, braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, klare Perspektiven und den Mut, sich immer wieder neu zu erfinden.

Die **Wissenschaft ist seit jeher Motor für Innovation, Fortschritt und gesellschaftliche Entwicklung**. Unsere Hochschulen und Forschungsinstitute ziehen Talente aus aller Welt an, treiben wegweisende Forschung voran und tragen mit rund 38.000 Studierenden sowie einem vielfältigen Studienangebot maßgeblich zur Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte bei.

Doch die **Herausforderungen der kommenden Jahre** sind gewaltig: Klimaschutz und Klimaanpassung, die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft, der demografische Wandel, technologische Umbrüche und die Bewahrung unserer Demokratie. Wissenschaft kann und muss hier eine Schlüsselrolle übernehmen – als Quelle für Handlungsoptionen, als Ausbildungsstätte für die Fachkräfte von morgen und als Vorbild in der eigenen Transformation.

Mit dem Wissenschaftsplan 2030 – Transformation als Chance legen wir eine **strategische Grundlage** vor, um das Land Bremen als Wissenschaftsstandort zukunftsfest aufzustellen. Er adressiert zentrale Transformationsfelder, benennt strategische Ziele und bildet auch die Basis für die ab 2026 neu zu verhandelnden Zielvereinbarungen zwischen Wissenschaftsbehörde und Hochschulen. Der Wissenschaftsplan gibt insoweit Leitlinien vor. Wir wollen, dass unsere Einrichtungen nicht nur reagieren, sondern selbst **Impulse setzen** – durch gute Forschung und Lehre, durch Reallabore, Ideenwettbewerbe und visionäre Projekte. Hierfür finden sich bereits viele Beispiele, auf die der vorliegende Wissenschaftsplan eingeht, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben.

Gleichzeitig sehen wir uns in der Verantwortung, die **Freiheit von Forschung und Lehre** zu schützen. In einer Zeit, in der antidemokratische Strömungen weltweit an Einfluss gewinnen und wissenschaftliche Erkenntnisse – insbesondere in Bereichen wie der Klimaforschung oder den Gesundheitswissenschaften – gezielt diskreditiert werden, ist der Schutz dieser Freiheit von existenzieller Bedeutung. Der Bremer Senat steht entschieden für eine Wissenschaft, die offen im Diskurs und fest verankert in den Werten von Respekt und Toleranz agieren kann.

Ein wesentliches Element dieses Wissenschaftsplans ist die konsequente **Verzahnung von Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft**. Innovationen entfalten ihre volle Wirkung dann, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse in wirtschaftliche Wertschöpfung und gesellschaftlichen Diskurs und Anwendung überführt werden. Systematische Kooperationen zwischen den wissenschaftlichen

Einrichtungen, den verschiedenen Senatsressorts sowie mit der Wirtschaft und der (Zivil-)Gesellschaft sind hierfür von besonders großem Wert.

Eine Stärke des Wissenschaftsstandorts liegt in der Vernetzung: regional im Nordwesten Deutschlands, aber auch national, europäisch und weltweit. Kooperationen in Forschung, Lehre, Transfer und Verwaltung sind Kennzeichen unseres Wissenschaftssystems. Sie erweitern unsere Perspektiven, bündeln Ressourcen und schaffen Synergien – und sie bilden die Basis dafür, dass Bremen auch künftig zu den führenden Wissenschaftsstandorten gehört.

Gute Arbeits- und Studienbedingungen sind eine wesentliche Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Wissenschaftsstandortes. Wir wollen, dass Studierende in Bremen und Bremerhaven nicht nur sehr gute Studienangebote vorfinden, sondern auch ein Umfeld, das ihre persönliche und fachliche Entwicklung fördert. Dazu gehören eine angemessene Infrastruktur, innovative Lehrformate, ein breites Spektrum an Studiengängen sowie Unterstützungsangebote, die es jungen Talenten aus aller Welt ermöglichen, ihr Potenzial zu entfalten.

Trotz **begrenzter finanzieller Spielräume** hält der Bremer Senat an einer stabilen und verlässlichen Finanzierung des Wissenschaftsbereichs fest – auch im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Denn wir stehen dazu: Wissenschaft ist nicht Kostenfaktor, sondern Investition in die Zukunft.

Mit dem Wissenschaftsplan 2030 – Transformation als Chance bekräftigen wir unser Ziel, die Wissenschaft als zentralen Pfeiler für die gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Transformation zu stärken. Wir setzen auf **Kreativität, Innovationskraft und Engagement unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen** – in der Überzeugung, dass das Land Bremen damit auch in den kommenden Jahrzehnten ein herausragender Wissenschaftsstandort bleibt.

Herzlichst

Ihre Henrike Müller

2. Wissenschaftspolitische Schwerpunktsetzungen

Mit dem Wissenschaftsplan 2030 – Transformation als Chance soll die Wissenschaftslandschaft im Land Bremen so ausgerichtet werden, dass sie auch in den kommenden Jahren national wie international zukunftsfähig aufgestellt ist. Der Wissenschaftsplan benennt dabei zentrale Handlungsfelder, in denen Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und das Land Bremen gemeinsam den Herausforderungen der kommenden Jahre begegnen und die Potenziale von Wissenschaft für gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Transformation bestmöglich nutzen. Die dem Dokument zugrundeliegenden strategischen Leitgedanken werden im Folgenden gebündelt vorgestellt.

Wissenschaft als Standortfaktor stärken

Die Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven schafft direkt und indirekt mehrere tausend Arbeitsplätze und zieht hochqualifizierte Talente aus dem In- und Ausland an. Mit ihrer international ausgerichteten Hochschullandschaft sind die beiden Städte attraktive Studien- und Forschungsstandorte für Wissenschaftler:innen und Studierende weltweit. Verglichen mit der Zahl der Bremer Schulabsolvent:innen, die ein Studium in einem anderen Bundesland aufnehmen, zieht Bremen die zweitmeisten Studienanfänger:innen aus anderen Bundesländern an. So wird die Stadtbevölkerung verjüngt, das soziale Klima, die Diversität und das kulturelle Angebot werden gefördert. Ermöglicht wird dies insbesondere durch die vier[1] staatlichen und zwei privaten Hochschulen am Standort und durch die beeindruckende Vielfalt von 20 außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Entstanden ist ein Wissenschaftssystem, in dem international sichtbare Spitzenforschung in gelebter gesellschaftlicher Verantwortung handlungsleitend ist.

Dem Fach- und Lehrkräftebedarf begegnen

Der Fachkräftebedarf, der in vielen Bereichen zunehmend spürbar wird, eröffnet Hochschulen vielfältige Chancen und Möglichkeiten. Besonders in einer Zeit, in der der Arbeitsmarkt globaler und gleichzeitig spezialisierter wird, spielen Hochschulen eine zentrale Rolle dabei, den Bedarf an qualifizierten Fachkräften zu decken. Besonders in Bereichen wie Informationstechnologien, Ingenieurwissenschaften, Lehramt, Gesundheitswesen, nachhaltige Entwicklung oder Künstliche Intelligenz gibt es eine steigende Nachfrage nach Fachkräften – Bereiche, in denen die Hochschulen im Land Bremen bereits sehr gut aufgestellt sind.

Die Universität Bremen trägt mit ihren lehramtsbezogenen Studiengängen wesentlich zur Ausbildung sehr guter Lehrkräfte für eine gute Schule und guten Unterricht bei. In der regulären Lehramtsausbildung soll es zukünftig einer deutlich stärkeren Berücksichtigung der Lehrkräftebedarfe in spezifischen Fächern und Lehrämtern geben. Dazu gehört eine erweiterte fach- und lehramtsspezifische Steuerung der

[1] Die Hochschule für öffentliche Verwaltung wird im vorliegenden Wissenschaftsplan nicht berücksichtigt, da sie im Zuständigkeitsbereich des Senators für Inneres und Sport liegt.

Kapazitäten und die Einrichtung eines universitären Quereinstiegs für spezifische Fächer und Lehrämter. Ebenso soll mit einer zusätzlichen Unterstützung der Lehrkräfte mit ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikation erreicht werden, deren Anerkennungsverfahren deutlich zu verkürzen. Zusammen mit dem Senator für Kinder und Bildung sollen in gemeinsamer Verantwortung für einen reglementierten Beruf ergänzende und neue Wege beschritten werden, um zusätzliche Lehrkräfte auszubilden und ebenso über qualitätsorientierte Maßnahmen zu qualifizieren. Ziel ist es, gemeinsam den Lehrkräftemangel mittelfristig in Bremen mindestens deutlich zu verringern, wenn nicht abzuschaffen.

Ein anhaltend hoher Fachkräftebedarf fordert Hochschulen heraus, ihre Programme stärker praxisorientiert zu gestalten. Dies kann durch die im Land Bremen bereits ausgeprägte enge Zusammenarbeit mit Unternehmen und Forschungsinstitutionen geschehen, die den Studierenden praxisnahe Erfahrungen bieten, etwa in Form von Praktika, Projekten oder dualen Studiengängen.

Vernetzung und Kommunikation ausbauen

Die Vielfalt an wissenschaftlichen Schwerpunkten und Studiengängen im Land Bremen eröffnet ein enormes Potenzial für Zusammenarbeit. Durch eine enge Abstimmung und komplementäre Profilbildung können die Hochschulen ihre Stärken gezielt ausbauen und gemeinsam neue Chancen erschließen. Kooperationen – innerhalb der Wissenschaft, zwischen den Einrichtungen und über Ressortgrenzen hinweg – sind dabei ein zentrales Instrument, um Transformationsprozesse aktiv zu gestalten und Herausforderungen wie z. B. die der Digitalisierung zu meistern, exzellente Fachkräfte zu gewinnen und innovative Studien- sowie Forschungsformate zu entwickeln. Ein offener und kontinuierlicher Dialog zwischen allen Akteur:innen des Wissenschaftssystems ist dafür ebenso entscheidend wie eine transparente Kommunikation nach außen, um die Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandortes weiter zu erhöhen und seine Rolle in der gesellschaftlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Transformation zu stärken. Dazu gehört ausdrücklich auch eine lebendige Wissenschaftskommunikation in die Gesellschaft. Forschungsergebnisse müssen verständlich vermittelt, der Dialog mit Bürger:innen gefördert und damit verbunden das Vertrauen in wissenschaftliche Erkenntnisse gestärkt werden

Den Studienstandort attraktiv gestalten

Während andere Hochschulstandorte rückläufige Studienanfängerzahlen verzeichnen, konnten die Hochschulen im Land Bremen ihr Niveau halten. Angesichts des demografischen Wandels muss das Land Bremen seine Studienangebote weiterhin attraktiv gestalten und die hohe Lehrqualität sichern. Die Hochschulen sollen ihre Studienprogramme dabei verstärkt kompetenzorientiert weiterentwickeln, damit sie sowohl dem Fachkräftebedarf als auch den Interessen der Studierenden im Sinne eines Lebenslangen Lernens gerecht werden. Mit Blick auf die Auslastung von Studiengängen oder die Gewinnung sehr gut qualifizierten, wissenschaftlichen Personals sind die Möglichkeiten der Internationalisierung noch

stärker als bisher auszuschöpfen. Der Wissenschaftsplan versteht Internationalisierung dabei als durchgängiges Prinzip in Studium, Forschung und Transfer. Dazu gehören der Ausbau internationaler Kooperationen, die Förderung von Mobilität für Studierende und Wissenschaftler:innen sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen, die Talente aus aller Welt anziehen und langfristig binden.

Auch eine gute und nachhaltige Infrastruktur einschließlich preisgünstigen studentischen Wohnraums, bedarfsgerechte Arbeits- und Lernräume sowie eine moderne technische Ausstattung sind von zentraler Bedeutung für einen attraktiven Studienstandort. Dies zu gewährleisten, ist ein wesentliches Ziel für die kommenden fünf Jahre.

Potenziale der Forschungs- und Transferschwerpunkte nutzen

Die mit dem Wissenschaftsplan 2025 etablierten Forschungs- und Transferschwerpunkte sollen in den kommenden Jahren genutzt werden, um die Transferpotenziale in ihrer vollen Breite zu entfalten. Ziel muss es sein, Bremen im Rahmen einer nordwestdeutschen Forschungs- und Transferregion („Northwest Alliance“) zu etablieren, die auch länderübergreifend (u. a. mit den Niederlanden) agiert. Die bremische Spitzenforschung kann damit als Magnet für Investitionen und Unternehmensansiedlungen wirken. Durch die gezielte Förderung von Wissens- und Technologietransfer wird das Land Bremen für Fachkräfte, Gründer:innen und Investor:innen aus dem In- und Ausland zunehmend attraktiv. Dies stärkt nicht nur die Position Bremens im internationalen Standortwettbewerb, sondern sichert langfristig die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region. Das Land wird die Forschungs- und Transferschwerpunkte bis 2030 evaluieren und sie damit zukunftsfest aufstellen.

Von der Spitzenforschung in die Breite wirken

Viele der Wissenschaftseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven sind international renommierte Zentren der Spitzenforschung. Ihre Beteiligung an globalen Forschungsnetzwerken und internationalen Kooperationen trägt dazu bei, Bremen als wichtigen Akteur im internationalen Wissenschaftssystem zu etablieren. Das Land Bremen bekennt sich zur Forschungsexzellenz und wird diese in den Forschungs- und Transferschwerpunkten des Landes stärken und zukunftsweisend weiterentwickeln. In der aktuellen Ausschreibungsrunde der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern hat sich die Universität Bremen, auch mit tatkräftiger Unterstützung des Landes, erfolgreich positioniert. In diesem Zusammenhang kommt der Allianz mit der Universität Oldenburg eine herausgehobene Bedeutung zu, die genutzt und intensiviert werden soll. Durch die entsprechenden Weichenstellungen in der Wissenschaftspolitik wird das Land Bremen auch künftig in der Lage sein, erfolgreiche Anträge in Bund-Länder Programmen und Förderungen der Europäischen Union zu platzieren und so den eigenen Aktionsradius zu erweitern. Diese Programme, in denen die bremischen Wissenschaftseinrichtungen bisher überproportional erfolgreich sind, sorgen für unverzichtbare inhaltliche Impulse wie auch für essenzielle Finanzierungsbestandteile. Gleichzeitig wirken sie in die Breite

der bremischen Wissenschaftslandschaft und fördern Innovationen. Strukturen wie z. B. Forschungsbauten und -geräte, die mit den eingeworbenen Mitteln geschaffen werden können, kommen so nicht nur den Einrichtungen zugute, sondern entfalten eine breite Wirkung.

Nachhaltigkeit und Klimaschutz weiterdenken und umsetzen

Die Wissenschaftseinrichtungen gestalten den gesellschaftlichen Wandel mit und entwickeln sich selbst ständig weiter. Sie knüpfen dabei an viele Entwicklungen an, die das Land mit dem Wissenschaftsplan 2025 bereits eingeleitet hat. Schon dieser Vorgängerplan benennt den Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft als Ziel und orientiert sich inhaltlich am umfassenden Nachhaltigkeitsbegriff der Vereinten Nationen, der soziale, ökologische und ökonomische Aspekte einschließt. Die Wissenschaftseinrichtungen haben diese Impulse in den vergangenen Jahren aufgegriffen und den Standort damit – noch umfassender als bislang – als bedeutenden deutschen Standort für Klimaforschung, Innovation und Nachhaltigkeit positioniert. Der Wissenschaftsplan 2030 geht nun einen Schritt weiter: Angesichts der Klimakrise ist es entscheidend, Forschung, Lehre und Innovation gezielt für die Transformation einzusetzen. Bremens Wissenschaftslandschaft spielt dabei eine Schlüsselrolle – von der Meeresforschung bis zur Entwicklung neuer, intelligenter Technologien für eine emissionsarme und zukunftsfähige Wirtschaft. Ebenso wichtig ist die Erforschung der gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Voraussetzungen für Nachhaltigkeit sowie die Entwicklung von Konzepten, die eine sozial gerechte und partizipative Transformation ermöglichen und damit eine demokratische Gesellschaftsform stärken.

Gute Beschäftigungsbedingungen sichern

Gute Arbeitsbedingungen sind entscheidend, damit sich Studierende, Wissenschaftler:innen und alle Mitarbeitenden motiviert fühlen und engagieren können. Bildungszugang, verlässliche und klare Karrierewege, die Vereinbarkeit von Beruf, Studium und Privatleben, Gleichstellung und Diversität gehören ebenso dazu wie ein diskriminierungssensibles und wertschätzendes Umfeld. Das Land setzt sich gemeinsam mit den Hochschulen ausdrücklich dafür ein, bestmögliche Beschäftigungsbedingungen für alle Mitglieder der Wissenschaftseinrichtungen zu schaffen. Dafür bedarf es auch einer guten räumlichen wie technischen Infrastruktur ebenso wie angemessener rechtlicher Rahmensetzungen. Gesetzliche Regelungen sollen einen Rahmen bieten, nicht zusätzliche Bürokratie schaffen. Das Land wird daher die rechtlichen Regelungen unter Beteiligung der Hochschulen weiterentwickeln und damit einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes leisten.

3. Entwicklungen und Umbrüche – Die Ausgangslage für die Wissenschaft

In den vergangenen Jahrzehnten ist das bremische Wissenschaftssystem zu einem wesentlichen Schrittmacher für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung des Landes geworden. Den Kern des Wissenschaftssystems bilden die vier staatlichen Hochschulen, ergänzt um eine breite und beeindruckende Vielfalt von 20 außerhochschulischen Forschungseinrichtungen.

Die durch Wissenschaft ausgelöste Beschäftigung in der bremischen Wirtschaft bindet ca. 38.500 Einwohner:innen in Bremen und in Bremerhaven. Der Wissenschaftssektor steht für ca. 228 Millionen Euro bremische Steuereinnahmen jährlich.[2] Zudem erzeugen die rund 38.000 Studierenden (Stand 2025) eine jährliche Kaufkraft von ca. 295 Millionen Euro im Land Bremen. Das bremische Wissenschaftssystem leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Region. Die bremischen Wissenschaftseinrichtungen verzeichnen zudem im Bundesvergleich Spitzenwerte in der Drittmitteleinwerbung.

Das Land Bremen – ein attraktiver Wissenschaftsstandort

Das Land sieht seine Aufgabe vor allem darin, attraktive Rahmenbedingungen für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu schaffen. Das Land will die aktuelle Zahl an Studienplätzen bedarfsgerecht erhalten, die hohe Qualität in Studium und Lehre sichern, die Durchlässigkeit von akademischer und beruflicher Qualifizierung stärken, die Forschungsexzellenz weiter fördern, den Transfer von Wissenschaft und Wirtschaft befördern und weiterhin attraktive Beschäftigungsverhältnisse unterstützen. Zukunftsthemen wie Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit, Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, Internationalisierung sowie Chancengerechtigkeit und Diversität sind sich wechselseitig verstärkende Schwerpunkte, um den Wissenschaftsstandort zukunftsfähig zu gestalten.

Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten schafft das Land verlässliche Rahmenbedingungen, es unterstützt Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch flexible Verwaltung, es achtet und schätzt die Freiheit von Forschung und Lehre und arbeitet gemeinsam mit den wissenschaftlichen Einrichtungen an ihrer weiteren Profilierung, um die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts sicherzustellen und weiter auszubauen.

Darauf aufbauend ist es Aufgabe der Hochschulen und der weiteren beteiligten Einrichtungen, in ihren Struktur- und Entwicklungsplänen ihre Schwerpunkte in Forschung, Lehre und Transfer weiterzuentwickeln und ihre zukünftigen Handlungen daran auszurichten. Das Land wird die Ziele und Elemente des Wissenschaftsplans in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen aufnehmen und in der Umsetzung konkretisieren.

[2] Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (Hrsg.): Die regionalwirtschaftliche Bedeutung des bremischen Wissenschaftssystems ReBWiSy 2020, Bremen 2022.

3.1. Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung[3] stellt eine bedeutende Herausforderung insbesondere für die Hochschulen dar, da weniger junge Menschen potenziell weniger Studierende bedeuten. Mit sinkenden Studierendenzahlen könnten die finanziellen Mittel der Hochschulen, zum Beispiel im Rahmen des Zukunftsvertrages Studium und Lehre stärken, zurückgehen. Dies wiederum erfordert eine effiziente Ressourcenplanung, gegebenenfalls neue Finanzierungsmodelle (z. B. Public-Private Partnerships) sowie die Erschließung weiterer Zielgruppen.

Aber auch mit Blick auf den Bedarf an qualifizierten Fachkräften in vielen Branchen stehen die Hochschulen im Fokus: Sie stehen in der Verantwortung, ihre Curricula und Lehrveranstaltungen so zu gestalten, dass die Studierenden mit den ihnen vermittelten Kompetenzen auf dem Arbeitsmarkt der Zukunft erfolgreich sind. Ziel ist es dabei, im Sinne des Lebenslangen Lernens Möglichkeiten zu bieten, damit Studieninteressierte ihre Kenntnisse regelmäßig aktualisieren oder auch neue Kompetenzen erwerben können.

Insgesamt erfordert die demografische Entwicklung von den Wissenschaftseinrichtungen Flexibilität und innovative Ansätze, um die Herausforderungen zu meistern und gleichzeitig die Qualität von Lehre und Forschung aufrechtzuerhalten.

Entwicklung der Studierendenzahl

Im Wintersemester 2024/25 waren in Bremen 38.249 Studierende eingeschrieben, davon 30.914 Studierende an den staatlichen Hochschulen (inkl. Hochschule für öffentliche Verwaltung).[4] Dies entspricht 54 Studierenden je 1.000 Einwohner, nach Berlin (56), Hamburg (65) und Thüringen (73) ist dies der vierthöchste Wert in Deutschland (34).[5] Im Zeitraum von 2015 bis 2024 stieg die Zahl der Studierenden an den Hochschulen von 36.325 auf rund 38.249 (+ 5,3 Prozent) an. Sofern man ausschließlich die staatlichen Hochschulen betrachtet, ist jedoch ein Rückgang zu verzeichnen. Lag die Zahl der Studierenden an den staatlichen Hochschulen im Wintersemester 2015/16 bei 32.790, betrug sie zum Wintersemester 2024/25 noch 30.914. Dies entspricht über die Jahre einem Rückgang um 5,7 Prozent. Im Wintersemester 2024/25 wurden wieder Steigerungen an den staatlichen Hochschulen des Landes Bremen verzeichnet. Die ca. 38.000 Studierenden im Land

[3] Siehe hierzu u.a. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): https://www.destatis.de/DE/Themen/Querschnitt/Demografischer-Wandel/_inhalt.html (abgerufen am 13.03.2025).
[4] Statistisches Landesamt (Hrsg.): Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.
[5] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistischer Bericht – Statistik der Studierenden – Wintersemester 2024/25, erschienen 2025, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/_inhalt.html#_ez9rale3f (abgerufen am 25.08.2025); Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerungsstand am 31.12.2024, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerung-nichtdeutsch-laender.html (abgerufen am 25.08.2025).

Bremen (Stand 2025) leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Stabilisierung der demografischen Struktur und Aufwertung des regionalen Arbeitskräfteangebots. Viele von ihnen arbeiten bereits parallel zum Studium, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Zudem engagieren sie sich oft als Freiwillige.

Ähnlich wie die Studierendenzahl hat sich auch die Zahl der Absolvent:innen entwickelt. Im Prüfungsjahr 2024 wurden 6.598 Absolvent:innen verzeichnet, davon kamen 5.586 von den staatlichen Hochschulen (inkl. Hochschule für öffentliche Verwaltung). Der Anteil der Erstabsolvent:innen an der altersspezifischen Bevölkerung liegt bei 41,6 Prozent (Bundesdurchschnitt 31,7 Prozent). Im Zeitraum von 2015 bis 2024 stieg die Zahl der Absolvent:innen an den Hochschulen von 6.392 auf 6.598 (+3,2 Prozent) an. Betrachtet man ausschließlich die staatlichen Hochschulen, so ist auch hier ein Rückgang zu verzeichnen. Lag die Zahl der Absolvierenden an den staatlichen Hochschulen im Prüfungsjahr 2015 bei 5.903, betrug sie im Prüfungsjahr 2024 noch 5.586. Dies entspricht über die Jahre einem Rückgang um 5,4 Prozent.[6]

Fachkräftebedarf

In vielen Branchen und Bereichen ist angesichts des demografischen Wandels der Bedarf an Fach- und Nachwuchskräften eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, für deren Lösung die Hochschulen eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig stehen auch die Hochschulen selbst national und international im Wettbewerb um qualifiziertes Personal.

Um den Herausforderungen in einem Zwei-Städte-Staat wie Bremen zu begegnen, werden innovative Studienkonzepte benötigt, die beispielsweise verstärkt duale und/oder digitale Elemente beinhalten. Gerade in Bezug auf den Fachkräftemangel ist das „Lebenslange Lernen“ von großer Bedeutung. Hochschulen als Anbieter neuer digitaler Weiterbildungsformate stellen zum einen die Innovationsfähigkeit des Landes sicher und eröffnen zum anderen individuelle Aufstiegs- und Entwicklungschancen. Hierfür braucht es zukunftstaugliche digitale Weiterbildungsinfrastrukturen.

Gerade im vom Fachkräftebedarf stark betroffenen Bereichen wie den MINT-Fächern sehen sich die Hochschulen mit einer im Vergleich zu anderen Fächern verhältnismäßig geringen studentischen Nachfrage konfrontiert. Da es sich hierbei um eine bundesweite Entwicklung handelt, ist es umso erforderlicher, entschieden entgegenzusteuern. Die Hochschulen sind gefordert, ihr Fächerportfolio insbesondere in den MINT-Fächern systematisch weiterzuentwickeln und attraktive Angebote sowie effiziente Strukturen zu schaffen. Dies setzt u.a. eine kritische Bestandsaufnahme, strategische Schwerpunktsetzungen und mitunter weitreichende

[6] Statistisches Landesamt (Hrsg.): Prüfungsstatistik Prüfungsjahr 2024 (Wintersemester 2023/24, Sommersemester 2024), Absolvierende entspricht den erfolgreich abgelegten Abschlussprüfungen. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistischer Bericht - Nicht-monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2023, erschienen 2024, Tabelle TAB-12, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/_inhalt.html#_6gfg3832v (abgerufen am 23.07.2025).

organisatorische Veränderungen in den Hochschulen voraus. Das Beispiel der Hochschule Bremerhaven zeigt, dass es sich lohnt, diesen Weg zu gehen: Seit 2021 wurde das Studiengangsportfolio der Hochschule Bremerhaven umfassend restrukturiert, bestehende technische Studiengänge wurden modernisiert (Einführung Y-Modell) und neue, innovative und sehr gut nachgefragte Studiengänge in den Sozial- und Gesundheitswissenschaften konnten etabliert werden.

Nicht zu vernachlässigen ist zudem die sog. Bildungslücke: Qualitativ hochwertigen Ausbildungen steht immer noch eine große Abweichung zwischen den erlernten Fähigkeiten und den Anforderungen des Arbeitsmarktes gegenüber. Dies betrifft auch die akademische Ausbildung. Insbesondere die digitale Transformation und der technologische Fortschritt erfordern ständige Weiterbildung und Anpassung der Fähigkeiten, um den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht zu werden, aber auch um gesellschaftliche und persönliche Teilhabemöglichkeiten wahrnehmen zu können. Klar ist: Nur mit fundierter (Weiter-)Bildung kann den Herausforderungen der gesellschaftlichen, ökonomischen und technologischen Transformation erfolgreich begegnet werden. Insoweit spielt Weiterbildung als Betätigungsfeld der Hochschulen künftig noch eine größere Rolle als dies bisher der Fall ist.

Von besonderer Bedeutung ist die Lehrkräftebildung – auch mit Blick auf Schüler:innen, künftige Generationen von Studierenden, Wissenschaftler:innen sowie für die gesellschaftliche Akzeptanz wissenschaftlicher Erkenntnisse und künstlerischer Reflexion. Angesichts der gestiegenen Schüler:innenzahl und insbesondere steigender Anforderungen an den Schulen ist aktuell von einem höheren Bedarf an Lehrkräften auszugehen, als er im Moment gedeckt werden kann. Nicht nur die Anzahl neuer Lehrkräfte, auch die Qualität der Qualifizierung der Lehrer:innen hat eine Schlüsselfunktion für ein funktionierendes Schulsystem. Der Lehrkräfteausbildung an der Universität Bremen wird daher auch in den kommenden Jahren eine zentrale Bedeutung für das Bildungssystem des Landes zukommen.

3.2. Gesellschaftliche Umbrüche

Durch die multiplen Krisen der vergangenen Jahre hat insbesondere die Frage nach gesellschaftlicher Transformation hohe Relevanz erfahren. Nicht nur die ökonomischen Verwerfungen, sondern auch das Entstehen neuer sozialer Bewegungen, die politischen Umwälzungen sowie die andauernden Konflikte stellen Politik, Gesellschaft und Wissenschaft vor neue Aufgaben. Nicht zuletzt die Diskussion um eine Krise der Demokratie, die nahezu täglich neue Nahrung bekommt, zeigt zudem, dass Transformation nicht notwendig ein Voranschreiten im Sinne einer positiven Entwicklung bedeuten muss.

Diese strukturellen politischen Veränderungen gehen gleichzeitig mit einem Wandel der sozialen Rahmenbedingungen einher: Veränderte Arbeitsverhältnisse (Prekarisierung, aber zugleich auch mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und -orten), veränderte Kommunikationsformen (Neue Medien), Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen und eine wachsende soziale Marginalisierung gehen nicht spurlos an Individuen vorüber.

Diese Dimensionen sozialer Transformation sind eine Herausforderung für die Wissenschaft. Zum einen, weil Bildungssysteme selbst den Transformationsprozessen unterworfen sind; zum anderen, weil Wissenschaft vor der Aufgabe steht, diese Prozesse zu reflektieren, diskutierbar zu machen und auch Lösungsansätze aufzuzeigen.

Wissenschaft im Spannungsfeld von grundgesetzlich garantierter Freiheit und gesellschaftlichen Entwicklungen

Zu einer modernen, freiheitlichen und pluralistischen Gesellschaft gehört das gleichberechtigte Miteinander verschiedener Lebensentwürfe und Anschauungen. Lebendige gesellschaftliche Vielfalt birgt die Chance auf offenen Diskurs, demokratische Meinungsbildung und innovative Dynamik. Insofern leben moderne demokratische Gesellschaften davon, dass in ihnen unterschiedliche Meinungen und Gruppierungen aufeinandertreffen und miteinander ringen. Dies ist eine Grundvoraussetzung, damit sich Gesellschaften weiterentwickeln.

Vielfalt und offener Diskurs sind auch zentrale Fundamente der Wissenschaft. Dennoch sieht sich die Wissenschaft zunehmend mit Anfeindungen konfrontiert: Eine repräsentative, bundesweit durchgeführte Erhebung des Deutschen Zentrums für Hochschul- und Wissenschaftsforschung in Kooperation mit dem KAPAZ[7]-Projektverbund aus Mai 2024 hat ergeben, dass fast die Hälfte der befragten Wissenschaftler:innen bereits von Anfeindungen betroffen waren. Dabei berichteten

[7] KAPAZ steht für „Kapazitäten und Kompetenzen im Umgang mit Hassrede & Wissenschaftsfeindlichkeit". Der KAPAZ-Projektverbund wird vom Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft (HIIG) koordiniert und umfasst als Kooperationspartner das Deutsche Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW), Wissenschaft im Dialog (WiD), den Bundesverband Hochschulkommunikation, das Leibniz-Institut für Medienforschung | Hans-Bredow-Institut (HBI), die Berlin School of Public Engagement and Open Science (BSOPE) am Museum für Naturkunde Berlin (MfN) und die Freie Universität Berlin.

Mitarbeitende aller Ebenen aus allen fachlichen Bereichen der Wissenschaft von solchen Erfahrungen. Eine deutliche Mehrheit der Befragten gab außerdem an, dass erlebte Wissenschaftsfeindlichkeit zugenommen habe.

Insbesondere in den Sozialen Medien ist ersichtlich, dass Wissenschaftler:innen Anfeindungen erleben, nachdem sie sich öffentlich zu ihren Forschungsarbeiten geäußert haben. Für den Bremer Senat gilt: Forschende und Lehrende brauchen im Sinne der Wissenschaftsfreiheit ein diskursoffenes und angstfreies gesellschaftliches Klima.

Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Anfeindungen, Bedrohungen oder gar körperlichen Angriffen auf Wissenschaftler:innen entgegenzutreten. Wissenschaftsfeindlichkeit äußert sich dabei häufig als Ausdruck von Verschwörungsdenken und politischem Extremismus. In der Umsetzung des Wissenschaftsplans 2030 müssen Wissenschaftskommunikation und Transfer daher gestärkt und gefördert werden. Ein besonderer Fokus ist auch auf die Vermittlung wissenschaftlicher Arbeitsmethoden in der Lehre zu richten. Dies trägt dazu bei, der Verbreitung von „Fake News“ entgegenzuwirken und schließlich auch das Verständnis aller gesellschaftlicher Gruppen für die wissenschaftliche Arbeit zu verbessern.

Anfeindungen und Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit können aber auch auf andere Weise erfolgen: So wurde die Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (DGO) und damit auch die Forschungsstelle Osteuropa (FSO) durch die Russische Föderation als „unerwünschte“ und „extremistische Organisation“ eingestuft. Dabei handelt es sich um eine gezielte Kriminalisierung der deutschen Osteuropawissenschaft im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, mit dem Ziel, unabhängige Forschung zu Russland-bezogenen Themen zu erschweren. Ein derartiges wissenschaftsfeindliches Vorgehen wird vom Senat entschieden zurückgewiesen. Mit dem vorliegenden Wissenschaftsplan bekennt sich das Land Bremen ausdrücklich zur Wissenschaftsfreiheit.

Zunehmende Diskriminierung, politische Radikalisierung

Es ist die Pflicht und Verantwortung von Politik und wissenschaftlichen Einrichtungen auch im Land Bremen, jedwedem diskriminierendem Verhalten entschieden entgegenzutreten. Die Formen von Diskriminierung sind dabei vielfältig und können sich auf verschiedene Merkmale wie Geschlecht, Alter, Herkunft, Religion und sexuelle Identität – um nur einige zu nennen – beziehen.

Nicht zuletzt die seit 2023 vermehrt zu Tage tretenden antisemitischen Tendenzen und der Umgang damit zeigen eindrücklich, wie fragil demokratische Verhältnisse sind. Insbesondere die Hochschulen sind hier konkret gefordert, Offenheit und Toleranz zu fördern und Sicherheit für jüdische und israelische Studierende, Mitarbeitende und Gäste der Hochschulen zu gewährleisten.

Die Universität Bremen hat 2024 eine Antidiskriminierungssatzung verabschiedet. Diese Satzung umfasst Maßnahmen, Verfahrensregelungen, niedrigschwellige

Interventionsmöglichkeiten sowie Beratungs- und Beschwerdewege und berücksichtigt darin die Empfehlungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes gemäß der „Bausteine für einen systematischen Diskriminierungsschutz an Hochschulen“[8]. Die Hochschule für Künste hat 2025 ihre bereits bestehende Antidiskriminierungssatzung aktualisiert. Auch in den anderen Hochschulen befinden sich vergleichbare Satzungen in der akademischen Beteiligung bzw. Abstimmung.

Maßnahmen wie der „Antidiskriminierungstag“ im April 2024 an der Universität Bremen, der von der Wissenschaftsbehörde organisierte „Fachtag Antisemitismus“ im März 2025 oder die „Demokratie-Kampagne 2025“ der Hochschule Bremerhaven sind wichtige Foren des Austausches. Es muss sichergestellt werden, dass unsere Hochschulen Orte des Lernens, des Respekts und der Toleranz bleiben. Angesichts der kulturellen Vielfalt an unseren wissenschaftlichen Einrichtungen muss gewährleistet sein, dass antisemitische Vorurteile und jedwede Diskriminierung keinen Platz haben.

Hochschulen sind als Ort der Meinungsvielfalt und des Austausches mehr als andere Einrichtungen des öffentlichen Lebens auch mit kontroversen Meinungen konfrontiert und befasst. Die kritische Auseinandersetzung, die Erforschung und Bewertung gesellschaftlicher Entwicklungen ist Bestandteil der Wissenschaft. Auch kontroverse Meinungen und die Reflexion dieser Themen werden vom Schutzbereich der Wissenschaftsfreiheit umfasst. Eine klare Grenze findet die Wissenschaftsfreiheit dort, wo in Rechte Dritter eingegriffen wird oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verbreitet, unterstützt oder entwickelt wird.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass in den Hochschulen auch Veranstaltungen oder Vorträge wahrgenommen werden, die polarisierend sind. Wichtig ist, diesen Themen sachgerecht, kritisch und demokratisch zu begegnen. Auch dies sollen Studierende an den Hochschulen lernen. Der Einsatz für Demokratie zählt zu den originären Aufgaben der Hochschulen. Menschenverachtende Inhalte dürfen keinen Raum an den Hochschulen haben. Mit der gemeinsamen Erklärung der in der U Bremen Research Alliance und der Landesrektor:innenkonferenz zusammengeschlossenen Bremer Wissenschaftseinrichtungen für „Demokratie. Vielfalt. Weltoffenheit.“ vom 18. Januar 2024 hat die Bremer Wissenschaft dahingehend ein klares Signal – auch über die Landesgrenzen hinweg – gesetzt.

Armut, soziale Segregation, Integrationsprobleme

[8] Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.): Bausteine für einen systematischen Diskriminierungsschutz an Hochschulen, online unter: https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Expertisen/bausteine_f_e_systematischen_diskrimschutz_an_hochschulen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (abgerufen am 25.08.2025).

Bremen und Bremerhaven sind zwei Großstädte, die von sozialer Ungleichheit überdurchschnittlich stark betroffen sind und in denen überdurchschnittlich viele Menschen mit einem Migrationshintergrund ihre Heimat gefunden haben[9]. Das Land Bremen weist mit 25,9 Prozent auch 2024 die mit Abstand höchste Armutsquote aller Bundesländer auf (2023: 21,5 Prozent).[10] Der Bremer Senat betrachtet die Armutsbekämpfung, die Integration zugewanderter Menschen und die Sicherung gleicher Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben als Querschnittsthema und Aufgabe jedes Senatsressorts.

Auch die bremischen Hochschulen sind gefordert, ihren Beitrag zu leisten, um Diskriminierungen abzubauen, Armut zu verringern und allen Menschen die gleichen Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben zu eröffnen. Daher werden alle Hochschulen geeignete Maßnahmen zum „Bremer Rahmenkonzept für gesellschaftliche Teilhabe und Diversity“, zum „Landesaktionsplan gegen Rassismus“ und zum „Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ beisteuern. Begegnungs- und Austauschformate wie die „Bremer und Bremerhavener Integrationswochen“ sollen verstärkt dafür genutzt werden, die Diversitykompetenz und Integrationskraft des Wissenschaftsbereichs durch niedrigschwellige Veranstaltungsorte und -formate einem breiteren, nicht akademisch gebildeten Publikum zugänglich zu machen.

Den hochschulischen Leistungsdimensionen Forschung, Lehre und Transfer kommt dabei eine bedeutende Rolle zu. Insbesondere die am Standort stark vertretenen Sozial- und Geisteswissenschaften werden auch künftig mit ihren Forschungsergebnissen und Lösungsansätzen zu einem konstruktiven und angemessenen Umgang mit den skizzierten sozialen Herausforderungen beitragen.

[9] Siehe auch: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/ Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.): Siebter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder, Bericht 2023, online unter: www.integrationsmonitoring-laender.de sowie Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration (Hrsg.): Dritter Lebenslagenbericht Land Bremen, Bremen 2021.

[10] Paritätischer Wohlfahrtsverband (Hrsg.): Armut in der Inflation. Paritätischer Armutsbericht 2025 (für das Jahr 2023), Berlin 2025, online unter: https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/Armutsbericht/doc/Paritaetischer_Armutsbericht_2024.pdf (abgerufen am 29.04.2025).

3.3. Klimawandel und Klimafolgenanpassung

Für Bremen und Bremerhaven spielt der Klimawandel und die Klimafolgenanpassung bereits eine zentrale Rolle, welche in Zukunft noch größer wird. Dies umso mehr, als für das Land Bremen als Zwei-Städte-Staat an der Nordseeküste die Auswirkungen des Klimawandels besonders relevant sind.

Der Klimawandel ist messbar: Im Land Bremen ist die Jahresmitteltemperatur im Zeitraum von 1881 bis 2023 bereits um 1,6 °C gestiegen[11]. Historische und Projektionsdaten zeigen, dass sich dieser Trend einer dramatischen Erwärmung im Bundesland Bremen fortsetzen wird. Es wird von einem weiteren Temperaturanstieg zwischen 0,7°C und 4,1°C bis zum Ende des Jahrhunderts im Vergleich zum Zeitraum 1971 bis 2000 ausgegangen. Entscheidend für die künftige Höhe des Temperaturanstiegs werden globale Klimaschutzanstrengungen sein, wie auch eine 2023 veröffentlichte Studie des Instituts für Public Health und Pflegeforschung (IPP) an der Universität Bremen zeigt.[12] Die lokalen Auswirkungen des Klimawandels zeigen sich in Bremen beispielsweise durch einen Anstieg des Meeresspiegels, was zu höher auflaufenden Sturmfluten und Überschwemmungen in der Region, wie Bremen sie zum Jahresende 2024 erlebt hat, führen kann; durch drohende Versalzung des Grundwassers, was u.a. negative Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben kann; oder auch durch Störungen und Beschädigungen der Infrastruktur, die zu Unterbrechungen von Betriebs- und Produktionsabläufen führen.

Politisch hat Bremen auf die Auswirkungen des Klimawandels reagiert: Mit dem bereits im Jahr 2009 beschlossenen Klimaschutz- und Energieprogramm 2020 (KEP 2020) sowie dem Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetz (BremKEG), das am 27. März 2015 in Kraft getreten ist und 2023 novelliert wurde, wurden erste Grundsteine für einen wirkungsvollen und nachhaltigen Klima- und Ressourcenschutz gesetzt. Konkrete Maßnahmen sind dem 2024 vom Senat verabschiedeten „Aktionsplan Klimaschutz“ sowie dessen im Juli 2025 erfolgter Aktualisierung „Aktionsplan Klimaschutz 2.0“ zu entnehmen. Wissenschaft und Politik sind gemeinsam gefordert, eine aktive Rolle im Kampf gegen den Klimawandel zu übernehmen und sich für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen einzusetzen.

Klimaforschung als Handlungsgrundlage

Der Wissenschaft kommt hierbei eine zentrale Rolle zu. Der Klimawandel entwickelt sich dynamisch und während grundlegende Mechanismen, wie etwa der Treibhauseffekt, mittlerweile kollektiv verstanden werden, sind beispielsweise viele der Subsysteme noch nicht hinreichend erforscht. Es bestehen weiterhin Unsicherheiten in Bezug auf Kipppunkte der Klimasysteme, und es mangelt an kleinräumig aufgelösten Klimadaten. Die Klimaforschung ist und bleibt daher wichtige

[11] Deutscher Wetterdienst (DWD), 2024.
[12] Bolte, Gabriele u.a.: Klimawandel und gesundheitliche Chancengerechtigkeit: Eine Public-Health-Perspektive auf Klimagerechtigkeit, in: Journal of Health Monitoring, 2023 8 (56), online unter: https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/K/Klimawandel_Gesundheit/KlimGesundAkt.html.

Grundlage, um den Klimawandel besser zu verstehen und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Der Wissenschaftsschwerpunkt Meeres-, Polar- und Klimaforschung an der Universität Bremen und viele der außeruniversitären Forschungseinrichtungen (Alfred-Wegner-Institut, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung, Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung, Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie) tragen bereits dazu bei, den Klimawandel mit seinen Folgen besser zu verstehen. Auch die Forschungs- und Transferprojekte des Deutschen Schifffahrtsmuseums (DSM), die sich der Thematik aus geisteswissenschaftlicher Perspektive annehmen, leisten dahingehend einen wichtigen Beitrag. Grundsätzlich bedarf es Interdisziplinarität, um den komplexen Herausforderungen des Klimawandels zu begegnen.

Neben dem Klimawandel stellt auch die Energiewende eine weitere Herausforderung von großer Tragweite bei gleichzeitig großen Chancen dar. Der ökologisch verträgliche Ausbau der erneuerbaren Energien ist von zentraler Bedeutung für die künftige Energieversorgung. Die weitere Erforschung und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine Steigerung der Energieeffizienz ist neben dem Energiesparen eine wichtige Voraussetzung, um ambitionierte Klimaschutzziele zu erreichen. Hochschulen und Forschungsinstitute haben hier einerseits die Rolle als Innovationstreiber und Erforscher neuer Ideen, andererseits sorgen sie mit der Qualifizierung von Ingenieur:innen sowie Naturwissenschaftler:innen für die Fachkräfte von morgen und sichern damit die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Eng verbunden mit der Energiewende ist das Konzept der Circular Economy (Kreislaufwirtschaft). Das Bundesland Bremen bietet im Bereich Circular Economy starke Forschungseinrichtungen, insbesondere mit dem Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES), an dem u. a. der Lebenszyklus von Windenergieanlagen erforscht wird, und dem Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM), das sich u. a. der Forschung an Recyclaten im Sinne der Kreislaufwirtschaft widmet. Auch an den Hochschulen Bremen und Bremerhaven wird zu diesen Themen geforscht. Es ist kein Zufall, dass der Verein Deutscher Ingenieure 2024 und 2025 gleich zwei Fachkonferenzen zum „Rückbau von Windkraftanlagen“ durchgeführt hat – und zwar in Bremen und Bremerhaven. Diese Kompetenz ist ein Standortvorteil, der genutzt werden sollte, um branchenweite Standards im Rückbau und Recycling zu etablieren. Gelingt der Aufbau eines solchen innovativen Verwertungsnetzwerks, könnten dadurch im Land Bremen Arbeitsplätze geschaffen werden, die einen maßgeblichen Beitrag zu einer nachhaltigen Energiewende leisten, die Ressourcen schont, Rohstoffabhängigkeiten reduziert und CO_2-Emissionen einspart.

Beide Ansätze zielen darauf ab, Ressourcen effizienter zu nutzen, Umweltauswirkungen zu minimieren und eine nachhaltige Entwicklung zu fördern. Die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteur:innen, einschließlich Industrie und Politik, ist entscheidend, um die Potenziale beider Konzepte voll auszuschöpfen.

Nachhaltige Entwicklung

Seit Jahren setzen sich die bremischen Hochschulen für nachhaltige Entwicklung in verschiedenen Bereichen ein. Dabei wird von den Einrichtungen das Thema der Nachhaltigkeit sowohl in zahlreichen Projekten wissenschaftlich betrachtet als auch das Handeln der Einrichtungen selbst immer wieder darauf geprüft, ob es im Einklang mit ökologischer sowie sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit steht. Dass die Hochschulen hier den richtigen Weg eingeschlagen haben, zeigt sich nicht zuletzt an der Rezeption ihres Vorgehens: Die Universität Bremen belegte 2024 im „UI GreenMetric World University Ranking“ der Universitas Indonesia (UI), das die Nachhaltigkeit von Universitäten erfasst, einen hervorragenden Platz 12 von 1.183 Universitäten weltweit.

Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE) ist dabei der pädagogische Lehransatz, der auf eine Stärkung von Nachhaltigkeitskompetenzen fokussiert. (Hochschul-) Bildung für Nachhaltige Entwicklung verbindet disziplinäres, inter- und transdisziplinäres Fachwissen mit Gestaltungskompetenzen für partizipative Entscheidungs- und Problemlösefähigkeit sowie personalen Kompetenzen. Dabei kommt den Hochschulen eine zentrale Rolle zu: Sowohl als Ort der Vermittlung, als auch dahingehend, dass Hochschullehrende BNE in hochschulexternen Kontexten und Einrichtungen (z. B. Schulen) vermitteln.

Nachhaltige Entwicklung soll im Rahmen dieses BNE-Verständnisses nicht als Lehre von vorgegebenen Antworten verstanden werden, sondern als einen in demokratischen Prozessen entstehenden Diskurs, den Studierende mitgestalten können. Die Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit (VAN) der Universität Bremen ist im deutschsprachigen Raum der größte Anbieter von digitalen und skalierbaren BNE-Lernformaten im Hochschulbereich und hat damit einen bedeutenden Einfluss auf das Lernen und die Ausbildung der Studierenden der Universität Bremen sowie der Partnerhochschulen der VAN. Außerdem bestehen vielfältige Angebote in Bezug auf BNE im Lehramtsstudium und Nachhaltigkeitsaspekte sind in einer Vielzahl der Studiengänge an den staatlichen Hochschulen sowie in Forschungsprojekten verankert und zudem Gegenstand fachübergreifender Veranstaltungen.

3.4. Finanzielle Rahmenbedingungen

Für die Weiterentwicklung von Lehre, Forschung und Transfer unterstützt das Land die Profilierung und Differenzierung seiner Hochschulen sowie den Ausbau bestehender Forschungseinrichtungen. In den letzten Jahren konnten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) kontinuierlich gesteigert werden: Der aus dem bremischen Landeshaushalt zur Verfügung gestellte Finanzrahmen für Hochschulen und Forschung wurde seit der Verabschiedung des Wissenschaftsplans 2025 im Jahr 2019 von 373,3 Millionen Euro (2019) auf 477,5 Millionen Euro (2025) erhöht. Dies entspricht einem Plus von 27,9 Prozent.

Im Jahr 2023[13] wurden im Land 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Hochschulen aufgewendet. Dieser Anteil ist im Ländervergleich überdurchschnittlich, deutschlandweit wurden 0,79 Prozent des BIP für die Hochschulen investiert, im Vergleich der Stadtstaaten liegt der Durchschnitt bei 0,86 Prozent. Trotz dieser Kraftanstrengungen bleibt das ambitionierte Ziel des Wissenschaftsplans 2025, die finanzielle Ausstattung der Hochschulen an den Bundesdurchschnitt anzugleichen, unerreicht. Betrachtet man die laufenden Ausgaben je Studierende:n, so nimmt Bremen im Jahr 2022 – differenziert nach Hochschultypen und nach Trägerschaft des Landes – bei den Universitäten Platz 12 ein, bei den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften Platz 15 und bei den Kunsthochschulen Platz 10. Gleichwohl zeigt sich bei bundesweiten Erhebungen eine hohe Leistungsfähigkeit und Effizienz der landesbremischen Hochschulen. Im Vergleich der Bundesländer erreichen in Bremen 46 Prozent einer Alterskohorte einen Hochschulabschluss, kein anderes Bundesland schnitt 2022 so gut ab. Die verhältnismäßig niedrigen Mittel entfalten somit eine hohe Wirksamkeit, was wiederum für die Leistungsfähigkeit des Wissenschaftssystems spricht.

Von enormer finanzieller Bedeutung für den Wissenschaftsstandort sind die eingeworbenen Drittmittel. Die Hochschulen im Land Bremen zählen bei der Einwerbung von Drittmitteln zu den erfolgreichsten Hochschulen im Bundesvergleich. Bei den Universitäten in Trägerschaft des Landes lag Bremen im Jahr 2022 mit Drittmitteleinnahmen in Höhe von 409T Euro pro Universitätsprofessor:in auf Platz 2 im Bundesvergleich, bei den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften belegte Bremen mit 86T Euro Platz 4.[14]

Forschung & Entwicklung als Finanzierungsgrundlage

Ein wichtiges Instrument zur Stärkung des Wissenschaftsstandortes Bremen ist die Förderung durch den Europäischen Fonds für die Regionalentwicklung (EFRE). Das EFRE-Programm Bremen, das mit der Kofinanzierung des Landes durchgeführt wird,

[13] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Hochschulen nach Ländern 2023, erschienen 2025, online unter: www.destatis.de (abgerufen am 27.03.2025).
[14] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistischer Bericht - Monetäre hochschulstatistische Kennzahlen 2022, erschienen 2024, Tabelle 21381-04, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/_inhalt.html#_ez9rale3f (abgerufen am 10.02.2025).

ermöglicht es seit Jahren, die Forschung in bestimmten, geeigneten Bereichen zu stärken. Die EFRE-Förderung schließt genau dort Lücken, wo die institutionelle Förderung endet und die Drittmittelförderung oft noch nicht ansetzt, nämlich beim Ausbau der Forschungsinfrastruktur an den Einrichtungen. Mit der EFRE-Förderung kann das Land strategische Ziele wie die Stärkung und den Ausbau der Forschungs- und Transferschwerpunkte verfolgen. Mit EFRE-Mitteln beschaffte Infrastruktur bietet den Forschenden eine gute Grundlage, sich im Wettbewerb um weitere Forschungsgelder gut zu positionieren. In der Förderphase 2021 bis 2027 werden u. a. das Institute for Aerospace Technologies (IAT) der Hochschule Bremen mit dem Projekt BreSpaceTech 2025+ sowie das MarsLabor an der Universität Bremen gefördert.

Das Wissenschaftsressort setzt sich gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort dafür ein, dass auch in der kommenden Förderperiode 2028–2034 Mittel aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) in Investitionen in die Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur fließen, um Forschungs- und Innovationskapazitäten auszubauen und die Entwicklung und Nutzung fortschrittlicher Technologien zu fördern. Damit soll insgesamt die regionale Investitionsfähigkeit in Bremen gestärkt werden.

Die bremische Wirtschaft ist vorwiegend mittelständisch geprägt. Zugleich sind mit Unternehmen wie AcelorMittal, Mercedes-Benz und Airbus international tätige Großunternehmen prägend, die nicht nur für den Wirtschaftsstandort, sondern auch für den Wissenschaftsstandort von hoher Bedeutung sind.

Dem öffentlich finanzierten Wissenschaftssystem im Land kommt eine immense Bedeutung und Verantwortung in diesem Bereich zu, da FuE-Aktivitäten in der privaten Wirtschaft Bremens in eher unterdurchschnittlichem Umfang stattfinden. FuE sind nicht nur eine unabdingbare Grundlage, um den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft zu begegnen, die damit verbundenen Ausgaben sind vielmehr Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Diese Tatsache untermauert die essenzielle Rolle der Wissenschaft im Land Bremen für den Erhalt von Wohlstand und gesellschaftlichem Zusammenhalt.

Aufgrund des Aus- und Aufbaus der Forschungseinrichtungen konnten die Ausgaben zur institutionellen Förderung von FuE in Bremen in Höhe von 194 Millionen Euro im Jahr 2007 auf 518 Millionen Euro im Jahr 2023 um rund 167 Prozent gesteigert werden.[15]

Bund-Länder-Finanzierung

Bereits 2005 waren fünf bremische Einrichtungen in der gemeinsamen Bund-Länder-Finanzierung. Seit 2005 sind die bestehenden Einrichtungen erheblich gewachsen und acht weitere Institute konnten in die überregionale Finanzierung überführt werden. Zurzeit sind 13 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen im Land Bremen

[15] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Interne Ausgaben für Forschung und Entwicklung 2023, Tabelle 21811-0020, erschienen 2025, online unter: www.destatis.de (abgerufen am 27.03.2025).

Bund-Länder-finanziert. Der Nettozufluss an die überregional finanzierten bremischen Forschungseinrichtungen war im Jahr 2019 mit 392 Euro pro Einwohner:in mehr als dreimal so hoch wie im Durchschnitt aller Bundesländer (120 Euro pro Einwohner:in).[16]

Eines der wichtigsten Instrumente zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Deutschland und seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist der Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Der Pakt wurde erstmals im Jahr 2005 zwischen Bund und Ländern, der Forschungsförderorganisation Deutsche Forschungsgemeinschaft sowie den Forschungsorganisationen Fraunhofer-Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Max-Planck-Gesellschaft geschlossen. Seither wurde er mehrfach erneuert. 2021 begann seine nunmehr vierte Laufzeit, die erstmals zehn Jahre dauern wird. Für die aktuelle Laufzeit bis 2030 haben Bund und Länder erneut beschlossen, die Budgets der Paktorganisationen jährlich um drei Prozent zu steigern. Dadurch werden allein in dieser Laufzeit rund 17 Milliarden Euro zusätzliche Mittel für die Forschung bereitgestellt. Angesichts dessen ist diese Förderung auch für das forschungsstarke Land Bremen von zentraler Bedeutung. Das Land Bremen steht auch in den kommenden Jahren zu seiner im PFI eingegangenen Verpflichtung. Gleichwohl stellt die mit dem PFI verbundene notwendige, dynamisierte Kofinanzierung durch die Länder eine große Herausforderung für den Wissenschaftsetat des Landes Bremen dar, da dadurch erhebliche Haushaltsmittel gebunden sind.

Um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, wurde 2021 der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken als gemeinsames Bund-Länder-Programm initiiert. Der Zukunftsvertrag als Nachfolger des Hochschulpakts 2020 stellt dauerhaft zusätzliche Mittel für die Hochschulen bereit, um die Qualität von Studium und Lehre an den Hochschulen flächendeckend und langfristig sicherzustellen. Die Verteilung der Bundesmittel erfolgt parameterbasiert und wird jährlich neu berechnet auf Basis der landesspezifischen Zahlen der Studienanfänger:innen, der Studierenden und der Absolvent:innen. Im Jahr 2025 erhält das Land Bremen 28,5 Millionen Bundesmittel im Rahmen des Zukunftsvertrags. Durch die länderseitige Ko-Finanzierung in gleicher Höhe stehen den landesbremischen Hochschulen 2025 insgesamt knapp 57 Mio. Euro insbesondere zur Verbesserung der Qualität von Studium und Lehre zur Verfügung. Damit bildet der Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken einen unverzichtbaren Bestandteil der Finanzierung der Hochschulen und zugleich eine wichtige Säule neben der Grundfinanzierung.

Die eigenen finanziellen Möglichkeiten des Landes Bremen sind im Bundesvergleich stark begrenzt – und werden es auch bleiben. Der Stabilitätsrat stellte im Dezember 2023 erneut Anzeichen für eine drohende Haushaltsnotlage fest. Dem begegnete der

[16] Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (Hrsg.): Heft 78, Gemeinsame Förderung von Wissenschaft und Forschung durch Bund und Länder, Finanzströme im Jahr 2019, Tabelle 11, erschienen 2022, online unter: https://www.gwk-bonn.de/dokumente/materialien-der-gwk. Aktuellere Daten sind aufgrund der ausgesetzten Aktualisierung des Königsteiner Schlüssels nicht verfügbar.

Senat Ende 2024 mit einem Sanierungskonzept, das auch für die kommenden Jahre handlungsleitend ist. Diese Rahmenbedingungen wirken sich auch auf die Ausstattung der staatlichen Hochschulen und somit des gesamten Wissenschaftssystems aus. Es erfordert gemeinsame Anstrengungen, um vorhandene Mittel bestmöglich zu nutzen. Umso bedeutsamer ist es, dass sich alle Akteur:innen durch Schwerpunktsetzungen und die verstärkte Nutzung von Kooperationen und Synergieeffekten Handlungsspielräume erschließen. Es können auch Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich sein, um die Transformation des Landes wie auch der Wissenschaft gestalten zu können.

Finanzrahmen Hochschulen und Forschung

Angaben in Mio. Euro

	2024 (ist)	2025 (Plan)	2026	2027	2028	2029	2030
Ausgaben							
Hochschulen	**391,5**	**385,8**	**409,5**	**410,5**	**411,9**	**413,2**	**414,8**
Personalkosten (Zuschüsse)	204,7	196,2	216,7	216,1	216,1	216,1	216,1
Versorgung	56,3	51,2	56,3	56,3	56,3	56,3	56,3
Sachkosten	111,4	119,0	117,6	119,2	120,2	121,1	122,2
Investitionen	19,1	19,4	18,9	18,9	19,3	19,7	20,2
Darin Globalzuschüsse							
Universität	212,3	205,3	222,9	222,5	223,3	224,3	225,3
Hochschulen Bremen	58,9	57,1	62,1	61,9	62,2	62,4	62,7
Hochschule Bremerhaven	23,3	21,6	23,5	23,4	23,6	23,7	23,8
Hochschule für Künste	19,1	18,0	19,8	19,8	19,9	20,0	20,0
SuUB	17,3	19,6	20,7	20,6	20,8	21,0	21,2
Hochschulbau	**7,7**	**14,0**	**13,0**	**11,9**	**7,4**	**7,7**	**14,7**
Sachkosten	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Investitionen	7,6	14,0	13,0	11,9	7,4	7,7	14,7
Forschungsförderung	**103,3**	**119,7**	**124,7**	**133,5**	**125,6**	**127,5**	**123,4**
Sachkosten	87,9	92,4	93,4	101,8	104,6	109,2	108,9
Investitionen	15,4	27,4	31,3	31,7	21,0	18,3	14,5
Darin							
Bund-Länder-FoFö	80,8	95,1	100,3	110,3	102,4	101,4	100,8
LandesFoFö und sonstiges	22,5	24,7	24,4	23,2	23,2	26,1	22,6
Studierendenwerk u. BAFÖG	**56,8**	**62,7**	**59,4**	**60,3**	**60,9**	**62,0**	**62,2**
Sachkosten	35,6	37,8	36,7	37,1	37,7	38,3	38,5
Investitionen	21,2	24,9	22,7	23,2	23,2	23,7	23,7
Wissenschaftsverwaltung	**6,2**	**5,5**	**6,2**	**6,1**	**6,1**	**6,1**	**6,1**
Personalkosten	5,1	4,2	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
Sachkosten	1,1	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Gesamtausgaben	**565,6**	**587,7**	**612,8**	**622,4**	**612,0**	**616,5**	**621,2**
Personalkosten	5,1	4,2	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
Sachkosten	497,2	497,8	521,7	531,6	535,9	542,0	543,0
Investitionen	63,3	85,7	85,9	85,7	71,0	69,4	73,1
Einnahmen	**99,9**	**110,3**	**104,5**	**113,8**	**106,3**	**107,6**	**107,8**
Konsumtive Einnahmen	76,2	81,9	77,6	81,3	82,2	82,9	83,2
Investive Einnahmen	23,7	28,3	26,9	32,5	24,1	24,6	24,6
Netto Eckwerte	**465,6**	**477,5**	**508,3**	**508,6**	**505,7**	**508,9**	**513,4**
Personalkosten	5,1	4,2	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
Sachkosten	421,0	415,9	444,1	450,3	453,7	459,1	459,8
Investitionen	39,6	57,3	59,1	53,2	46,8	44,8	48,4

(Ohne Personalkostensteigerungen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen, Basis: SfF 2025, PersKosten mit Tarifsteigerungen 2025)

Dargestellt ist der finanzielle Rahmen, der im Haushalt des Landes im Produktplan „24 Hochschulen und Forschung“ im Haushaltsentwurf für die Jahre 2026/27 enthalten ist. Darüber hinaus werden insbesondere für den Hochschulbau und für Infrastrukturmaßnahmen im Forschungsbereich weitere Mittel z. B. aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität oder über alternative Finanzierungsmodelle bereitgestellt.

Die Entwicklung des Hochschulbaus mit den zu prüfenden Finanzierungsmodellen zur Gestaltung infrastrukturell attraktiver und wettbewerbsfähiger Standorte ist im Kapitel 3.5 beschrieben.

Dass die Hochschulhaushalte ab dem Jahr 2026 stabil gehalten werden können[17], ist ein klares Bekenntnis des Landes Bremen zur Bedeutung seiner Wissenschaftslandschaft. Der Senat hat sich im Juni 2025 zudem dafür ausgesprochen, dass auch in den Jahren ab 2028 die Hochschulhaushalte auskömmlich finanziert sein müssen. Eine entsprechende Finanzierung der wissenschaftlichen Einrichtungen soll daher bei der Aufstellung der kommenden Haushalte und nicht zuletzt im Hinblick auf den Wissenschaftsplan 2030 berücksichtigt werden.[18]

Die Hochschulen und die Staats- und Universitätsbibliothek erhalten Globalbudgets zur eigenständigen Bewirtschaftung (§106 Abs. 3 BremHG). Danach sind die Zuschüsse zu den Personal- und Sachausgaben gegenseitig und zugunsten der Investitionen einseitig deckungsfähig. Die Personalkostenzuschüsse werden ohne Tarif- und Besoldungskostensteigerungen angegeben. Diese werden wie bisher zusätzlich durch den Senator für Finanzen zur Verfügung gestellt. Bei den Zuschüssen zu den Sach- und Investitionskosten der Hochschulen können die Steigerungsraten der vergangenen Jahre nicht weitergeführt werden. Für 2026 und 2027 erfolgt ein Halten der bisherigen Werte, ab 2028 ist eine Steigerung von jährlich 2,18 Prozent vorgesehen. Angesichts der auch zukünftig nicht auszuschließenden weiteren allgemeinen Preissteigerung stellt diese Entwicklung die Einrichtungen vor Herausforderungen, die Schwerpunktsetzungen und Konsolidierungen erforderlich machen.

Der Bereich der Forschungsförderung beinhaltet die in Art. 91b GG geregelte gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern mit den auf das Land Bremen entfallenden Zuschüssen an die überregionalen Wissenschaftsorganisationen. Enthalten sind die Stand 2025 beschlossenen Programme und Finanzierungsanteile. Die Landesforschungsförderung umfasst insbesondere die allein vom Land Bremen getragenen Forschungsinstitute sowie die Finanzierung der Forschungs- und Transferschwerpunkte (Kapitel 3.2).

Für das Studierendenwerk gelten die für die Hochschulen getroffen Aussagen zur finanziellen Ausstattung entsprechend. Ausgaben für die Umsetzung des BAföG werden vollständig durch die Einnahmen vom Bund kompensiert.

Im Bereich Wissenschaftsverwaltung werden insbesondere die Personalkosten der Wissenschaftsabteilung zur Erfüllung der senatorischen Angelegenheiten des Landes aufgeführt. Das Sanierungsprogramm des Landes sieht auch hier einen Beitrag der Verwaltung vor. Personalkostensteigerungen aufgrund von Besoldungs- und Tarifanpassungen sind nicht enthalten, die Personalmittel unterliegen den zentralen Vorgaben des Senats für die Kernverwaltung.

[17] Vorbehaltlich der erforderlichen Beschlüsse des Haushaltsgesetzgebers.
[18] Vgl. in der Senatssitzung am 17. Juni 2025 beschlossene Vorlage des Senators für Finanzen zur „Aufstellung der Haushalte 2026 und 2027“ (Eckwertebeschluss), S. 19.

Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um die BAföG-Mittel des Bundes, die Mitfinanzierung des Bundes und der Länder für die Leibniz-Institute inklusive der Baumaßnahmen sowie die Mittel des Bundes für den Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken (ZSL).

3.5. Infrastruktur

Eng verzahnt mit wissenschaftsrelevanten Fragestellungen sind die für ihre Bearbeitung notwendigen strukturellen Rahmenbedingungen. Ohne adäquate bauliche und technische Infrastruktur sind erfolgreiche Forschung und Lehre nicht möglich. Die experimentelle Forschung benötigt Labore und technische Gerätschaften, die Gewinnung herausragender Wissenschaftler:innen erfordert wettbewerbsfähige Infrastrukturen; modern ausgestattete Seminarräume schaffen ein produktives Lehr- und Lernumfeld.

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, zentrale Infrastrukturmaßnahmen an den Hochschulen umzusetzen und die Forschungsinfrastruktur an den außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt zu stärken. Gleichwohl sind sich Land und Hochschulen einig, dass für den Bestandserhalt der Infrastruktur und die Deckung der vorhandenen Bedarfe weitere Investitionen erforderlich sind. Auch in den kommenden Jahren wird Bremen daher Anträge zur Förderung von Forschungsbauten gemäß Artikel 91 b Grundgesetz stellen, um gemeinsam mit dem Bund Infrastruktur für Forschungsvorhaben mit hoher wissenschaftlicher Qualität und überregionaler Bedeutung zu realisieren. Zudem ist eine entsprechende Wiederaufnahme der Investitionstätigkeit des Bundes in die Bund-Länder finanzierten Forschungsinstitute unabdingbar.

Bauliche Rahmenbedingungen

Eine Besonderheit in Bremen ist die Liegenschaftsautonomie der Hochschulen. Mit dem Bremer Hochschulgesetz[19] wird die Bauherrenfunktion grundsätzlich auf die Hochschulen übertragen, die damit schneller agieren können. Im Einzelfall kann das Wissenschaftsressort im Benehmen mit der jeweiligen Hochschule eine andere Regelung treffen. Das Wissenschaftsressort genehmigt in der Regel den Bedarf und übernimmt die Rolle der Fachaufsicht u. a. zur Freigabe der Planungsunterlagen.

Die Grundstücke der Hochschulen sind im Eigentum der Freien Hansestadt Bremen, im sogenannten Streuvermögen. Ein separates Sondervermögen wurde hier nicht geschaffen. Die Grundstücke und Immobilien werden den Hochschulen zur Übernahme der Betreiberverantwortung mit den entsprechenden Rechten und Pflichten übertragen. Die Hochschulen aktivieren diese in ihren Wirtschaftsplänen.

Den laufenden Betrieb sowie die Bauunterhaltung und Instandsetzung finanzieren die Hochschulen im Rahmen ihres Globalhaushalts, das sie vom Wissenschaftsressort jährlich zugewiesen bekommen. Die für die Aufgabenerfüllung im Rahmen der Liegenschaftsautonomie und den Erhalt des Gebäudebestandes erforderlichen finanziellen Mittel müssen den Hochschulen weiterhin zur Verfügung gestellt werden.

[19] Bremisches Hochschulgesetz in der Fassung vom 9. Mai 2007 (Brem.GBl. 2007, S. 339), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 28. März 2023 (Brem.GBl. S. 305, 311).

Investitionsbedarf absichern

Der Gebäudebestand an den bremischen Hochschulen ist alters- und zustandsbezogen sehr heterogen. Insbesondere an der Universität Bremen besteht ein erheblicher Sanierungsstau, da die Gebäude zum Großteil noch aus der Gründungszeit der Universität, aus den 1970er Jahren stammen. Aber auch an den anderen staatlichen Hochschulen müssen Investitionen in die Erhaltung und bedarfsgerechte Modernisierung der Infrastruktur vorgenommen werden.

Daneben sind vor allem an der Universität Bremen strategische Neubauten erforderlich, um den bestehenden Gebäudebestand an Veränderungen in Lehre und Forschung anzupassen sowie den Wandel beim studentischen Arbeiten zu gestalten. Zudem bringt die Digitalisierung der Hochschulen eine Reihe von baulichen Herausforderungen mit sich, die sowohl die Voraussetzungen an die technische Netzinfrastruktur betreffen als auch die funktionalen Anforderungen an Räume. Vergleichbares trifft auch auf die außeruniversitären Forschungsinstitute zu. Auch hier sind strategische Neubauten für die Weiterentwicklung von Lehre und Forschung erforderlich.

Auf Basis von Erhebungen des Senats aus dem Jahr 2023 beläuft sich der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf der vier staatlichen Hochschulen sowie der Investitionsbedarf für strategische Neubauten bis 2040 auf rund zwei Milliarden Euro. Für die Beseitigung des enormen Investitionsstaus bei den Hochschulen in Bremen ist die Auflage eines Investitionsprogramms und die Herstellung eines gesicherten Finanzierungsrahmens erforderlich. Dafür werden neue Modelle und Strukturen benötigt, die eine schnellere und effizientere Projektrealisierung sowie eine verlässliche flexible Mittelausstattung garantieren. Für die Absicherung der investiven Bedarfe der bremischen Hochschulen in den Jahren 2026 bis 2030 sind daher mehrere Instrumente und Finanzierungsquellen erforderlich, die kumulativ die notwendigen Investitionen in den Substanzerhalt und in einzelne strategische Neubauvorhaben gewährleisten.

Für die Maßnahmen, bei denen bereits eine Planungsreife erreicht ist, soll die Finanzierung aus dem Sondervermögen des Bundes für Infrastruktur und Klimaneutralität bzw. den Mitteln, die daraus den Ländern zur Verfügung gestellt werden, erfolgen. Prioritär sind bei der Verteilung der Mittel des LuKIFG[20] und der Schnellbauinitiative des Bundes der Neubau der Sporthalle an der Universität sowie die großen Sanierungsmaßnahmen an der Universität und der Hochschule Bremen zu berücksichtigen. Für darüber hinaus bestehende Investitionsbedarfe in die bauliche Infrastruktur kann die Gründung einer Hochschulbaugesellschaft, die wichtige strategische Projekte für die Hochschulen umsetzt, eine Lösung darstellen.

[20] Im März 2025 wurde das Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität in Artikel 143h des Grundgesetzes verankert. Vom Gesamtvolumen werden den Bundesländern 100 Mrd. Euro für Investitionen in ihre Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Näheres regelt das Gesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen (Länder-und-Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz – LuKIFG).

Das Land Bremen wird sich mit Nachdruck beim Bund für die Einführung eines substanziellen Programms zur Förderung des nachhaltigen Hochschulbaus einsetzen. Mit dem von der Bundesregierung 2025 vorgelegten 500-Milliarden-Investitionspaket für Infrastruktur und Klimaneutralität eröffnen sich dahingehend Handlungsspielräume. Damit können die Länder bei der Bewältigung der enormen Sanierungsbedarfe und zur Erreichung der Klimaziele bei der energetischen Sanierung der Hochschulinfrastruktur unterstützt werden.

Ergänzend hierzu bietet es sich an, stärker als bisher auch auf alternative Realisierungsmodelle, wie öffentlich-private Partnerschaften, zurückzugreifen. Diese eignen sich vor allem für Neubauten, insbesondere aber auch für die Schaffung studentischen Wohnraums. Nur so kann das Land Bremen als Wissenschaftsstandort gesichert werden. Dies ist wiederum Voraussetzung für den Erfolg des Wirtschaftsstandorts.

Klimaschutz und Klimaanpassung bei allen Projekten mitdenken

Die Sanierung der bestehenden Gebäude und damit die Nutzung der „grauen Energie“ in den Tragstrukturen ist unter dem Gesichtspunkt des Klimaschutzes und der Ressourcenschonung vorrangig für die Weiterentwicklung der Hochschulcampi. Dabei muss aber auch die langfristige Wirtschaftlichkeit der Maßnahme berücksichtigt werden. Neubauten können zukünftig in gut begründeten Fällen eine punktuelle Ergänzung der bestehenden baulichen Strukturen darstellen und bei erforderlichen zusätzlichen Flächenbedarfen eine Rolle spielen.

Ein wesentlicher Baustein der erforderlichen Sanierungen sind die notwendigen energetischen Maßnahmen zur Erzielung von CO_2-Einsparungen. Da der Wissenschaftsbereich einen sehr großen Anteil am öffentlichen Gebäudebestand in Bremen – so wie in ganz Deutschland – ausmacht, spielen die Maßnahmen der Universität und der Hochschulen zur Erreichung der Ziele Bremens zur Klimaneutralität eine zentrale Rolle. Entsprechend der Aussagen im „KMK-Bericht zur klimagerechten Sanierung der staatlichen Hochschulen in Deutschland“ liegt der Kostenanteil für energetische Sanierungen bei 30-50 Prozent, bis 2040 ist daher auf Basis der oben genannten Zahlen von einem Investitionsbedarf in Höhe eines mittleren dreistelligen Millionenbetrages auszugehen.

Trotz enger finanzieller Spielräume und umfangreicher Investitionsbedarfe ist in den vergangenen Jahren im Bereich Klimaschutz bereits einiges von den Hochschulen umgesetzt worden. So wurden mit Unterstützung von Bundes-Fördermitteln umfassende Klimaschutzkonzepte erstellt und Stellen für Klimaschutzmanager:innen eingerichtet. Auf der Grundlage der erstellten Klimaschutzkonzepte wurden mit den seit dem Jahr 2021 zur Verfügung stehenden Sondermitteln für Klimaschutz[21] klimawirksame Maßnahmen an den Hochschulen realisiert.

[21] Handlungsfeld Klimaschutz, Fastlane 2023, Notlagenfinanzierung 2024.

Die Maßnahmen haben zum Ziel, den Energieverbrauch der Gebäude durch energetische Sanierung signifikant zu senken. Wesentlich sind hier:

- die energetische Verbesserung der Hüllflächen,
- der Einbau von energieeffizienter Gebäudetechnik und -steuerung (z. B. raumlufttechnische Anlage, Beleuchtung, IT-Technik) sowie
- die Optimierung der Flächenauslastung.

Zudem sollen fossile Energieträger zur Versorgung der Gebäude ersetzt werden durch z. B. Installation von Photovoltaik, Umstellung auf Fernwärme oder den Einbau von Wärmepumpen.

Diese organisatorischen, technischen und baulichen Klimaschutzmaßnahmen, die die landesbremischen Hochschulen im Rahmen ihrer Liegenschaftsverantwortung eigenständig durchführen, sollen auch in den kommenden Jahren fortgesetzt werden. Die Schwerpunkte liegen dabei neben den Maßnahmen zur energetischen Sanierung auf den Themen Klimaanpassung mitdenken, Kreislaufwirtschaft beim Bauen implementieren und Flächeneffizienz erhöhen (siehe hierzu auch Kapitel 5.4.).

Wissenschaft in der Innenstadt weiter stärken

Eine räumliche Verschränkung der Stadtgesellschaft mit Lehre und Forschung birgt gleichermaßen Potenziale für die Entwicklung der wissenschaftlichen Institutionen als auch für die Vielfalt in der Innenstadt. Bereits seit Jahren ist die Hochschule für Künste in der Dechanatstraße mit dem Fachbereich Musik ansässig. Seit 2019 ist die Hochschule Bremen mit dem Schwerpunkt der akademisierten Gesundheitsfachberufe Hebammen, Pflege und Angewandte Therapiewissenschaft am Standort ‚Am Brill' erfolgreich vertreten. Zudem hat die Universität Bremen im Herbst 2024 einen Standort in der Innenstadt mit dem Forum am Domshof eröffnet. Das Forum am Domshof steht exemplarisch für die Bestrebungen der Universität Bremen, Wissenschaft aus ihren klassischen Grenzen hinauszuführen und für alle zugänglich zu machen. Um diesen ersten Schritt in die Innenstadt zu vervollständigen, benötigt die Universität für den Hörsaal der Rechtswissenschaften eine langfristige Lösung. Zunächst bietet die Nutzung des Kleinen Saals des Bremer Konzerthauses „Die Glocke" eine Interimslösung für den Hörsaal in der Innenstadt. Da das Konzerthaus ab 2027 umgebaut werden soll, muss zwingend ein alternativer Standort für einen Hörsaal gefunden werden.

Langfristig ist die Etablierung weiterer wissenschaftlicher Einrichtungen in der Innenstadt denkbar. Dabei sind neben konkreten Hochschuleinheiten auch solche Einrichtungen zu betrachten, die allen Hochschulen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Auch bezahlbare Wohnangebote für Studierende in der Innenstadt sowie Aufenthaltsflächen müssen hier mitgedacht werden.

Studentischer Wohnraum

Die Schaffung von Wohnraum für Studierende ist von grundlegender Bedeutung. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Studierende wird im Land Bremen wie auch bundesweit immer schwieriger. Die Mietpreissteigerung in der Stadtgemeinde Bremen – gemessen am Indikator „Studentenwohnpreisindex“, der die rein qualitätsbereinigte Steigerung der Mietpreise auf dem Wohnungsmarkt für Studierende wiedergibt – liegt im Jahr 2024 bei rund 5,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.[22]

Vor diesem Hintergrund stehen insbesondere öffentliche Einrichtungen wie das Studierendenwerk Bremen (StW) in der Verantwortung, für ausreichend bezahlbares studentisches Wohnen zu sorgen. Das Bundesland Bremen lag bei der Unterbringungsquote (Relation zwischen der Zahl der Studierendenwohnplätze und der Zahl der Studierenden) bei 7,82 Prozent und damit auf dem viertletzten Platz im Bundesländervergleich.[23]

Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft wird gemeinsam mit der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung weiterhin kontinuierlich am Ausbau der Wohnplätze in der öffentlichen Wohnraumversorgung für Studierende arbeiten. Zurzeit verfügt das StW bereits über ein Angebot von 2.337 Wohnplätzen in Bremen und Bremerhaven (incl. Kooperationsprojekten). Über das neu aufgelegte Programm „Junges Wohnen“ werden seitens des Bundes 500 Millionen Euro bereitgestellt, die auch für studentisches Wohnen genutzt werden können. Das Studierendenwerk wird in diesem Zusammenhang ein Bauprojekt mit knapp 60 Wohnplätzen im Stadtteil Horn-Lehe realisieren.

Digitale Infrastruktur

Die Digitalisierung an Hochschulen und Forschungseinrichtungen stellt eine bedeutende Herausforderung dar, die eine umfassende und moderne Infrastruktur erfordert. Dazu zählen insbesondere:

- die Ausstattung der Einrichtungen mit modernen Geräten,
- eine leistungsfähige Netzwerkinfrastruktur,
- digitale Lehr- und Lernplattformen sowie
- Datenmanagement- und Datensicherheitssysteme.

Das Land hat den Hochschulen in den vergangenen Jahren umfangreiche Digitalisierungsmittel zur Verfügung gestellt. Damit konnte die digitale Infrastruktur ausgebaut und optimiert werden. Die Digitalisierung der Lehre hat durch die im Zuge

[22] MLP-Studentenwohnreport 2024 in Kooperation mit dem Institut der deutschen Wirtschaft, erschienen 2024, Tabelle Entwicklung der qualitätsbereinigten Mieten, online unter: https://mlp-se.de/redaktion/mlp-se-de/studentenwohnreport-microsite/2024/report/mlp-studentenwohnreport-2024.pdf (abgerufen am 24.02.2025).

[23] Deutsches Studierendenwerk (Hrsg.): Wohnraum für Studierende - Statistische Übersicht 2024, erschienen 2024, Tabelle Studierendenzahlen und öffentlich geförderte Studierendenwohnheimplätze nach Bundesländern, online unter: https://www.studierendenwerke.de/beitrag/wohnraum-fuer-studierende-statistische-uebersicht-2024 (abgerufen am 10.02.2025).

der Corona-Pandemie erforderlichen Investitionen in die technische Infrastruktur eine erhebliche Beschleunigung erfahren.

Damit diese Entwicklungen nachhaltig wirken, wurden die Maßnahmen gezielt mit langfristigen strategischen Zielsetzungen verknüpft. Das Land hat die zur Gewährleistung der digitalen und hybriden Lehre erforderlichen Investitionen mit dauerhaften Personalmittelzusagen verbunden, um Benutzerfreundlichkeit, dauerhaften Support durch qualifiziertes Personal und Integration in das didaktische Konzept der Hochschulen zu ermöglichen. Darüber hinaus haben Projekte zur barrierearmen digitalen Lehre und ‚KI in der Hochschule' gezielt Impulse für die zukünftige Weiterentwicklung der Lehre gesetzt. Digitale Elemente sollen die Präsenzlehre nicht ersetzen, sondern weiterentwickeln, um ihre Stärken zu bewahren und ihren Mehrwert in einer zunehmend digitalisierten Bildungslandschaft zu sichern.

Damit einher geht auch die Digitalisierung der Hochschulverwaltung. Sie bietet die Möglichkeit, Prozesse zu optimieren, die Servicequalität zu verbessern und die Zufriedenheit von Studierenden und Mitarbeitenden zu erhöhen. Gleichzeitig erfordert sie jedoch eine sorgfältige und auch zwischen den Hochschulen abgestimmte Planung und Umsetzung, um die Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen. Dahingehend wurden in den vergangenen Jahren und insbesondere seit der Corona-Pandemie bereits wichtige Schritte gegangen, zum Beispiel durch die Einführung von Campus-Management-Systemen. Gleichzeitig gibt es hier noch mannigfaltige Herausforderungen wie die Einführung eines hochschuladäquaten Personalbewirtschaftungssystems. Das Land unterstützt diese Prozesse, was die Bereitstellung entsprechender Ressourcen – auch im Wissenschaftsressort – voraussetzt.

4. Die zentralen Institutionen – Auftrag, Errungenschaften und Perspektiven

Das Hochschul- und Wissenschaftssystem des Landes Bremen zeichnet sich durch eine hohe Dichte und Vielgestaltigkeit aus: Es umfasst vier staatliche und zwei staatlich anerkannte Hochschulen sowie die Hochschule für öffentliche Verwaltung, die im Zuständigkeitsbereich des Senators für Inneres und Sport verortet ist. Die 1971 gegründete Universität Bremen hat sich zu einer national und international sichtbaren, in einigen Forschungsbereichen international sogar führenden Universität entwickelt. Die Hochschule Bremen ist eine international ausgerichtete, regional erfolgreich vernetzte und forschungsstarke Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Deutschland. Die Hochschule Bremerhaven leistet einen bedeutenden Ausbildungs-, Transfer- und Forschungsbeitrag für die regionalen Wirtschaftszweige. Die Hochschule für Künste sichert den künstlerischen Nachwuchs in der Region wie auch für die Kreativwirtschaft des Bundeslandes.

Die Entwicklung der Hochschulen verlief parallel mit dem Aufbau einer außeruniversitären Institutslandschaft, die bundesweit ohne Beispiel ist: Das Land Bremen verfügt über 20 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sowie eine Vielzahl von Transfer- und Serviceeinrichtungen, die eng mit den Hochschulen kooperieren. Dadurch entstehen wertvolle Synergien, die Wissenschaft und insbesondere Forschung und Transfer im Land voranbringen. Gemeinsam bilden die Wissenschaftseinrichtungen die Grundlage, um den skizzierten Herausforderungen zu begegnen und das Land Bremen zukunftsfähig aufzustellen.

4.1. Hochschulen

4.1.1. Universität Bremen

Die Universität Bremen ist eine erfolgreiche Forschungsuniversität mit internationaler Sichtbarkeit. Gleichzeitig ist die Universität einer der wichtigsten Triebfedern für die Weiterentwicklung sowohl des Wissenschaftsstandortes als auch des Landes Bremen. Es ist ein wichtiges Ziel für das Land Bremen, die Funktions- und Wettbewerbsfähigkeit der Universität in ihrer bestehenden fachlichen Breite zu gewährleisten, die ausgewiesenen Exzellenzbereiche und Wissenschaftsschwerpunkte zu fördern sowie die hohe Qualität in Lehre und Studium abzusichern. Das Land unterstützt die Universität politisch und materiell dabei, ihre finanziellen Handlungsspielräume durch erfolgreiche externe Mitteleinwerbungen weiter auszubauen.

Studium

Das Studium vereinbart sowohl die Anforderungen der Wissenschaft als auch die Berufsfähigkeit miteinander. Das Lehrprofil der Universität ist konsequent auf Forschendes Lernen ausgerichtet und – soweit möglich – eng verbunden mit den Spitzenforschungsleistungen der Universität.

Mit der Wiedereinführung des Studiengangs Sport/Sportwissenschaft, der Einführung des Masterstudiengangs Klinische Psychologie, des internationalen Masterstudiengangs Artificial Intelligence and Intelligent Systems und eines integrierten Bachelors in den Rechtswissenschaften zum Wintersemester 2024/25 konnte die Universität ihre Attraktivität als Studienstandort weiter steigern. Die Zahl der Studienanfänger:innen im 1. Hochschulsemester erhöhte sich im Studienjahr 2024 um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die Universität wird auch in den kommenden Jahren einen wertvollen Beitrag zur Fach- und Lehrkräfteausbildung leisten. Sie erweitert über ein zu ergänzendes Fächerangebot aufbauend die Kapazitäten im Lehramt für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik mit Bezug zu den Oberschulen und Gymnasien. Die Universität richtet ihre Bemühungen dahingehend aus, diese und die in anderen Fächern und Lehrämtern vorhandenen Kapazitäten möglichst vollständig auszulasten. Vorgesehen ist zudem die Einführung des Lehramtsstudienfachs Informatik. Ergänzend arbeitet die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft gemeinsam mit dem Senator für Kinder und Bildung und der Universität an der Einrichtung eines innovativen, stärker praxisintegrierenden[24] Lehramtsstudiengangs. Profilmerkmal dieses Studiengangs sollen besonders enge Bezüge zwischen den Lehrveranstaltungen an der Universität und den praktischen Phasen in der Schule sein.

Die Universität prüft gemeinsam mit der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft und dem Senator für Kinder und Bildung, inwieweit jeweils ein universitärer Quereinstieg in das Master of Education-Studium für Bachelor-Absolvent:innen insbesondere für das Lehramt für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik mit Bezug zu den Oberschulen und Gymnasien sowie für die Bedarfsfächer aus dem MINT-Bereich, für die Grundschulbildung und für Sport aufgebaut werden kann. Die Universität unterstützt diesbezüglich das weiterbildende Qualifizierungsprogramm im Rahmen des institutionenübergreifenden „Quereinstiegs Multiprofessionalität Optional (QMP-O Uni-LIS)“ mit dem Ziel einer Gleichstellung mit dem Lehramt an Grundschulen, dem Lehramt für Inklusive Pädagogik/Sonderpädagogik mit Grundschulbezug und perspektivisch dem Lehramt für Gymnasien/Oberschulen.

[24] Praxisanteile sind systematisch und in größerem Umfang gegenüber regulären Studiengängen mit obligatorischen Praktika im Studium angelegt und sind mindestens strukturell-institutionell mit dem Studium verzahnt (organisatorisch, durch Kontakt von Hochschule/Berufsakademie und Praxispartner). Es gibt eine Anrechnung der Praxisanteile als Studienleistungen.

Die Universität stärkt darüber hinaus die wissenschaftsbezogenen Anpassungslehrgänge für die Lehrkräfte mit ausländischer Lehrkräfteberufsqualifikation sowie einer gemeinsamen binnendifferenzierenden Nutzung der institutionenübergreifenden „Quereinstiege Multiprofessionalität Optional (QMP-O Uni-LIS)“ in Zusammenarbeit mit dem Senator für Kinder und Bildung mit dem Ziel, die Anerkennungsverfahren zu beschleunigen.

Herausfordernd stellt sich weiterhin die Auslastung im MINT-Bereich insbesondere in der technischen Richtung Maschinenbau und Produktions- und Elektrotechnik dar. Das Land erwartet hier von der Universität die Überarbeitung und Weiterentwicklung des vorhandenen Studienangebots, um die Attraktivität zu erhöhen und somit eine bessere Auslastung dieser Fächer zu erreichen. Dabei ist auch die Gewinnung internationaler Studierender und zwar insbesondere aus Südost- und Südasien, Afrika sowie Lateinamerika von zunehmender Bedeutung, da der Fokus der dortigen Studieninteressierten häufig auf Fächern liegt, die in der Diskussion um den Fachkräftebedarf sehr relevant sind. Gleichzeitig hat ein hoher Anteil dieser Studieninteressierten die Absicht, auch nach dem Studium in Deutschland erwerbstätig zu werden.

Im Sinne der Hochschulautonomie muss die Universität dafür Sorge tragen, dass ihre Studiengänge ausgelastet sind. Grundsätzlich ist die Erwartungshaltung des Landes, dass die Universität ihr gesamtes Studiengangsportfolio nicht nur im Rahmen der Qualitätssicherung, sondern auch mit Blick auf einen effizienten Ressourceneinsatz regelmäßig überprüft.

Forschung

In der Forschung zählt die Universität Bremen seit Jahren zur Spitzengruppe der deutschen Hochschulen. Dafür stehen exemplarisch die in der aktuellen Ausschreibungsrunde der Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder (2026-2032) bewilligten zwei Exzellenzcluster. Zum einen handelt es sich um die erfolgreiche Fortsetzung des bereits bestehenden Exzellenzcluster „Der Ozeanboden – unerforschte Schnittstelle der Erde“ des MARUM – Zentrum für Marine Umweltwissenschaften, das nunmehr gemeinsam mit der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg verantwortet wird. Zum anderen um den materialwissenschaftliche Neuantrag „The Martian Mindset: A Scarcity-Driven Engineering Paradigm“. Zusammen mit der Universität Oldenburg wurde im November 2025 ein gemeinsamer Antrag als Exzellenzuniversität gestellt. Die seit 2000 formal bestehende Kooperation beider Universitäten ist 2025 durch die Gründung der Northwest Alliance bekräftigt und mit neuen inhaltlichen Perspektiven versehen worden. Das Land begrüßt und unterstützt diese Entwicklung ausdrücklich.

Im Bereich der Geisteswissenschaften kommt insbesondere der interdisziplinären Verbundforschungsplattform ‚Worlds of Contradiction‘ (WoC) eine wichtige Rolle zu. Im Fokus der Initiative stehen Phänomene, Konzepte, gesellschaftlich relevante Aspekte und methodologische Konsequenzen von Widerspruch aus geisteswissenschaftlicher Perspektive. Ziel von WoC ist und wird es auch in den

kommenden Jahren sein, die bestehenden Verbundforschungsaktivitäten der Universität Bremen ebenso wie zukünftige Forschungsprofile und Einzelprojekte konzeptionell zu bündeln und damit stärker als bisher disziplinübergreifende Kooperationen zu ermöglichen.

Eine bedeutende Rolle im Forschungsbereich der Universität spielen zudem Kooperationen mit außenuniversitären Forschungseinrichtungen. In der U Bremen Research Alliance (UBRA) kooperieren die Universität Bremen und zwölf Institute der Bund-Länder-finanzierten außeruniversitären Forschung (AuF). Die Universität versteht sich dabei als Mittelpunkt eines auch für AuF attraktiven Forschungsumfeldes.

Die Universität verfügt derzeit über zwei Sonderforschungsbereiche (SFB) der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG): den SFB 1342 „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik“ und den SFB 1320 „Wissenschaft der Alltagsaktivitäten“. Sie ist an drei weiteren SFB beteiligt. Dies sind Erfolge ihrer Wissenschaftsschwerpunkte und der entsprechenden Profilierungsstrategie, die schon vor mehr als zwei Jahrzehnten begonnen wurde und fortgesetzt wird. Bei der Einwerbung von Drittmitteln zählt die Universität bundesweit zu den erfolgreichsten Hochschulen. 2023 hat sie über 109 Millionen Euro insbesondere an Forschungsgeldern eingeworben. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten Universitätsetats. Die Höhe der DFG-Drittmittel betrug im Jahr 2023 rund 40 Millionen Euro[25]; damit gehört die Universität Bremen zu den bundesweit erfolgreichsten Universitäten.[26] Mit einer Bewilligungssumme von insgesamt 31,5 Millionen Euro in den Jahren 2020 bis 2022 ist die Universität Bremen zudem führend in den Geowissenschaften.

Transfer

Nach einer aktuellen Auswertung des CHE – Centrum für Hochschulentwicklung[27] kann die Universität Bremen bundesweit die meisten Beteiligungen an den derzeit laufenden „Third-Mission“ Förderlinien des Bundes aufweisen. Zentrale Prämisse dieser transferorientierten Vorhaben ist es, durch anwendungsorientierte Forschung und enge Kooperation mit Unternehmen bzw. gesellschaftlichen Akteur:innen am Standort innovative Beiträge für die Bewältigung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen zu leisten.

[25] Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Statistischer Bericht – Finanzen der Hochschulen 2023, erschienen 2025, Tabelle 21371-02, online unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Bildungsfinanzen-Ausbildungsfoerderung/Publikationen/_publikationen-innen-finanzen-hochschulen.html (abgerufen am27.03.2025).

[26] DFG (Hrsg.): DFG-Förderatlas 2024, erschienen 2024, Abbildung 4-5, online unter: https://foerderatlas.dfg.de/wp-content/uploads/2025/01/foerderatlas_2024.pdf (abgerufen am 10.07.2025).

[27] CHE Centrum für Hochschulentwicklung (Hrsg.), DatenCHECK 3/2024: In der Third-Mission-Förderung erfolgreiche Hochschulen, 24. Juni 2024, online unter: https://www.che.de/download/datencheck-3-2024-in-der-third-mission-foerderung-erfolgreiche-hochschulen/ (abgerufen am 03.02.2025)

2022 konnten zudem die Weichen für einen Innenstadtcampus der Universität gestellt werden. Der Umzug des Fachbereichs 06 – Rechtswissenschaften erfolgte zum Wintersemester 2024/25. Mit dem Forum am Domshof hat die Universität einen prominenten, für die Stadtbevölkerung gut sichtbaren Standort in der Innenstadt hinzugewonnen. In den kommenden Jahren gilt es, das Forum weiter mit Leben zu füllen und den Dialog mit der gesamten Gesellschaft zu fördern. Ebenso bietet das Forum die Möglichkeit zur stärkeren Kooperation mit vielfältigen Akteur:innen der Stadtgesellschaft. So wird die in den Räumlichkeiten am Domshof verortete juristischen Teilbibliothek der Staats- und Universitätsbibliothek auch mit der Gerichtsbibliothek der Senatorin für Justiz und Verfassung kooperieren.

Die Universität Bremen bietet zudem zahlreiche Angebote des Wissenstransfers für Kinder, Jugendliche, Lehrkräfte und Schulen an. In viele dieser Angebote sind Forschungseinrichtungen im Technologiepark eingebunden. Die Universität wird Angebote wie die Kinder-Uni, das Projekt „Rent a teacherman“ (zur Gewinnung männlicher Lehrender für Grundschulen), die Fortbildungen und Seminare für Lehrkräfte, das Forum Wissenschaft und Schule oder das Cluster meerMINT aufrechterhalten und ihre Angebote für einzelne Schüler:innen und für Schulklassen und die Kooperationen mit Schulen bedarfsgerecht weiterentwickeln.

Klimagerechtes Handeln und Nachhaltigkeit

Ein Leitmotiv der Universität Bremen ist nachhaltiges Handeln. Es ist ein zentraler Bestandteil aller universitären Belange aus Lehre, Forschung und Verwaltung. Um dieses handlungsleitende Ziel praktisch umzusetzen und einen kontinuierlichen Prozess der Verbesserung anzuregen, hat die Universität Bremen bereits im Jahr 2010 Umweltleitlinien formuliert. Sie hat eine Kommission für Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit und Klimaneutralität (NKK) eingerichtet und 2025 eine Nachhaltigkeitsstrategie beschlossen. Soziale und ökologische Aspekte werden dabei als gleichwertig und nicht gegenüber ökonomischen Aspekten verrechenbar verstanden. Der Fokus der Universität ist auf die Schaffung von Strukturen und Bedingungen ausgerichtet, um Nachhaltigkeit, Klimagerechtigkeit und Klimaneutralität als Querschnittsthemen in allen Handlungsfeldern und auf allen Ebenen der Universität dauerhaft zu verankern.

Nachhaltigkeit spielt insbesondere in Studium und Lehre an der Universität Bremen eine große Rolle: Das Thema wird dabei einerseits in zahlreichen Projekten wissenschaftlich betrachtet; andererseits wird auch das Handeln der Universität selbst immer wieder darauf geprüft, ob es im Einklang mit ökologischer, sozialer und wirtschaftlicher Nachhaltigkeit steht. Zudem hat die Universität die Leitung des von allen vier staatlichen Hochschulen getragenen Projektes „Bremen Goes Sustainable“ (BreGoS) inne.

Internationalisierung

Der Anteil internationaler Studierender an der Universität liegt derzeit bei ca. 17,2 Prozent.[28] Ein hoher Anteil dieser Studierenden stammt aus nicht europäischen Ländern, rund 50 Prozent aus Asien.

In den letzten Jahren hat die Universität ihre Internationalisierungsbemühungen systematisch verstärkt und strategisch neu ausgerichtet. Bereits 2019 war sie mit diesem Ansatz bei der Ausschreibung der Europäischen Kommission zur Gründung Europäischer Universitäten im Verbund der Young Universities for the Future of Europe (YUFE) erfolgreich. Nach erfolgreicher Evaluation wurde die Förderung des Netzwerks durch die EU für den Zeitraum 2022 bis 2026 verlängert. Innerhalb der aus zehn forschungsorientierten Universitäten bestehenden Allianz hat die Universität Bremen die Lead-Funktion im Arbeitspaket „Staff Journey“, in dem gemeinsame Maßnahmen für eine europäische Weiterbildung von Mitarbeitenden und wissenschaftliche Karrierewege entwickelt werden, inne. Daneben liegt ein Fokus der Universität auf der Förderung von Mobilität und Austausch von Studierenden. Zudem existieren auch „bottom-up“ Initiativen aus einzelnen Fachbereichen, etwa Biologie und Rechtswissenschaft. Weitere Lehr- und Forschungskooperationen, beispielsweise im Rahmen des YUFE Bachelors Urban Sustainability Studies, Digital Humanities, Kulturgeschichte und Romanistik sind in der Entwicklung. Das Land begrüßt die voranschreitende Internationalisierung und erwartet auch in den kommenden Jahren signifikante Fortschritte.

Wissenschaftliche Qualifizierung

Wissenschaftliche Qualifizierung ist von zentraler Bedeutung für die Weiterentwicklung des Wissenschaftsstandorts. Die Universität ist hier besonders erfolgreich aktiv. Strukturierten Promotionsprogrammen kommt – ergänzend zur traditionellen Art der sogenannten Individualpromotion – eine zunehmend größere Bedeutung zu. Neben den im Rahmen der Exzellenzinitiative entstandenen Graduiertenschulen, der Bremen International Graduate School of Social Sciences (BIGSSS) und der Bremen International Graduate School for Marine Sciences (GLOMAR), verfügt die Universität über 6 DFG-Graduiertenkollegs (Stand 2025), die strukturierten Programme „Die Duale Promotion in der Lehrkräftebildung“ und des Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI). Flankiert wird dies durch ein ausdifferenziertes Förder- und Unterstützungsinstrumentarium zur Promotionsförderung (Bremen Early Career Researcher Development – BYRD).

Forschung und wissenschaftliche Qualifizierung gehen an der Universität Hand in Hand: 2024 kamen an der Universität mit „CAUSE“, das sich technischen Systemen widmet, und „HEARAZ“, bei dem es um die Entwicklung einer „Gesundheitszentrale“ am Ohr geht, zwei weitere Graduiertenkollegs hinzu. Beide Graduiertenkollegs kommen aus dem Wissenschaftsschwerpunkt „Minds, Media, Machines“. Ziel ist, die

[28] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2023/24.

Forschung in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Maschinelles Lernen oder Data Science voranzutreiben – mit besonderem Augenmerk auf die Auswirkungen und den Nutzen für die Gesellschaft. In beiden Kollegs kooperiert die Universität mit der Universität Oldenburg. Diese Tatsache unterstreicht auch die enge Zusammenarbeit der beiden Hochschulen.

Obgleich die wissenschaftliche Qualifizierung von hoher Priorität für die Universität ist, lag die Zahl der abgeschlossenen Promotionen in den vergangenen fünf Jahren mit ca. 270 pro Jahr unterhalb des Durchschnitts früherer Zeiten von ca. 320. Es wird angestrebt, die Zahl der Promotionsabschlüsse wieder zu steigern. Hierfür ist insbesondere die Promotionsbegleitung und -unterstützung weiter zu stärken und damit der Promotionserfolg zu erhöhen. Einen wesentlichen Baustein dahingehend stellen zudem verbindliche Betreuungsvereinbarungen dar. Als zentrale Serviceeinrichtung der Universität Bremen steht BYRD (Bremen Early Researcher Development) für Information, überfachliche Qualifizierung und Beratung von Promovierenden wie auch Post-Docs zur Verfügung.

Die Universität hat ihre Maßnahmen zur Förderung wissenschaftlicher Qualifikation in den letzten Jahren im Sinne eines umfassenden Konzepts zur Neugestaltung der wissenschaftlichen Personalstruktur weiterentwickelt und ist darin auch Vorbild für Universitäten anderer Bundesländer wie Brandenburg und Hamburg geworden. Eine Vorreiterrolle kommt ihr bei der Etablierung von Tenure-Track-Stellen auf der Ebene des akademischen Mittelbaus (Senior Lecturer/Senior Researcher) zu. Auch bei der der Etablierung der Tenure-Track-Stellen auf professoraler Ebene war die Universität Pionierin, zugleich hat sie damit auch die Voraussetzungen für die erfolgreiche Beteiligung am Bund-Länder-Programm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses geschaffen. Sie hat in den beiden Förderphasen seit 2017 jeweils sieben Tenure-Track Professuren eingeworben. Auch nach dem Auslaufen des Bund-Länder-Programms wird die Universität bei jeder wiederzubesetzenden Professur prüfen, ob sie für eine Ausschreibung als Tenure-Track-Professur geeignet ist.

Gleichstellung

Wegweisend ist die Universität auch im Bereich der Geschlechtergleichstellung. Mit einem Frauenanteil bei den Professuren von 33,7 Prozent lag die Universität im Jahr 2023 über dem bundesweiten Wert von 28 Prozent.[29] Obwohl der Anteil von Professorinnen kontinuierlich angestiegen ist, besteht weiterhin dringender Verbesserungsbedarf hinsichtlich der Geschlechterparität. Im „Gleichstellungskonzept für Parität“ hat sich das Rektorat zum Ziel gesetzt, geschlechtergerechte Qualitätsstandards in allen Auswahlverfahren der Universität konsequent anzuwenden, so dass über alle Fächergruppen hinweg die guten Berufungsquoten von Frauen in Höhe von mindestens 45 Prozent stabilisiert und die Bewerberinnenanteile erhöht werden. Mit ihrem Gleichstellungskonzept war die Universität bereits mehrfach und erneut 2024 im Rahmen des

[29] Statistisches Landesamt: Personalstatistik, VZÄ, Stichtag 1.12. eines Jahres.

Professorinnenprogramms des Bundes und der Länder erfolgreich. Die DFG würdigt die konsequente Orientierung der Universität an den forschungsorientierten Gleichstellungsstandards. Die Universität ist zudem als familienfreundliche Hochschule auditiert.

4.1.2. Hochschule Bremen

Durch die Fokussierung auf praxisorientierte und transformative Lehre und Forschung hat sich die Hochschule zu einer der forschungsstärksten Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) im Nordwesten Deutschlands entwickelt. Zusätzlich zur hohen Praxisorientierung und Forschungsstärke zeichnet sich die Hochschule Bremen (HSB) durch ihr stark internationales Profil[30] aus, das den Studierenden eine global ausgerichtete Ausbildung und damit hervorragende Perspektiven am Arbeitsmarkt ermöglicht.

Um die Hochschule als Ganzes zukunftsfähig aufzustellen, gilt es, die 2022 begonnenen Maßnahmen zur finanziellen Konsolidierung und Neuaufstellung der internen Steuerungssysteme weiter konsequent umzusetzen und bedarfsgerecht fortzuschreiben. Die zukunftsgerichtete Weiterentwicklung der administrativen Unterstützungsprozesse – insbesondere durch Digitalisierung und den gezielten Einsatz KI-gestützter Anwendungen – wird ausdrücklich begrüßt und als essenzieller Beitrag zur Leistungsfähigkeit und Zukunftsfähigkeit der Hochschulverwaltung betrachtet.

Das Land erwartet von der Hochschule die systematische Identifizierung und Nutzung von Synergieeffekten und Effizienzgewinnen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen sollten aus Sicht des Landes insbesondere die personelle Entwicklung im Dienstleistungsbereich sowie die Optimierung des Raum- und Flächenmanagements stehen.

Studium

Wesentliche Ziele im Bereich Studium und Lehre sind die kontinuierliche Erneuerung des Portfolios in struktureller, inhaltlicher und methodischer Hinsicht um die Rolle und das Selbstverständnis der Hochschule als Motor der Regionalentwicklung zu stärken, die Studierenden zur gesellschaftlich verantwortlichen Gestaltung von Transformationsprozessen zu befähigen und die Individualisierung und Flexibilisierung der Studienverläufe zu erhöhen. In Bezug auf die Studienplatzkapazitäten sollen die vorhandenen Studienplätze insgesamt erhalten bleiben. Als übergeordnete Zielsetzung wird von der Hochschule erwartet, eine ausgewogene Auslastung über das gesamte Angebotsspektrum zu erreichen.

Aufbauend auf dem vorhandenen Studienangebot in den Bereichen Klimaschutz und Nachhaltigkeit soll der Erwerb von Nachhaltigkeitskompetenzen ein zentraler Bestandteil der Studiengangsentwicklung werden. Insbesondere die Entwicklung studiengangsübergreifender und interdisziplinärer Module auf breiter Basis soll allen Studierenden die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeitsthemen im Laufe ihres

[30] In mehr als der Hälfte der Studiengänge sind Auslandsaufenthalte fester Bestandteil des Curriculums. Dadurch sammeln rund 60 Prozent der Absolvent:innen Auslandserfahrungen während des Studiums. Zudem ist die HSB als Teil der STARS EU Allianz nur eine von achtzehn Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Deutschland, die im Rahmen der EU-Förderlinie Erasmus+/ Europäische Hochschule gefördert wird.

Studiums ermöglichen. Das Konzept der Nachhaltigkeit umfasst auch Kompetenzen in den Bereichen kritisches Denken, Demokratieverständnis, Geschlechtergleichstellung, Diversity, ethische Führung und globale Verantwortung.

Bereits mehr als 10 Prozent der Studierenden der HSB absolvieren ein duales oder vergleichbares Studium. Zum Wintersemester 2024/25 wurde das Angebot um duale Studiengangsvarianten in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Angewandte Physik und Bauingenieurwesen erneut erweitert. Die Hochschule wird ihre in den vergangenen zwei Jahrzehnten gesammelten Erfahrungen und Kompetenzen in diesem Bereich nutzen, um diesen Erfolgskurs fortzusetzen, mit dem Ziel, ihr duales Studienangebot in allen Fakultäten und fachlichen Schwerpunkten weiter auszubauen. Zusätzlich wird die HSB ihr Netzwerk an Kooperationspartnern in der Region kontinuierlich ausbauen und dabei noch engere Kooperationen mit mittelständischen Unternehmen suchen. Das duale Studienangebot wird künftig auch verstärkt auf den Masterbereich ausgerichtet, insbesondere durch die Einführung englischsprachiger Programme. Diese Maßnahmen zielen nicht nur darauf ab, die Praxisorientierung der Ausbildung weiter zu vertiefen, sondern sollen auch die nachhaltige Gewinnung, Qualifizierung und Integration internationaler Fachkräfte für Bremen und die Region stärken.

Ein wesentlicher thematischer Schwerpunkt des Wissenschaftsplans 2025 war die Akademisierung und Weiterentwicklung der Gesundheitsfachberufe. Die Hochschule hat in den letzten Jahren durch die frühzeitige Einführung von primärqualifizierenden Bachelorangeboten in Pflege und Hebammenwissenschaften bundesweit eine Vorreiterrolle in diesem Kontext eingenommen. Für die kommenden Jahre gilt es, diese Pionierarbeit fortzusetzen und das Studienangebot unter Berücksichtigung der gesetzlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Im Mittelpunkt der Anstrengungen der Hochschule sollte die Ergänzung des vorhandenen Angebots durch Einführung eines generalistischen und konsekutiven Masterprogramms in den Gesundheitsfachberufen stehen. Dabei sind auch mögliche Synergien durch Kooperationen mit anderen Hochschulen wie der Hochschule Bremerhaven in den Blick zu nehmen.

Fächerübergreifend sieht das Land eine zentrale Herausforderung darin, die in den letzten Jahren erzielten Teilerfolge bei der Reduzierung der Lehrauftragsquote[31]. nicht zu gefährden. HSB und Land haben sich zum Ziel gesetzt, unter Berücksichtigung des bestehenden finanziellen Rahmens die abgestimmte Professurenplanung weiterhin umzusetzen.

[31] Zwischen 2019 und 2024 konnte der Anteil der Lehraufträge an der Gesamtlehre durch Stellenaufbau beim hauptamtlichen wissenschaftlichen Personal von 47,5 Prozent auf 36 Prozent reduziert werden.

[32] FreiRAUM@HSB ist eine Initiative zur Förderung der Gründungskultur und wird durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt. Damit verbunden bietet die Hochschule ihren Studierenden einen Kreativraum, in dem sie sich ausprobieren und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln können. Neben einem offenen ‚Makerspace' wird auch ein breites Spektrum an Veranstaltungs- und Beratungsformaten angeboten.

Forschung

Die Hochschule Bremen hat sich in den letzten Jahren als forschungsstarke Hochschule für Angewandte Wissenschaften positioniert und leistet mit rund 125 laufenden Forschungsprojekten, darunter 55 Drittmittelprojekte und über 50 kooperative Promotionen, einen bedeutenden Beitrag zur Wissenschafts- und Innovationslandschaft des Landes Bremen. Beispiele ihrer Forschungsstärke aus der jüngeren Zeit sind u.a. die Drittmitteleinwerbungen des Instituts für Aerospace Technologies im Zusammenhang mit der Entwicklung alternativer Treibstoffe und Antriebe in der Raumfahrt sowie digitaler Komponenten für Satelliten sowie die erfolgreiche Beteiligung an dem BMFTR geförderten Projekt „TCALL – Transfercluster Akademischer Lehrpflegeeinrichtungen in der Langzeitpflege“.

Auch in Zukunft sollen die bestehenden interdisziplinären Cluster „Region im Wandel“, „Digitale Transformation“, „Lebensqualität“, „Luft- und Raumfahrt“, „Blue Sciences“ sowie „Dynamics, Tension and Xtreme Events“ weiterhin die Forschungsschwerpunkte der Hochschule darstellen und weiterentwickelt werden. Die enge Verzahnung mit den Forschungs- und Transferschwerpunkten des Landes soll vorangetrieben werden.

Transfer

Die Hochschule Bremen wird ihre langfristig angelegte Transferstrategie bis 2030 schrittweise umsetzen und den direkten Wissenstransfer zwischen Hochschule und Wirtschaft weiter intensivieren. Zu diesem Zweck wird sie einen zentralen Anlaufpunkt für die vielfältigen Transfer- und Kooperationsangebote der Hochschule schaffen und so einen strukturierten Zugang zu Partnerschaften in Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Gesellschaft ermöglichen. Die Stärkung der Zusammenarbeit in inter- und transdisziplinären Netzwerken steht dabei im Vordergrund, um Transferaktivitäten nachhaltig und praxisnah zu gestalten.

Eine Maßnahme zur Förderung des Wissenstransfers in die Gesellschaft stellt der Aufbau von Reallaboren für praxisnahe Forschung dar. Um ihre Position als innovativer Partner für Wirtschaft und Gesellschaft zu festigen, wird von der HSB erwartet, den Aufbau entsprechend voranzutreiben. Die HSB nutzt zudem die im Rahmen des FreiRAUM@HSB[32] gewonnenen Erfahrungen, um Gründungsinteressierte umfassend zu unterstützen und um das Gründungspotenzial der Hochschule nachhaltig zu fördern. In diesem Kontext kommt der fächerübergreifenden Förderung und Vermittlung von unternehmerischem Denken und Handeln eine wichtige Bedeutung zu.

Klimagerechtes Handeln und Nachhaltigkeit

[32] FreiRAUM@HSB ist eine Initiative zur Förderung der Gründungskultur und wird durch das Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) unterstützt. Damit verbunden bietet die Hochschule ihren Studierenden einen Kreativraum, in dem sie sich ausprobieren und ihre Fähigkeiten weiterentwickeln können. Neben einem offenen ‚Makerspace‘ wird auch ein breites Spektrum an Veranstaltungs- und Beratungsformaten angeboten.

An der HSB werden mehrere Studiengänge angeboten, die sich gezielt mit zentralen Fragen von Klimawandel, Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit auseinandersetzen. Exemplarisch hierfür stehen die Masterstudiengänge „Zukunftsfähige Energie- und Umweltsysteme“, „Interdisziplinäres Nachhaltigkeitsmanagement“ und „Sustainable Business & Entrepreneurship“ sowie der ab dem Wintersemester 2024/2025 geänderte Masterstudiengang „Bauingenieurwesen – Nachhaltiges Planen und Bauen“. Zudem verfügt die Hochschule über Forschungsinstitute wie bspw. das Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit im Globalen Wandel (GLOKAL) oder das Zentrum für energieeffiziente Technik und Architektur (ZETA), die anwendungsorientiert Nachhaltigkeitsforschung in unterschiedlichen Dimensionen betreiben.

Durch die bereits vorhandenen Kompetenzen in Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sowie Klimafolgen-Resilienz verfügt die Hochschule über hervorragende Ausgangsbedingungen, um in den kommenden Jahren clusterübergreifend anwendungsorientierte Nachhaltigkeitsforschung weiter auszubauen und wertvolle Impulse für die nachhaltige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu geben. Beispiele hierfür sind u.a. der im Kontext des hochschulübergreifenden Projektes „hyBit – Hydrogen for Bremen´s industrial transformation“ an der HSB konzipierte und selbstgebaute PEM-Großelektrolyseur, der elektrische Energie in chemische Energie umwandelt und dabei Wasserstoff als Energieträger produziert, sowie das Projekt „ClimaCampus“ und das „Fahrradmodellquartier“.

Die Hochschule engagiert sich aktiv in Nachhaltigkeitsinitiativen wie dem hochschulübergreifenden Projekt BreGoS. Um dieses Engagement auch hochschulintern konsequent zu verankern, ist von der HSB eine hochschulweite Nachhaltigkeitsstrategie zu erarbeiten, vom Akademischen Senat zu beschließen und umzusetzen.

Internationalisierung

Die HSB verfolgt eine konsequente Internationalisierungsstrategie. Mit einem Anteil von 60 Prozent internationalen Studiengängen und rund 20 Prozent internationalen Studierenden[33] liegt die HSB deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Studierende aus etwa 100 Nationen und Kooperationen mit 370 Partnerhochschulen in 70 Ländern unterstreichen die internationale Ausrichtung. Um internationale Studierende langfristig an die HSB und den Standort Bremen zu binden, wird die Hochschule in Zukunft eine wachsende Anzahle an englischsprachigen Studienprogramme anbieten. Ein besonderer strategischer Handlungsbedarf besteht in der gezielten Gewinnung und Qualifizierung internationaler Haupthörer:innen sowie in deren erfolgreichen Integration in den regionalen Arbeitsmarkt

Ein zentraler Baustein in der Internationalisierungsstrategie der HSB ist die Beteiligung am Strategic Alliance for Regional Transition European University-Netzwerk (STARS-EU). Die erfolgreiche Bewerbung um eine EU-Förderung im Jahr

[33] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

2023 bietet der HSB und ihren Partner:innen im Netzwerk die große Chance, in den kommenden Jahren eine Europäische Hochschule zu gestalten, den Aufbau eines gemeinsamen digitalen Campus voranzutreiben und Studierenden wie Mitarbeitenden gleichermaßen wertvolle Mobilitäts- und Kooperationsmöglichkeiten zu ermöglichen. Das Land begrüßt die Beteiligung der HSB am Netzwerk und ermutigt sie ausdrücklich eine nachhaltige Vertiefung und Weiterentwicklung dieser strategischen Partnerschaft anzustreben. Die verstärkte Nutzung von EU-Programmen unterstreicht zudem die Fortschritte in der Internationalisierung der Hochschule auch im Bereich der Forschung.

Wissenschaftliche Qualifizierung

Ein wesentlicher Baustein zur erfolgreichen Weiterentwicklung der Forschungsstärke der HSB liegt in der gezielten Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Nachdem das Land die erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen zur Verleihung eines eigenständigen Promotionsrechts an die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften geschaffen hat, erwartet das Land von der HSB die Vorlage eines gemeinsam mit der Hochschule Bremerhaven entwickelten und aus den bestehenden Forschungsschwerpunkten abgeleiteten Promotionskonzepts für die Erprobung eigenständig durchgeführter Promotionen im Rahmen von Promotionsverbünden.

Durch den Aufbau von Promotionskollegs und die Entwicklung von Tandemmodellen zur Qualifizierung zukünftiger Professuren im direkten Austausch mit Praxispartnern aus Industrie, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sollen die Forschungskompetenzen sowie das Transformationspotenzial der HSB langfristig gestärkt werden.

Neben eigenständig durchgeführten Promotionsverfahren in forschungsstarken Bereichen kommt auch künftig kooperativen Promotionsvorhaben eine hohe Bedeutung für die Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu. Sie sind daher parallel zur Pilotphase weiterhin zu fördern.

Gleichstellung

Die Hochschule Bremen hat in den letzten Jahren kontinuierlich den Anteil von Frauen an den Professuren auf rund 31 Prozent erhöht.[34] Darüber hinaus gehört sie zu den prämierten Hochschulen im Professorinnenprogramm 2030. Diese gute Ausgangsposition gilt es zu nutzen, um den Anteil auch in Zukunft weiter auszubauen. In diesem Zusammenhang sind insbesondere die im Vergleich der Fakultäten zum Teil weit differierenden Anteile von mit Frauen besetzten Professuren in den Blick zu nehmen.

Zudem wird die Hochschule Bremen ihre Anstrengungen zur Akquirierung und Förderung von Studentinnen, insbesondere in MINT-Fächern, weiter fortsetzen und erweitern. In diesem Zusammenhang kommen der Kooperation und Vernetzung mit

[34] Statistisches Landesamt: Personalstatistik, VZÄ, Stichtag 1.12. eines Jahres.

Schulen und außerschulischen Lernorten und relevanten Partner:innen eine besondere Bedeutung zu.

4.1.3. Hochschule Bremerhaven

Als „Hochschule am Meer“ konzentriert sich die Hochschule Bremerhaven mit ihren Angeboten auf den Fachkräftebedarf in regionalökonomisch bedeutenden Feldern. Durch die Studierenden, die sie anzieht, und die Arbeitsplätze, die sie bereitstellt, entfaltet die Hochschule eine besondere regionalwirtschaftliche Wirkung und ist daher von hoher Bedeutung für die Bewältigung der regionalen Strukturherausforderungen. Die Hochschule trägt in hohem Maße zur Förderung von Nachhaltigkeit, zu regionaler Innovation, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und zur Gewinnung junger, hochqualifizierter Einwohner:innen bei. Die Aktivitäten in Forschung und Entwicklung stellen ein wesentliches Element des Wissenstransfers von der Hochschule in die Region dar. Zu den wichtigsten Forschungsbereichen gehören Biotechnologie, Logistik, Energie und Meerestechnik, Lebensmitteltechnologie sowie Informationstechnologie und Digitalisierung. Die Hochschule kooperiert dabei mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Studium

Vor allem in den Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sowie in der Informatik ist die Hochschule gut aufgestellt. Für das Studiengangsprofil des Fachbereichs Technologie sind die Bereiche Windenergie, maritime Technologien und Biotechnologie aufgrund ihres Regionalbezugs prägend. Im Fachbereich Management und Informationssysteme sind die Studiengänge „International Tourism Management: Cruise Business / Innovation“ und „Gründung, Innovation, Führung“ profilrelevant und zudem bundesweit einzigartig. 2024 gaben DIE ZEIT und das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) dem Bachelorstudiengang Informatik der Hochschule Bremerhaven Bestnoten: Die Qualität der Einführungsphase zum Studienstart bekam einen Platz in der Spitzengruppe der mehr als 300 Hochschulen in Deutschland.

Die Hochschule hat in den letzten fünf Jahren mehrere Studiengänge neu strukturiert sowie praxisintegrierte duale Studienvarianten entwickelt. Hervorzuheben ist zudem der erfolgreiche Ausbau im Sozial- und Gesundheitswesen und die Profilierung über die Querschnittsthemen Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Im Ergebnis konnte ein moderates Wachstum der Studierendenzahlen erzielt werden. In den kommenden Jahren wird auf Basis des Erreichten die Konsolidierung der personellen Kapazitäten sowie eine inhaltliche Weiterentwicklung und bessere Auslastung des Studienangebots im Fokus der Hochschulstrategie stehen. Übergeordnetes Ziel dabei ist, die Studierendenzahl von derzeit 2.927[35] auf eine Studierendenzahl von 3.600 zu heben und sie auf diesem Niveau zu stabilisieren.

Auch eine stärkere Kooperation mit der Hochschule Bremen, insbesondere im Bereich der Gesundheitsfachberufe (z.B. die Entwicklung eines gemeinsamen

[35] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

Masterstudiengangs), kann hierzu beitragen. Durch die kontinuierliche Qualitätsverbesserung der Lehr- und Lernbedingungen soll die durchschnittliche Studiendauer verkürzt werden. Duale Studienangebote und Weiterbildungs-/Berufsqualifizierungsangebote sollen ausgebaut werden, wenn eine ausreichende Nachfrage gegeben ist.

Das Land erwartet von der Hochschule eine Fortführung der inhaltlichen Fokussierung sowie eine Internationalisierung des Studiengangportfolios, um damit nicht zuletzt in den naturwissenschaftlich-technischen und den wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen eine bessere Auslastung der Kapazitäten zu erreichen.

Zur Gewinnung internationaler Studierender sollen verstärkt englischsprachige Lehr- und Studienangebote entwickelt, internationale Lehrbeauftragte systematisch in die Lehre eingebunden und über das Netzwerk ausländischer Partnerhochschulen Double- und/oder Joint-Degree Abschlussmöglichkeiten angeboten werden.

Forschung

Die Hochschule Bremerhaven liefert mit durchschnittlich 35 laufenden Drittmittelprojekten pro Jahr bedeutende Innovationsimpulse für die Region. Besonders erfolgreich bei der Einwerbung von Drittmitteln war in den vergangenen Jahren das Forschungscluster Life Sciences, insbesondere im Bereich biotechnologischer Fragestellungen. Auch Projekte zu erneuerbaren Energien und grünem Wasserstoff tragen weiterhin maßgeblich zur wissenschaftlichen Profilbildung der Hochschule bei.

Insgesamt wird die Hochschule ihre bestehenden Forschungsschwerpunkte beibehalten und diese sowohl thematisch weiterentwickeln als auch in ihrem Umfang ausbauen. Eine Intensivierung der Kooperationen mit den regional ansässigen Forschungseinrichtungen ist anzustreben. Kooperations- und Honorarprofessuren sollen weiterhin als probates Instrument zur Stärkung der Verbindung zwischen Hochschule und Praxis genutzt werden. Durch die verstärkte Einwerbung von Drittmittelprojekten soll die Zahl der Promotionsvorhaben und Qualifizierungsstellen gesteigert werden. Durch die Bildung von mindestens einem besonders forschungsstarken Promotionsverbund, ggfs. hochschulübergreifend mit der Hochschule Bremen, sollen die Voraussetzungen zur Erlangung des eigenständigen Promotionsrechts geschaffen werden. Daneben wird am erfolgreichen Modell der kooperativen Promotionen mit anderen Wissenschaftseinrichtungen, insbesondere der Universität Bremen, festgehalten.

Transfer

Im Kontext einer transferorientierten Wissenschaftskommunikation im Land Bremen (siehe Kapitel 5.10.) wird die Hochschule ihre Aktivitäten, wie die Herausgabe eines Transfermagazins und durch die Organisation von Transferveranstaltungen, weiter stärken.

Mit dem Bachelorstudiengang „Gründung, Innovation, Führung“ (GIF) hat die Hochschule einen bislang in Deutschland einzigartigen Studiengang implementiert. Als Lernumgebung dient dabei ein reales Unternehmen, das allen Studierenden von GIF gemeinsam gehört. Die Studierenden lernen sich selbst zu führen, Projekte und Teams zu leiten, innovative Geschäftsideen zu erarbeiten, Kundenbeziehungen aufzubauen, und ein eigenes Unternehmen auszugründen.

Für neue Impulse für die regionale Wirtschaft wird sie Gründungsinitiativen aus der Hochschule und die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen stärker fördern und sich weiterhin auf lokalen Jobbörsen präsentieren. Den Bremerhavener Schulen sollen deutlich mehr Kooperationsmöglichkeiten mit der Hochschule angeboten werden, um den Schüler:innen frühzeitig die Möglichkeiten eines Hochschulstudiums aufzuzeigen und gleichzeitig Zugänge zu forschendem Lernen zu eröffnen.

Klimagerechtes Handeln und Nachhaltigkeit

Das bestehende Nachhaltigkeitskonzept der Hochschule Bremerhaven wird in einem partizipativen Prozess fortgeschrieben. Des Weiteren erarbeitet die Hochschule eine Nachhaltigkeitsstrategie, die alle vier Nachhaltigkeitsdimensionen umfassen soll: ökonomische, ökologische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit. Über die Themenfelder Nachhaltigkeit und Klimaschutz sollen innerhalb der Hochschule verstärkt interdisziplinäre Querverbindungen aufgebaut werden, um mehr Forschungsprojekte einzuwerben und fachbereichsübergreifend kooperative Forschungsstrukturen aufzubauen.

In der Lehre werden insbesondere in den naturwissenschaftlich-technischen und den wirtschaftswissenschaftlichen Studienangeboten zunehmend Nachhaltigkeitsaspekte implementiert. Dies äußert sich bspw. in einer verstärkten inhaltlichen Fokussierung auf die ressourcenschonende Konstruktion von Maschinen und Gebrauchsgegenständen oder die klimaneutrale Gestaltung von Produktionsprozessen und Logistikketten.

Internationalisierung

Die bisherige Schwerpunktsetzung im Bereich der Internationalisierung auf Kurzzeit-Mobilität und outgoing-Studierende soll zugunsten einer Fokussierung auf incoming-Studierende und incoming-Staff mit Langzeit-Mobilitäten (Studienabschluss, längerfristige Lehr- und Forschungstätigkeit) verschoben werden. Hierfür wird angestrebt, die Expertise im internationalen Marketing auszubauen, das Studienangebot für ausländische Studieninteressierte und Wissenschaftler:innen attraktiver zu gestalten, international Lehrbeauftragte zu gewinnen und die Sprachbarriere in Lehre und Studium durch den verstärkten Einsatz von KI und Übersetzungssoftware (synchron und asynchron) zu senken.

Gleichstellung

Die Hochschule Bremerhaven gehört zu den als „Gleichstellungsstarke Hochschule“ prämierten Hochschulen im Professorinnenprogramm 2030 und hat 2024 das Zertifikat "Vielfalt gestalten"[36] vom Stifterverband für die deutsche Wissenschaft erhalten. Gleichstellungsarbeit wird dabei nicht allein als Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Demokratie, sondern auch als Teil der Hochschul- und Personalentwicklung und des Qualitätsmanagements verstanden. Bis 2028 setzt die Hochschule sich das Ziel, den Studentinnenanteil (2024: 40,5 Prozent[37]) auf mindestens 42 Prozent zu erhöhen, wobei der Studentinnenanteil in den MINT-Fächern nicht unter 30 Prozent liegen soll. Der Frauenanteil an den Professuren soll bis 2028 nicht unter 36 Prozent liegen.

Zur Förderung von Gleichstellung, Gerechtigkeit und Vielfalt wird die Hochschule für alle Statusgruppen verstärkt Schulungen und Fortbildungsangebote zu Antidiskriminierung, Diversity und interkulturellen Kompetenzen anbieten, z. T. auch in Kooperation mit anderen Hochschulen im Land Bremen. Vorgesehen sind der Aufbau eines Diversity-Monitorings, die Umsetzung aller Maßnahmen des Diversity-Audits und die konsequente Umsetzung des aktualisierten Gleichstellungskonzepts. Die Familienfreundlichkeit der Hochschule soll durch den Ausbau der Kindertagespflege für Studierende und Hochschulangehörige in Kooperation mit dem Fachdienst Kindertagespflege des Magistrats Bremerhaven verbessert werden.

[36] Das Zertifikat bescheinigt, dass die Hochschule die Verschiedenheit ihrer Studierenden und Beschäftigten als Chance begreift und Wege gefunden hat, dieses Potenzial für die Organisationsentwicklung zu nutzen

[37] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

4.1.4. Hochschule für Künste

Die Hochschule für Künste Bremen (HfK) ist ein international ausgerichteter und zugleich regional verankerter Ort der Kreativität mit rund 1.000 Studierenden[38] aus über 65 Ländern. Sie vereint eine Musikhochschule und Kunsthochschule unter einem Dach, entsprechend reicht das Studienangebot von der Freien Kunst über Integriertes Design und Digitale Medien bis hin zur Künstlerischen und Künstlerisch-Pädagogischen Ausbildung in der Musik sowie Historischer Kirchenmusik. Seit 2024 verfügt die HfK zudem über ein eigenständiges Promotionsrecht in den Bereichen Design und Digitale Medien. Zusammen mit internationalen Partnern aus den Niederlanden und Dänemark (Stand 2025) ermöglicht sie Studierenden mit künstlerischem und gestalterischem Abschluss im Rahmen eines binationalen PhD-Programms künstlerisch-wissenschaftliche Forschungsvorhaben durchzuführen.

Mit offenen Lehrformaten, interdisziplinären Projekten und über 400 Veranstaltungen jährlich fördert die HfK Dialog, Zusammenarbeit und kulturelle Impulse in der Region. Darüber hinaus ist es der Hochschule in den letzten Jahren gelungen, herausragende Künstler:innen und Musiker:innen mit internationalem Renommee zu berufen. Die internationale Vernetzung und interdisziplinäre Ausrichtung bieten optimale Bedingungen für individuelle künstlerische Entwicklung. Der Anspruch der HfK ist es, über die Schaffung künstlerischer Werke auf den gesellschaftlichen Diskurs zu wirken.

Studium

Durch die thematisch breite Aufstellung der HfK ergibt sich ein besonderes Potenzial zur interdisziplinären Zusammenarbeit über die Fächergrenzen von Musik, Kunst, Design und Digitale Medien hinweg. Schon heute erfreuen sich bestehende interdisziplinäre Angebote großer Beliebtheit. Um das Potenzial interdisziplinärer Kooperationen noch besser nutzen zu können, wird das bestehende studiengangs- bzw. fachbereichsübergreifende Lehrveranstaltungsangebot in den kommenden Jahren erweitert und gleichzeitig durchlässiger gestaltet. Zur Erreichung des übergeordneten Ziels eines bedarfsgerechten Erhalts der Studienplätze wird die HfK zur Attraktivitätssteigerung des Studienstandorts die Profile der bestehenden Studienangebote schärfen, kontinuierlich stärken und das Angebot punktuell ausbauen. Diesbezüglich wird insbesondere der Fachbereich Musik im Fokus stehen. Aktuell vollzieht sich dort ein Generationenwechsel in der professoralen Lehre.

In den letzten Jahren wurde das Angebot in der Orchesterausbildung durch den Aufbau des Blechbläserbereichs vervollständigt. Die Sicherstellung der Lehre in diesem Bereich erfolgte übergangsweise durch Lehraufträge, mittelfristig ist eine professorale Lehrversorgung zu gewährleisten. Auch über den Blechbläserbereich hinaus sind die bisherigen Bemühungen zur Reduzierung der Lehrauftragsquote

[38] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

langfristig fortzusetzen. Die Reduzierung von Lehraufträgen zugunsten von Dauerstellen ist auch unter dem Aspekt guter und verlässlicher Beschäftigungsbedingungen zu forcieren.

Durch die bereits laufenden sowie in den kommenden Jahren anstehenden Berufungsverfahren besteht die Chance, neue inhaltliche Schwerpunktsetzungen vorzunehmen und bereits vorhandene Kompetenzen sinnvoll zu ergänzen. Potenziale für einen Angebotsausbau werden seitens des Landes in der Kammermusik (Master), in der musikalischen Nachwuchsförderung und in der Musikvermittlung gesehen.

Die Angebote im Fachbereich Kunst und Design haben in jüngerer Zeit von einer deutlichen Verbesserung der Infrastruktur profitiert. Die langfristige Anmietung des Speicher XI A sowie die Anschaffung und der Umbau des Ausstellungsschiffs Dauerwelle haben die Ausstellungs- und Präsentationsmöglichkeiten – auch für innovative Formate – erweitert. Die daraus resultierende Chance, die Sichtbarkeit der Hochschule und ihrer Projekte und insbesondere den Transfer in die Stadtgesellschaft weiter zu verbessern, gilt es konsequent zu nutzen.

Im Zuge der Weiterentwicklung erwartet das Land von der Hochschule eine Prüfung, inwiefern KI bzw. ein angemessener Umgang mit KI als Feld der künstlerischen bzw. künstlerisch-wissenschaftlichen Auseinandersetzung stärker erschlossen werden kann.

Das Land erwartet von der Hochschule mittelfristig den Nachweis, dass im Hinblick auf das Studienangebot Integriertes Design die erhofften Verbesserungen bei Auslastung und Nachfrage speziell im Masterstudiengang eingetreten sind. Die gleiche Erwartungshaltung gilt hinsichtlich der anstehenden Reakkreditierung und Neuausrichtung des hochschulübergreifenden Studiengangs Digitale Medien.

Forschung und künstlerische Entwicklung

Die Forschung an der HfK verbindet künstlerische Praxis und wissenschaftliche Analyse, um im Rahmen interdisziplinärer Projekte neue Wege des Verstehens, Erlebens und Denkens zu erkunden. Erkenntnisorientiertes Handeln und das Hinterfragen künstlerischer Methoden stehen dabei genauso im Fokus wie das gemeinsame Arbeiten an künstlerischer Innovation, Kulturgeschichte, Technologieintegration oder der sozialen Wirkung von Kunst und Musik.

In den nächsten Jahren wird künstlerische Forschung noch stärker von Digitalisierung und den Einsatzmöglichkeiten und Auswirkungen Künstlicher Intelligenz geprägt sein, als es schon heute der Fall ist. Gleichzeitig wird die Bedeutung von Nachhaltigkeit und gesellschaftlicher Relevanz in der künstlerischen Forschung und Entwicklung zunehmen. Um globale Herausforderungen zu adressieren und um den Wissensaustausch und die praktische Anwendung der künstlerisch-wissenschaftlichen Forschungsergebnisse zu fördern, müssen Kooperationen mit anderen Disziplinen, Institutionen und der Kreativwirtschaft weiter intensiviert werden.

Eine wesentliche Rolle bei der Verbindung von anwendungsbezogener Forschung, künstlerischer Praxis sowie deren theoretisch-wissenschaftlicher Fundierung kommt den postgradualen Angeboten der HfK zu. Die notwendigen inhaltlichen und strukturellen Voraussetzungen zur Erprobung eigenständiger künstlerisch-wissenschaftlicher Promotionen im Fachbereich Kunst und Design wurden bereits geschaffen und mit dem Artistic PhD-Programm ein entsprechendes Angebot etabliert. Das vierjährige binationale Promotionsprogramm wird in Kooperation mit der Leiden University, der Royal Academy of Art The Hague, der Reichsuniversität Groningen zusammen mit der Minerva Art Academy Groningen und der Universität Gothenborg zusammen mit HDK Valand – Academy of Art and Design ausgerichtet. Mittelfristig sollte die Hochschule für sich die Frage beantworten, ob auch im Fachbereich Musik die Etablierung eines eigenständigen Promotionsrechts für künstlerisch-wissenschaftliche Vorhaben angestrebt wird. Ein erster Schritt dahin kann der Ausbau einzelner kooperativer Promotionsvorhaben darstellen.

Neben dem neuen hybriden postgradualen Angebot verfügt die HfK mit dem Meisterschüler:innenstudium und dem Konzertexamen auch über etablierte Weiterqualifizierungsmöglichkeiten im künstlerischen Bereich. Die HfK wird unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Weiterentwicklung der postgradualen künstlerischen Formate die bestehenden Angebote in qualitativ hochwertigere und zeitgemäßere Formate überführen.

Transfer

Wissenstransfer soll sich in der Regel an regionalen Erfordernissen orientieren und Innovationsnotwendigkeiten der Zivilgesellschaft Rechnung tragen. Die Transferleistung einer Kunsthochschule kann jedoch nicht rein technologisch verstanden werden. Auch die HfK zielt mit ihrem Wirken im Sinne eines erweiterten Transferverständnisses auf eine beiderseitige Interaktion der Hochschule mit Partnern aus Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik und stößt dabei soziale, kulturelle und gesellschaftliche Innovationen an. Dabei gilt es, die Teilhabe und die Ansprache unterschiedlichster Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten.

Existenzgründung und Professionalisierung mit dem Ziel, die spätere berufliche Positionierung im künstlerischen Berufsfeld zu erleichtern, müssen stärker in Lehre, Forschung und künstlerischer Entwicklung der HfK als selbstverständliche Perspektive etabliert werden. Entsprechende Existenzgründungsaktivitäten werden im Dialog mit der Kreativwirtschaft und dem vor Ort etablierten Gründungsökosystem weiterentwickelt und intensiviert.

Klimagerechtes Handeln und Nachhaltigkeit

Wie an den anderen bremischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, nehmen die Themen Umwelt- und Ressourcenschutz sowie übergeordnet der Klimaschutz eine zentrale Bedeutung im Handeln der HfK ein. Entsprechend wird auch die Integration der Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimafolgen-Resilienz in das künstlerische Lehrangebot weiterverfolgt und verstärkt. Dies umfasst sowohl die kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen künstlerischen

Schaffensprozess als auch die Etablierung geeigneter Rahmenbedingungen zur erfolgreichen Erprobung und Realisierung nachhaltiger Ideen.

Die HfK bringt sich bereits aktiv in das hochschulübergreifende Kooperationsprojekt BreGoS mit dem Arbeitspaket „Sharing ecologies – Forschung und Lehre zur Verankerung nachhaltiger Mobilitätsstrategien im Hochschulbetrieb und deren Umfeld“ ein. Ausgangspunkt des Vorhabens sind Transport- und Mobilitätsmodelle für die infrastrukturelle Umgebung des Campus der Hochschule wie des direkten Umfeldes.

Gleichstellung

Im Hinblick auf ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis ist insbesondere im Fachbereich Musik der Frauenanteil an den Professuren zu erhöhen. Der bereits begonnene Generationenwechsel bietet dafür eine hervorragende Gelegenheit. Darüber hinaus wird die HfK Perspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung gleichermaßen in Studienangebote wie auch in Forschungsprojekte integrieren. Das Land erwartet, dass sich die HfK an der dritten Ausschreibungsrunde des Professorinnenprogramms 2030 beteiligt.

4.1.5. Private Hochschulen

Constructor University Bremen

Die Constructor University, ehemals Jacobs University, stellt seit ihrer Gründung im Jahr 2001 eine deutschlandweit einzigartige Campusuniversität dar, die mit ihrer konsequent internationalen Ausrichtung Forschung, Lehre und interkulturelle Begegnung auf höchstem Niveau vereint. Mit dem Einstieg des Schaffhausen Institute of Technology (jetzt Constructor Group) als neuem Mehrheitsgesellschafter im Jahr 2021 konnte der Fortbestand der Institution gesichert werden. Diese strategische Partnerschaft eröffnet nicht nur neue Entwicklungsperspektiven für die Hochschule, sondern bietet auch Chancen zu einer Stärkung der Verbindung zur Bremer Wissenschafts- und Wirtschaftswelt.

Die in den letzten Jahren eingeleitete inhaltliche Neuausrichtung der Hochschule unter dem Namen Constructor University geht mit einer klaren Fokussierung auf fünf zukunftsweisende Themenfelder einher: Data Science und Künstliche Intelligenz, Life Sciences und Gesundheitswissenschaften, Nachhaltigkeit und Umweltwissenschaften, Robotik und Ingenieurwesen sowie Sozialwissenschaften und Wirtschaft. Ergänzend legt die Universität einen besonderen Schwerpunkt auf die Schlüsselthemen Quantencomputing, fortschrittliche Materialien und die Schnittstelle von Mensch und Maschine.

Ein weiterer Pfeiler der strategischen Planung ist der Ausbau von online- und hybriden Studienangeboten, die sowohl nationale als auch internationale Zielgruppen erreichen sollen. Mittelfristig strebt die Constructor University mit Hilfe dieser Neuausrichtung eine deutliche Steigerung der derzeitigen Studierendenzahlen von derzeit rund 1.700 Studierenden[39] auf 5.000 Studierende an. Dies setzt erhebliche Investitionen der Gesellschafter sowohl in die Infrastruktur als auch in zusätzliche personelle Ressourcen voraus.

Zur Gewährleistung einer konstant hohen Qualität ihrer akademischen Angebote strebt die Constructor University eine Systemakkreditierung durch den europäischen Akkreditierungsrat an und hat diesbezüglich bereits umfangreiche Vorarbeiten geleistet. Bis zu einem erfolgreichen Abschluss der Verfahren bleibt die Verpflichtung zur Programmakkreditierung aller vorhandenen bzw. geplanten Studiengänge bestehen.

Eine erfolgreiche Umsetzung des geplanten Wachstumskurses kann auch für die Region einen Beitrag zur Fachkräftesicherung und zum nachhaltigen Wissenstransfer in hoch innovativen Entwicklungsfeldern leisten, sofern es gelingt durch geeignete Strategien Absolvent:innen in der Region zu halten. Dabei kommt der Intensivierung bestehender Kooperationen mit regionalen Unternehmen und Einrichtungen eine wichtige Bedeutung zu. Die Entwicklungsperspektiven der Hochschule werden durch den Masterplan zur Weiterentwicklung des

[39] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

„Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorts CUB Grohn“, den die Stadtgemeinde Bremen und die Constructor University gemeinsam erarbeitet haben, gestützt.

Das Land begrüßt den eingeschlagenen Kurs der Neuausrichtung. Gleichzeitig erwartet es in diesem Zusammenhang von den Gesellschaftern, dass zur Umsetzung der Zielstellungen, insbesondere im Bereich Studium und Lehre, die hierfür erforderlichen Ressourcen verlässlich und langfristig zur Verfügung gestellt werden.

Apollon – Hochschule der Gesundheitswirtschaft

Die Apollon Hochschule der Gesundheitswirtschaft hat sich als spezialisierte Fernhochschule mit Fokus auf gesundheits- und sozialwissenschaftliche Themen erfolgreich in der deutschen Hochschullandschaft etabliert. Mit 21 staatlich anerkannten Bachelor- und Masterstudiengängen sowie über 70 Zertifikatskursen bietet sie ein breit gefächertes und praxisnahes Bildungsportfolio, das den spezifischen Anforderungen der Gesundheits- und Sozialwirtschaft gerecht wird. Zum Wintersemester 2024/25 sind rund 4.400 Studierende[40] an der Hochschule eingeschrieben – eine Zahl, die die Attraktivität und Relevanz ihres Angebots widerspiegelt.

Die Hochschule zeichnet sich durch ein tragfähiges Profil, das unter Berücksichtigung regelmäßiger Marktanalysen weiterentwickelt wird, und eine kontinuierlich positive Entwicklung aus. Entsprechend konnte sie ihre Position im hart umkämpften Weiterbildungsmarkt behaupten. Durch flexible Fernstudiengänge leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Bildungsgerechtigkeit, zur Durchlässigkeit des Bildungssystems und zur funktionellen Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft.

Zu den besonders nachgefragten Studiengängen zählen Psychologie, Pflegemanagement, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie. In den letzten Jahren hat die Hochschule ihr Angebot gezielt ausgebaut, insbesondere im Bereich der Masterstudiengänge. Auch auf die zunehmende Akademisierung der Gesundheitsfachberufe hat sie mit innovativen Studienprogrammen schnell reagiert. Perspektivisch plant die Hochschule, ein Studienprogramm für fachschulisch ausgebildete Hebammen zu etablieren, um diesem Berufsfeld neue akademische Perspektiven zu eröffnen. Das Land ermutigt die Apollon Hochschule, diese Planungen weiter zu verfolgen.

Auch für die Zukunft verfolgt die Apollon Hochschule die Strategie, ihr Studien- und Weiterbildungsangebot an die dynamischen Entwicklungen der Gesundheitswirtschaft anzupassen und das Angebot im Masterbereich zu ergänzen. Dazu bedarf es weiterhin einer kontinuierlichen Stärkung der personellen Ressourcen und der Anstrengungen zum Ausbau der Forschungsaktivitäten.

Die Apollon Hochschule bereichert die Bremer Wissenschaftslandschaft durch ihre Spezialisierung und ergänzt den Gesundheitsschwerpunkt der staatlichen Hochschulen in Lehre und Forschung, u. a. durch die Ansprache weiterer

[40] Statistisches Landesamt: Endmeldung Studierendenzahlen Wintersemester 2024/25.

Zielgruppen. Auch für den Wissenschaftsstandort Bremen insgesamt eröffnen sich durch die Hochschule wertvolle Synergien, insbesondere durch die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit mit den staatlichen Hochschulen im Bereich Forschung und Lehre. Erste Schritte in diese Richtung wurden im Rahmen des von der Wissenschaftsbehörde geförderten und durch Universität Bremen, Hochschule Bremen und Apollon Hochschule gemeinsam umgesetzten Forschungsclusters „Gesunde Stadt“ (2022-2025) unternommen.

4.2. Forschungs- und Transferschwerpunkte des Landes

Die Forschung- und Transferschwerpunkte (FTS) des Landes bündeln herausragende Forschungs- und Transferaktivitäten der Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Sie weisen eine hohe Deckung mit den Wissenschaftsschwerpunkten der Universität Bremen auf und sind zugleich eng verknüpft mit den Innovationsclustern des Landes. In den FTS forschen die Hochschulen themen- und disziplinübergreifend mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Partner:innen aus Wirtschaft und Gesellschaft zusammen. Die Zusammenfassung der Forschung im Land Bremen in den FTS ermöglicht es den wissenschaftlichen Akteur:innen, eine höhere Sichtbarkeit zu erreichen sowie interne Kompetenzen besser zu vernetzen und zu koordinieren. Dies schafft eine bessere Ausgangslage für Einwerbung von Großprojekten und vereinfacht die bidirektionale Ansprache von Kooperationspartnern sowohl in der Wissenschaft als auch in der Wirtschaft und der Gesellschaft. Die FTS fokussieren Lösungen der transformativen Herausforderungen und helfen somit eine nachhaltige Zukunft der Gesellschaft zu definieren. Sie sind dahingehend auch ein Element, um Spitzenforschung im Land Bremen zu fördern.

Im Wissenschaftsplan 2025 hat das Land die bisherigen fünf Wissenschaftsschwerpunkte zu acht Forschung- und Transferschwerpunkten ausgebaut. Diese strategische Entwicklung verfolgte im Wesentlichen zwei Ziele: Erstens, den Exzellenzaspekt der Forschung durch den Erhalt bzw. die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Forschungsrichtung voranzubringen, und zweitens, Transferaktivitäten in die Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu fördern. Aus diesem Grunde sind einige der acht FTS vorwiegend forschungsorientiert, während bei anderen der Wissens- und Technologietransfer im Vordergrund steht:

- Meeres- und Klimawissenschaften
- Materialwissenschaften
- Informatik und Kommunikation, Kognition und Robotik
- Logistik
- Gesundheitswissenschaften
- Sozialwissenschaften
- Luft- und Raumfahrt
- Energiewissenschaften

Mit dem Wissenschaftsplan 2025 ist der Transferaspekt insgesamt stärker in den Fokus gerückt. Wissenschaftliche Forschung und Innovationsleistungen sollten in enger Kooperation von Gesellschaft, Wirtschaft sowie Politik und Verwaltung nachhaltig gesteigert werden. Mit diesem Austausch wird die Basis geschaffen für gemeinsames gesellschaftliches Wissen, beidseitiges Verständnis, anwendungsorientierte Innovationen sowie nutzerorientierte Entwicklungen.

Die FTS werden – wie bereits im Wissenschaftsplan 2025 angelegt – in den Jahren bis 2030 sukzessive evaluiert. Daran anknüpfend wird über die künftige Ausrichtung und (Weiter-)Entwicklung entschieden.

FTS wie z. B. Luft- und Raumfahrt und Energiewirtschaft sind teilweise kongruent mit den entsprechenden Schlüsselbranchen der Innovationsstrategie 2030 des Landes bzw. bedienen die darin genannten Schlüsseltechnologien, darunter z. B. Leichtbau und additive Fertigung (vgl. auch Kapitel 5.5.). Damit ist eine starke Grundlage für eine intensive Synergie zwischen den beiden Strategien des Landes Bremen gelegt. Die Innovationsstrategie selbst bildet nicht nur den innovationspolitischen Rahmen des Landes, sondern auch die Grundlage für Innovationsförderung.

4.3. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

Das Land Bremen zeichnet sich durch seine leistungsstarke außeruniversitäre Forschungslandschaft aus. Seit über fünfzig Jahren hat das Land gezielt in diese Entwicklung investiert. Das Ergebnis ist ein starkes Netzwerk von 20 erfolgreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Forschungslandschaft ist sehr vielfältig und umfasst neben den Einrichtungen in gemeinsamer Förderung durch Bund und Länder auch Landesinstitute und Institute in gemeinsamer Länderfinanzierung.

Bund-Länder-finanzierte Einrichtungen

Ein wichtiges Instrument für die gemeinsame Forschungsplanung und Finanzierung von Bund und Ländern ist der Pakt für Forschung und Innovation (PFI). Der PFI seht seit 2005 eine jährliche Budgetsteigerung und somit Planungssicherheit für die vier großen deutschen Wissenschaftsorganisationen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) vor. Er wurde 2021 mit einer Dauer bis 2030 fortgeschrieben. Als strategisches Instrument gibt der PFI inhaltliche Ziele vor und sichert deren Finanzierung. Der Pakt gilt für die vier großen Forschungsorganisationen und deren Einrichtungen. Im Land Bremen sind alle Forschungsorganisationen mit meist mehreren Einrichtungen vertreten:

Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren:

- Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR):
    - DLR-Institut für Raumfahrtsysteme (DLR-RY)
    - DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen (DLR-MI)
    - DLR-Institut für Satellitengeodäsie und Inertialsensorik (DLR-SI) mit einer Abteilung in Bremen

Fraunhofer-Gesellschaft:

- Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM)
- Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES)
- Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin (MEVIS)

Leibniz-Gemeinschaft:

- Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung GmbH (ZMT)
- Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien (IWT)
- Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS)
- Deutsches Schifffahrtsmuseum – Leibniz-Institut für Maritime Geschichte (DSM)

Max-Planck-Gesellschaft:

- Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie (MPI-MM)

Das Deutsche Forschungsinstitut für Künstliche Intelligenz (DFKI) wurde 1988 als gemeinnützige Public-Private-Partnership gegründet und ist durch Bundes- und Ländermittel sowie privatwirtschaftliche Mittel finanziert. Das DFKI mit Firmensitz in Kaiserslautern unterhält mehrere Standorte, darunter seit 2009 auch in Bremen. Der Bremer Standort ist inzwischen zu einem der drittmittelstärksten Standorte aufgewachsen.

Landesforschungseinrichtungen

Die Landesforschungseinrichtungen sind oft kleinere Einrichtungen mit bis zu 120 Mitarbeitenden (VZÄ), die bestehende Strukturen gezielt stärken. Aufbauend auf der Grundfinanzierung des Landes, erwirtschaften sie über Drittmittelprojekte sowie privat oder öffentlich finanzierte Projekte einen großen Anteil ihrer Erträge selbst. In der Regel sind sie stark spezialisiert und wichtige Forschungspartner:innen sowohl für Hochschulen, als auch für Unternehmen im Land Bremen, überregional und auch international. Damit sind sie wichtige Akteur:innen im Innovationsökosystem des Landes und spielen in der Innovationsstrategie „Schlüssel zu Innovationen“ eine prominente Rolle.

Die Forschungseinrichtungen in Trägerschaft des Landes Bremen:

- Bremer Institut für angewandte Strahltechnik (BIAS)
- Bremer Institut für Produktion und Logistik (BIBA)
- Faserinstitut Bremen (FIBRE)
- Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)
- Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)
- ZARM Fallturm Betriebsgesellschaft (ZARM-FAB)

Die Fallturm-Betriebsgesellschaft führt keine eigene Forschung durch, sondern ist Forschungsdienstleisterin für den Fallturm. Dieser ist eine international nachgefragte Forschungsinfrastruktur der Universität, in der Forscher:innen Experimente unter Mikrogravitationsbedingungen durchführen können.

Einrichtungen in gemeinsamer Länderfinanzierung

Die Forschungsstelle Osteuropa (FSO) ist eine durch die Wissenschaftsministerkonferenz (WissenschaftsMK, bis 2024 Kultusministerkonferenz) und das Land Bremen finanzierte, international einzigartige Forschungseinrichtung, die sich auf die Erforschung von Widerstand und Protest in autoritären Regimen in Ost- und Ostmitteleuropa spezialisiert. Sie kooperiert eng mit den anderen bundesweit existierenden Osteuropa-Instituten und leitet das Konsortium, das die Länder-Analysen herausgibt. Letztere vermitteln Expertise zu aktuellen politischen Entwicklungen im östlichen Europa an Multiplikatoren in Politik,

Wirtschaft und Medien, die besonders seit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine nachgefragt wird.

Eine Kooperation zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen ist das 1992 gegründete Hanse-Wissenschaftskolleg – Institute for Advanced Study (HWK). Durch Fellowships für herausragende Forscher:innen aus aller Welt wird exzellente Wissenschaft in mehreren Forschungsbereichen („Brain & Mind“, „Earth“, „Technology & Science“, „Society“) und der interdisziplinäre Austausch gefördert. Das HWK kooperiert dabei nicht nur eng mit vielen der oben genannten Forschungseinrichtungen in der Region, sondern ist auch ein zentraler Ort und Impulsgeber für die Zusammenarbeit und Vernetzung der Universitäten Bremen und Oldenburg.

Bundesfinanzierte Einrichtungen

Das Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) ist ein bundesweites Netzwerk von elf Forschungseinrichtungen, das sich der Untersuchung der Entstehung, Bedeutung und Gefährdung des gesellschaftlichen Zusammenhalts widmet. Das FGZ wird von den Universitäten Bremen, Frankfurt am Main und Leipzig koordiniert. Es wird vom Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) finanziert und soll ab 2029 auf Grundlage einer Evaluation verstetigt werden.

Das Deutsche Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS) ist ein interuniversitäres Institut, das gemeinsam von der Universität Duisburg-Essen und der Universität Bremen betrieben wird. Es wurde 2021 gegründet und hat zum Ziel, die Sozialpolitikforschung in Deutschland zu bündeln, zu fördern und den Austausch zwischen Forschung, Lehre und Politikberatung zu intensivieren. Das DIFIS wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) finanziert und soll in der laufenden Legislatur des Bundes verstetigt werden.

4.4. Staats- und Universitätsbibliothek

Die Staats- und Universitätsbibliothek (SuUB) Bremen versorgt als wissenschaftliche Bibliothek die staatlichen Hochschulen in Bremen und Bremerhaven mit Literatur und Medien für Forschung, Lehre und Studium. Daneben erfüllt sie für das Land die Aufgaben einer Landesbibliothek. In dieser Funktion ist ihr im Jahr 2023 das Pflichtexemplarrecht übertragen worden, d. h. sie erschließt und archiviert alle in Bremen und über Bremen veröffentlichten gedruckten und digitalen Publikationen. Sie verfügt außerdem über einen großen Bestand an historischen Sammlungen. Die SuUB berücksichtigt bei der Literaturversorgung sowie bei der Entwicklung ihrer Dienstleistungen aktuelle Trends der Informationsbeschaffung, -erschließung und -bereitstellung und beteiligt sich an länderübergreifenden Arbeitsgruppen zu Langzeitarchivierungsstrategien.

Die SuUB unterstützt die fortschreitende Digitalisierung von Forschung, Lehre und Studium. Über das Portal E-LIB erhalten die Nutzer:innen ortsungebunden Zugriff auf rund 160 Mio. (Stand 2025) Dokumente: lizenzierte E-Journals, E-Books und Online-Fachdatenbanken sowie frei verfügbare wissenschaftliche Internetressourcen. Circa zwei Drittel des Erwerbungsbudgets werden für digitale Ressourcen aufgewendet. Die SuUB bietet ein umfassendes nutzerorientiertes Beratungs- und Schulungsangebot zum kompetenten Umgang mit Literatur und Informationen und wird dieses in den kommenden Jahren weiterentwickeln.

In Zeiten des Medienwandels verändern sich auch die Nutzungsgewohnheiten. Die „Ausleihbibliothek“ dürfte daher weiterhin an Bedeutung verlieren. Mit dem Rückgang der gedruckten Medienbestände soll der gewonnene Platz auch künftig genutzt werden, um die Lernortqualität der Bibliotheksstandorte weiter zu erhöhen. Hierzu gehört eine kontinuierliche Modernisierung der Ausstattung und das Angebot bedarfsgerechter Öffnungszeiten. Die Entwicklung und Umsetzung neuer Lernraumkonzepte erfolgt zielgruppenorientiert unter Beteiligung der Nutzer:innen.

Die SuUB unterstützt die bremischen Hochschulen bei der Ausrichtung auf den strategisch wichtigen Bereich der Open Science. Dabei kommt dem freien Zugang zu wissenschaftlichen Publikationen im Internet eine besondere Bedeutung zu. Die SuUB fördert deshalb aktiv die Open-Access-Transformation. In den kommenden Jahren wird die SuUB nicht mehr den Einkauf der Fachliteratur über Lizenzen finanzieren, sondern die Erwerbungsmittel zur Finanzierung der Publikationskosten für Open Access der an den staatlichen Hochschulen tätigen Bremer Wissenschaftler:innen einsetzen. Um dieses Ziel zu erreichen beteiligt sich die SuUB auch an Konsortien, wie z. B. DEAL[41]. Mit ihrem Publikationsserver MEDIA

[41] DEAL ist eine Initiative der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Im Auftrag aller deutschen wissenschaftlichen Einrichtungen (einschließlich Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen, Landes- und Regionalbibliotheken) verhandelt DEAL unter der Federführung der Hochschulrektorenkonferenz bundesweite transformative “Publish and Read”-Vereinbarungen mit den größten kommerziellen Verlagen für wissenschaftliche Zeitschriften.

ermöglicht die SuUB die Zweitverwertung von wissenschaftlichen Publikationen (Green Open Access).

Die SuUB bringt ihre zentrale Servicefunktion in die Planungen der Hochschulen und insbesondere der Universität zum Forschungsdatenmanagement ein und unterstützt den Aufbau von Forschungsinformationssystemen. Mit der Erstellung einer Hochschulbibliografie wird die weltweite Sichtbarkeit des Publikationsoutputs der Hochschulen erhöht. Die SuUB unterstützt die Hochschulen außerdem bei Open Educational Resources (OER)-Projekten mit ihrer Expertise im Metadatenmanagement und in Repository-Strukturen.

Die sich ändernden Anforderungen an die SuUB als Dienstleisterin für die Hochschulen erfordern auch die ständige Weiterentwicklung der Organisation im Inneren. Neue Aufgabenfelder erfordern mehr denn je eine strategische Personalentwicklung und die Anpassung von Prozessen und Organisationseinheiten durch die Bibliotheksleitung.

4.5. Studierendenwerk

Mit dem Studierendenwerk Bremen erfüllt das Land Bremen seine Verpflichtung zur wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Förderung der Studierenden an den staatlichen Hochschulen des Landes. In den Mensen und Cafeterien an den verschiedenen Hochschulstandorten werden insgesamt bis zu 15.000 Vollportionen Essen täglich produziert. Am neuen Universitätsstandort Forum am Domshof im vormaligen Landesbankgebäude ist das Studierendenwerk ebenfalls gastronomisch vertreten.

Den Studierenden soll eine gesunde, nachhaltige und zugleich preiswerte Verpflegung angeboten werden. In der Hochschulgastronomie zeichnet sich zunehmend ein Trend zur Zwischenverpflegung ab, erkennbar ist auch eine Nachfrage nach qualitativ hochwertigen und nachhaltig produzierten Essensangeboten, die zunehmend mit wenig bzw. ganz ohne Fleisch- oder Fischkomponenten von den Kund:innen abgenommen werden. Hierauf ist das Angebot der Mensen und Cafeterien in Zukunft verstärkt auszurichten. Damit einhergehend soll auch der Bio-Anteil bei den eingesetzten Lebensmitteln erhöht werden.

Die Vermeidung von Lebensmittelresten und eine nachfrageorientierte Produktion sind weiterhin wesentliche Ziele des Studierendenwerks. Die Implementierung und das flächendeckende Angebot von sogenannten ‚Zero-Waste-Tellern' in allen Betrieben des Studierendenwerks gehört ebenso wie die Vermeidung von Einweg-Verpackungen zu den Ansprüchen an ressourcenschonende Großbetriebe.

In der öffentlichen Wohnraumversorgung für Studierende besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Derzeit stehen in den zwölf Wohnanlagen des Studierendenwerks insgesamt 2.272 Wohnplätze zur Verfügung, davon 2.166 Wohnplätze in Bremen und 106 Wohnplätze in Bremerhaven. Hinzu kommen in Bremen 66 Plätze beim Kooperationsprojekt Ellener Hof mit der Bremer Heimstiftung sowie in Bremerhaven 26 Plätze beim Kooperationsprojekt mit der städtischen Wohnungsgesellschaft STÄWOG. Der Bereitstellung preisgünstiger Wohnplätze durch das Studierendenwerk kommt insbesondere für BAföG-Empfänger:innen sowie für ausländische Studierende, vor allem aus Nicht EU-Ländern, eine besondere Bedeutung zu. Daher sollen in den kommenden Jahren weitere Wohnplätze über das Studierendenwerk geschaffen werden. Im Fokus steht dabei die Errichtung neuen studentischen Wohnraums im Luisental, es werden seitens des Studierendenwerks aber auch Kooperationsansätze in Verbindung mit privaten Anbietern geprüft.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurde sehr deutlich, dass ein Studium nicht nur mit vielen neuen Erfahrungen einhergeht, sondern zugleich auch mit zahlreichen Belastungen verbunden sein kann, denen man sich allein nicht immer gewachsen fühlt. Die Psychologische Beratungsstelle des Studierendenwerks hilft bei studienbezogenen und persönlichen Problemen weiter. Da die Zahl psychischer Erkrankungen bei Studierenden in den letzten Jahren deutlich zugenommen hat,

muss das Beratungsangebot angemessen auf die Bedürfnisse der Studierenden zugeschnitten zur Verfügung gestellt werden.

Jugendliche und junge Erwachsene müssen unabhängig von ihrer Herkunft eine ihrer Eignung und Neigung entsprechende Ausbildung (d.h. eine Berufsausbildung oder ein Studium) absolvieren können. Dies wird durch die Förderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) sichergestellt, das zum 1. September 2024 punktuell reformiert wurde (29. BAföGÄndG). Damit einher geht eine Ausweitung des Berechtigtenkreises sowie die Einführung der Studienstarthilfe. Hierbei handelt es sich um einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 1.000 Euro zur Finanzierung von Aufwendungen, die typischerweise mit dem Studienstart in Verbindung stehen. Eine umfassende BAföG-Reform, wie sie auch in dem 2025 geschlossenen Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD angekündigt wurde, steht nach wie vor aus. Das Land Bremen setzt sich nachdrücklich für eine Novelle ein.

Das Amt für Ausbildungsförderung beim Studierendenwerk setzt die Änderungen um und berät bei der Antragstellung rund um alle Fragen zum BAföG.

Angesichts der gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen sowie der damit verbundenen Herausforderungen wird das Studierendenwerk auch in den kommenden Jahren eine zentrale Einrichtung für die Studierenden und ein wichtiger Partner der Hochschulen sein.

5. Die Herausforderungen gemeinsam meistern – Ziele und Strategien

Die wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen wie auch das Land als Ganzes stehen in den kommenden Jahren vor einer Vielzahl an Herausforderungen (siehe Kapitel 3), die stark miteinander verwoben sind. Sie erfordern innovative Ansätze sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Im Folgenden werden konkrete Ansätze der bremischen Wissenschaftspolitik dargestellt, den geschilderten Herausforderungen zu begegnen.

5.1. Kooperationen gestalten, Synergieeffekte nutzen

Dass Kooperationen im Wissenschaftsbereich von entscheidender Bedeutung u.a. für die Produktivität und die Sichtbarkeit sind, zeigt sich insbesondere im Bereich der Forschung: Durch Kooperationen können Wissenschaftler:innen ihr Fachwissen und ihre Ressourcen bündeln. Dies ermöglicht interdisziplinäre Ansätze und erweitert den Horizont der Forschung. Doch sind Kooperationen nicht nur für die Forschung relevant, sondern auch für die Bereiche Studium und Verwaltung.

So werden auch die Einrichtungen selbst durch Kooperationen sichtbarer und mitunter auch attraktiver für potenzielle Studierende und Mitarbeitende. Insgesamt helfen Kooperationen, die Effizienz der Wissenschaft wie auch der Einrichtungen zu steigern und ermöglichen es, komplexe, globale Herausforderungen gemeinsam zu bewältigen.

Kooperation zwischen den Hochschulen

In keinem anderen Bundesland befinden sich unterschiedliche Hochschultypen in so direkter räumlicher Nähe wie in Bremen – staatliche und private Einrichtungen, Universitäten ebenso wie Hochschulen für Angewandte Wissenschaften und spezialisierte Hochschulen. Eine Zusammenarbeit untereinander bringt Vorteile: Wissenschaftliche Kompetenzen können sich ergänzen, gemeinsame Strukturen können Synergien schaffen. Gleichwohl geht mit Partnerschaften auch ein erheblicher Koordinationsaufwand einher.

Eine Vernetzung der Hochschulen dient aber auch der Stärkung der Region selbst. Sie kann zur regionalen Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit beitragen und die Attraktivität des Standorts steigern. Dies kann zum Beispiel durch integrierte Angebote zum Wissenstransfer, gemeinsame Aktivitäten bei Gründungsförderung und Internationalisierung oder durch auf die Bedarfe des Arbeitsmarktes abgestimmte Lehr- und Weiterbildungsangebote erreicht werden. Insgesamt kann und muss die regionale Zusammenarbeit auch im Land Bremen noch weiter ausgebaut werden.

Mit Blick auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen in den Einrichtungen spielen Kooperationen eine wichtige Rolle. Dies betrifft allen voran die Hochschulen. Das Land erwartet, dass durch verstärkte Zusammenarbeit bei zentralen Dienstleistungen, aber auch bei den Studienangeboten Synergieeffekte identifiziert und gehoben werden.

Sehr erfolgreich betreiben die vier staatlichen Hochschulen seit Jahren den Verbund zur Unterstützung von Existenzgründungen aus den Hochschulen (BRIDGE) und in dessen Rahmen auch die Vergabe des Gründerpreises „CAMPUSiDEEN“. Ebenso bewährt hat sich das Sprachenzentrum der Hochschulen im Land Bremen (SZHB) als gemeinsame Einrichtung der vier öffentlichen Hochschulen. Insbesondere mit Blick auf die verstärkten Internationalisierungsbestrebungen der Hochschulen wird es auch künftig einen festen Platz in der Hochschullandschaft haben. Aber auch im Bereich der Digitalisierung bzw. dem Umgang mit Künstlicher Intelligenz in der Lehre setzt das SZHB wichtige Impulse.

Die 2023 vorgenommene Ermöglichung des HAW-Promotionsrechts für forschungsstarke Bereiche im Land Bremen wurde von den Hochschulen sehr begrüßt. Die beiden Hochschulen in Bremen und Bremerhaven haben sich auf den Weg gemacht und erarbeiten gemeinsam Konzepte für einen oder mehrere Promotionsverbünde mit unterschiedlicher thematischer Breite. Ausgehend von der geringen Gesamtanzahl an HAW-Professuren im Land Bremen wird die Entscheidung über die Schwerpunktsetzung des ersten Promotionsverbundes richtungsweisend und strukturbildend sein. Ebenso prüfen die Hochschulen die Möglichkeit, auch bundeslandübergreifend Promotionsverbünde mit weiteren HAW zu konzipieren und damit den strukturellen Gegebenheiten des Landes Bremen auch für die mittel- und langfristige Perspektive Rechnung zu tragen.

Ein weiteres Kooperationsfeld der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften ist die Weiterentwicklung und Abstimmung des Studienangebots. Beide Hochschulen sind gefordert, ihre Studiengänge insbesondere in denjenigen Fächern, die an beiden Hochschulen angeboten werden, so auszugestalten, dass sie erkennbar differenzierte Profile aufweisen und unterschiedliche Zielgruppen bedienen. Bei der Entwicklung neuer Angebote ist stets zu prüfen, ob sich durch die gemeinsame Nutzung bzw. Öffnung von Lehrangeboten am jeweils anderen Standort Synergien erzielen lassen.

Um die Aktivitäten im Bereich Nachhaltigkeit zu bündeln und das Engagement der vier staatlichen Hochschulen nach außen noch sichtbarer zu machen, wird die Einrichtung einer hochschulübergreifenden, gemeinsamen Koordinierungsstelle angestrebt. Sie soll die hochschulspezifische Weiterentwicklung von Nachhaltigkeit in Lehre, Forschung, Transfer und Governance unterstützen und die gemeinsamen Aktivitäten koordinieren.

Auch die Zusammenarbeit der Hochschulleitungen wurde in den letzten Jahren vertieft. Exemplarisch sei hier auf den im Zuge der Haushaltsaufstellung 2022/23 gestarteten Austausch der Kanzler:innen der landesbremischen Hochschulen mit dem Wissenschaftsressort verwiesen. Dieser wird auf Wunsch aller Beteiligten fortgeführt und umfasst Themen wie Energiemanagement, Facilitymanagement, Raumbewirtschaftung, Bau, Digitalisierung und IT-Sicherheit. Gleichzeitig wird damit auch die Kooperation der landesbremischen Hochschulen im Verwaltungsbereich befördert. Dahingehend gibt es bereits erfolgreiche Initiativen und Ansätze an den Hochschulen, z. B. bei der Digitalisierung der Verwaltung und der Beschaffung von Lizenzen, die in den kommenden fünf Jahren vertieft und ausgebaut werden sollen.

Die U Bremen Research Alliance (UBRA)

Die U Bremen Research Alliance e.V. (UBRA) ist ein Zusammenschluss der Universität Bremen und der zwölf überregional finanzierten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft und des Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz (DFKI). Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit wurde 2016 geschlossen und 2020 erweitert. Ziel des Zusammenschlusses ist es, die Zusammenarbeit zwischen der Universität und ihren Partnern im Hinblick auf Inhalte und Prozesse der Kooperation sowie auf die gemeinsame Nutzung von Ressourcen und die gemeinsame Mitteleinwerbung besser zu koordinieren. Konkret bedeutet das die gemeinsame Weiterentwicklung der Forschungsagenden, ein gemeinsames Marketing für mehr internationale Sichtbarkeit und Standortattraktivität, die gemeinsame Erhebung von Forschungskennzahlen sowie die gemeinsame Nutzung und Erweiterung von Service-Einheiten und Infrastrukturen.

Das Land begrüßt die durch die UBRA entstandene Vernetzung der Wissenschaftseinrichtungen. Es wird die UBRA dabei unterstützen, den Wissenschaftsstandort Bremen durch gemeinsames Marketing voranzubringen.

Die dreizehn Mitglieder der UBRA legen gemeinsame Strategien fest, richten Kooperationsprofessuren ein und fördern die wissenschaftliche Qualifizierung durch Graduiertenprogramme und spezielle Nachwuchsgruppen. Die außeruniversitären Forschungseinrichtungen (AUF) führen mit der Universität gemeinsame Berufungen durch, die Universität ist Mitglied in den Gremien der AUF und die AUF beteiligen sich an den Studienprogrammen der Universität und umgekehrt. Unter dem Thema „Von der Tiefsee bis ins Weltall“ beteiligen sich die AUF an vier Wissenschaftsschwerpunkten („Meeres-, Polar- und Klimaforschung“, „Materialwissenschaften und ihre Technologien“, „Gesundheitswissenschaften“ und

„Minds, Media, Machines“) der Universität. In den letzten Jahren sind die Themen Forschungsdatenmanagement und Data Science und KI im Gesundheitswesen hinzugekommen, denen sich die UBRA mittlerweile intensiv widmet. Im U Bremen Research Alliance Welcome Center bietet die UBRA den Forschenden an den Mitgliedseinrichtungen eine aktive Willkommenskultur und einen umfassenden ‚Relocation Service‘ für internationale Forschende als zentrale Servicestelle. Die Forscher:innen werden zu nicht-akademischen und praktischen Fragen wie z. B. Wohnungssuche und Kinderbetreuung beraten, um ihren Aufenthalt in Bremen oder Bremerhaven so unkompliziert wie möglich zu gestalten.

Die Northwest Alliance Bremen - Oldenburg

Den Kern der am 31. Januar 2025 gegründeten Allianz bilden die beiden Universitäten Bremen und Oldenburg. Sie sind seit Jahrzehnten in Forschung, Lehre und Transfer eng miteinander verbunden. Die Kooperation basiert auf einem bereits weitreichenden Kooperationsvertrag des Jahres 2006. Beide Universitäten haben gemeinsam einen Exzellenzcluster in den Meereswissenschaften eingeworben. Hinzu kommen gegenwärtig zwei gemeinsame, von der DFG geförderte Graduiertenkollegs und zahlreiche weitere Forschungskooperationen. Im Bereich Transfer haben sich beide Universitäten im Jahr 2024 zusammen mit bundesweit nur 14 anderen im Leuchtturmwettbewerb „Startup Factory“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) für einen Vollantrag qualifiziert. Beide Universitäten setzen sich im Verbund der Norddeutschen Universitäten (VNU) für forschungs- und hochschulpolitische Belange ein. Sie haben, aufbauend auf der so entstandenen gemeinsamen Vertrauensbasis und wissenschaftlichen Ambitionen, im November 2025 einen Verbundantrag in der Förderlinie Exzellenzuniversität gestellt.

Das universitäre Bündnis ebnete den Weg hin zu einer umfassenden Northwest Alliance, an der auch in der Region verortete Institute und Hochschulen für

Ziel des Landes ist es, die Universität Bremen in ihren Bemühungen, zusammen mit der Universität Oldenburg Exzellenzuniversität zu werden, bestmöglich zu unterstützen. Dazu wird die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft alle nötigen Absprachen mit dem Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur treffen, und nötige Ko-Finanzierungen bereitstellen.

Angewandte Wissenschaften partizipieren. Dabei wird die Einbettung der Allianz in den Forschungs- und Transferraum Nordwest ausdrücklich betont und ihre perspektivische Weiterentwicklung zu einer Forschungs- und Transferallianz des Nordwestens mit weiteren außeruniversitären Partnern von Anfang an berücksichtigt.

Die beiden Universitäten Bremen und Oldenburg werden in der Allianz ihre Kooperation weiterentwickeln und vertiefen. Dies betrifft die Hochschulentwicklung in

Richtung Erneuerungs- und Zukunftsfähigkeit und Resilienz, bspw. mit Blick auf gemeinsame Personalgewinnungs- und -entwicklungsstrategien; eine an Komplementarität und Synergien orientierte Planung von Schwerpunkten, Infrastrukturen und Professuren; weiterzuentwickelnde Strategien für die Internationalisierung und verantwortungsvolle Kooperationen mit akademischen und nicht-akademischen Partnern weltweit oder die Bündelung von Expertise im Bereich des Forschungsdatenmanagements.

Internationale Kooperationen der Hochschulen

Die Bremer Hochschulen haben ihr internationales Studienangebot im vergangenen Jahrzehnt merklich erweitert. Die europäischen Hochschulnetzwerke haben an der Universität und der Hochschule Bremen dem Ausbau von strategischen Partnerschaften und Netzwerken zusätzliche Dynamik verliehen und die Internationalisierung insgesamt beflügelt. Die aktuellen weltpolitischen Entwicklungen bringen neue Chancen und Möglichkeiten, aber auch neue Herausforderungen und Risiken für die Internationalisierung der Hochschulen mit sich.

Im Zentrum dieser Bemühungen steht, die Attraktivität des Hochschul- und Wissenschaftsstandorts Bremen und Bremerhaven für internationale Studierende und Forschende weiter zu steigern. Damit verbunden sollen auch mögliche Hürden für deren Integration und Verbleib weiter gesenkt werden. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Förderung der Willkommenskultur, aber auch die Verbesserung der Rahmenbedingungen insbesondere für Beschäftigte mit internationalem Hintergrund. Angeboten wie dem europäischen Pensionsprogramm EU Resaver kommt dabei eine wichtige Bedeutung zu. Mit Blick auf die Gewinnung internationaler Studierender dürfte der Ausbau fremdsprachiger Studienangebote und die verstärkte Nutzung von ERASMUS+ bedeutsam sein, nicht zuletzt um den akademischen Erfolg internationaler Studierender verstärkt mit zielgruppen- und phasenspezifischen Angeboten zu fördern und ihren Einstieg in den hiesigen Arbeitsmarkt in Kooperation mit der regionalen Wirtschaft und kommunalen Einrichtungen zu unterstützen.

Zudem ist es Aufgabe der Hochschulen, hochwertige Internationalisierungserfahrungen für möglichst viele Studierende, Forschende und weitere

Das Land erwartet von den staatlichen Hochschulen, dass diese ihre Internationalisierungsstrategien fortschreiben, damit ihre grenzüberschreitenden Hochschulkooperationen weiter qualitativ hochwertig und gleichzeitig krisenrobust ausgebaut werden können.

Hochschulmitarbeitende zu ermöglichen – sowohl durch die Förderung physischer und virtueller Mobilität als auch durch eine „Internationalisierung zu Hause“. Die Hochschulen sind hierbei aufgefordert, den Konflikt zwischen Mobilität und Nachhaltigkeit in ihren Internationalisierungs- und Nachhaltigkeitsstrategien

aufzugreifen und in ein ökologisch, wissenschaftlich und sozial verantwortliches Gleichgewicht zu bringen.

Wie einleitend erläutert, zeigt der vorgelegte Wissenschaftsplan 2030 Leitlinien auf und gibt im Rahmen des Machbaren Impulse für Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems in Bremen. Den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen, wird nur möglich sein in gemeinsamer Kraftanstrengung und enger Kooperation aller Beteiligten, die sich in ihren unterschiedlichen Rollen für die gemeinsame Sache engagieren.

Wissenschaft und Wirtschaft

Neben der hervorragenden, fruchtbaren und teils bereits langfristigen Kooperation, wie sie in den vorangegangenen Abschnitten beschrieben wurde, sind Kooperationsbeziehungen zu Unternehmen und anderen privatwirtschaftlichen sowie öffentlichen Einrichtungen ein wichtiger Faktor für die bremische Innovations- und Wirtschaftslandschaft. Ziel der Zusammenarbeit sind anwendungsorientierte Innovationen sowie nutzerorientierte Entwicklungen. Die Grundlage für die Zusammenarbeit ist das Verständnis der Bedarfe der Kooperationspartner und ein Austausch auf Augenhöhe. Mit der Einrichtung der Forschungs- und Transferschwerpunkte des Landes wurde die Kooperationsfähigkeit auf ein neues Level gehoben. Die FTS sind dabei die Basis, auf der ein Austausch zwischen nichtwissenschaftlichen Akteur:innen und der Wissenschaftswelt entsteht.

Der Wissenschaftsplan und die Innovationsstrategie 2030 des Landes gehen dabei Hand in Hand. Begleitend findet zudem ein intensiver und fortlaufender Austausch

Ziel des Landes ist, die Forschungs- und Transferschwerpunkte verstärkt dahingehend zu nutzen, um das vorhandene Potenzial im Bereich des Transfers zu heben. Hierzu sollen die bestehenden Vernetzungsstrukturen gefördert und ausgebaut werden.

zwischen dem Wissenschafts- und dem Wirtschaftsressort statt. Es wird eine enge Verzahnung mit den Transferstrategien der Hochschulen des Landes angestrebt. Die besonders anwendungsorientierten FTS können dabei Schlüsselbranchen zugeordnet werden wie der Luft- und Raumfahrtforschung, den Energiewissenschaften und der Logistik. Aber auch die anderen FTS liefern wertvolle Technologien für Schüsselinnovationsfelder, z. B. für Nachhaltiges Wirtschaften und Ressourceneffizienz, Vernetzte und adaptive Industrie, Mobilität der Zukunft, Intelligente Dienstleistungen und Digitale Transformation.

In den Cluster- und Netzwerkstrukturen der Innovationsstrategie wie beispielsweise dem Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT sind die Forschungseinrichtungen essenzielle strategische Partner. So sind beispielsweise

alle außeruniversitären Forschungseinrichtungen des FTS Materialwissenschaften (IFAM, IWT, FIBRE und BIAS) Partner des ECOMAT und zusätzlich zu ihren jeweiligen Hauptsitzen am ECOMAT vertreten. Die nichtwissenschaftlichen Kooperationspartner, wie beispielsweise AIRBUS und ArianeGroup, können dabei von einer sehr guten, teils herausragenden wissenschaftlichen Infrastruktur, exzellenten Köpfen und oft interdisziplinär arbeitenden Einrichtungen profitieren.

Die Forschungseinrichtungen sind kompetente und gefragte Partner nicht nur in FuE-Projekten innerhalb Bremens, sondern auch deutschlandweit und international. Diese Art von Kooperationen noch zu verstärken ist sowohl ein Ziel der Innovationsstrategie als auch des Wissenschaftsplans. Mit seiner hohen Dichte an Spitzenforschung und praxisnaher Entwicklung fungiert der Technologiepark Bremen dabei als eine der zentralen Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft in Bremen. Die Zusammenarbeit von mehr als 500 Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit rund 15.500 Mitarbeitenden schafft effektive Synergien, die Innovationsprozesse beschleunigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Region stärken.

Für das Thema Digitalisierung im Bereich der Industrie ist das ebenfalls im Technologiepark angesiedelte Digital Hub Industry (DHI) das wesentliche Innovationszentrum im Land Bremen. Das DHI ist als Ideen-, Experimentier- und Kollaborationsraum ausgerichtet. Die Hochschulen arbeiten hier gemeinsam mit Unternehmen an digitalen Innovationsprojekten und Geschäftsmodellen. Start-Ups aus dem Bereich der digitalen Innovation haben die Möglichkeit, sich zu finden, zu gründen und weiterzuentwickeln Das DHI ist seit 2024 Mitglied der DE-Hub Initiative des BMWK und damit als Hub mit dem Schwerpunkt „Smart Manufacturing“ Teil eines deutschlandweiten digitalen Ökosystems.

5.2. Fachkräftebedarf als Chance nutzen

Der Fachkräftebedarf stellt insbesondere mit Blick auf die Hochschulen sowohl eine Herausforderung, zugleich aber auch eine bedeutende Chance dar, ihre Rolle in der Gesellschaft zu stärken und sich als zentrale Akteur:innen in der Aus- und Weiterbildung sowie der Qualifizierung von zukünftigen Fachkräften zu positionieren. Angesichts des demografischen Wandels und der sich schnell verändernden Arbeitsmärkte sind viele Branchen auf der Suche nach gut ausgebildeten Fachkräften, was Hochschulen in die Lage versetzt, gezielt auf diese Bedarfe einzugehen.

Insgesamt bietet der Fachkräftebedarf den Hochschulen die Gelegenheit, ihre Bildungsangebote zu modernisieren, ihre Vernetzung mit Wirtschaft und Gesellschaft zu intensivieren und sich als innovative Bildungsinstitutionen zu positionieren, die aktiv zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen beitragen.

Optimierung des Studienangebotes

Innovationen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden den Unternehmen am Standort nicht zuletzt mittels des Transfers über „Köpfe“ verfügbar gemacht. Das Studienangebot der bremischen Hochschulen knüpft hierbei an die Bedarfe der regionalen Wirtschaft und Gesellschaft an. Dies zeigt sich insbesondere an der umfangreichen Zahl dualer Studienangebote an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften in Bremen und Bremerhaven. Die Hochschule Bremen kooperiert derzeit mit etwa 180 Unternehmen, die regelmäßig dual Studierende im Rahmen von verbindlichen Kooperationsverträgen an der Hochschule qualifizieren lassen. Die Anzahl steigt kontinuierlich. Dabei adressieren viele Studienangebote gezielt das klima- und nachhaltigkeitsrelevante Wissen und bieten entsprechende Berufsprofile an.

Die Praxispartner der dualen Studienangebote sind überwiegend in Bremen und der Metropolregion Nordwest verortet. Aus der iaw-Studie „Duales Studium in Bremen“ aus dem Jahr 2022 ist bekannt, dass 90 Prozent der Studierenden von dem jeweiligen Praxispartner nach dem Studium übernommen werden. Es gelingt somit im besonderen Maße junge Fachkräfte in der Region zu halten, was sehr positiv zu bewerten ist.

In den nächsten fünf Jahren sollen an den Hochschulen Voraussetzungen geschaffen werden, um die Beschäftigungsfähigkeit von Absolvent:innen zu erhalten und einen Beitrag zur Fachkräftebindung in der Region zu leisten. Hierfür sind herkömmliche Vernetzungsformate wie der Wissenstransfer über Abschlussarbeiten nicht mehr ausreichend. Niederschwellige Formate wie Zertifikate und Microcredentials sollten an den Hochschulen stärker ausgebaut werden. Zudem sollten in die Lehrformate auch verstärkt Coaching-Modelle (individuell, auch peer-to-peer) und bildungsbereichsübergreifendes Lehren integriert werden. Grundsätzlich sind die Bemühungen der Hochschulen zur Optimierung des Studienangebots wie

auch der Studieninhalte darauf auszurichten, die Studierenden zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Ein wichtiger Schritt dahingehend sind die von Universität Bremen und Hochschule Bremen im Rahmen des Programms „Lehrarchitektur“ der Stiftung Innovation in der Hochschullehre eingeworben Lehrprojekte. An der Universität Bremen ist für einen Zeitraum von sechs Jahren das Projekt „nuts@UB. Nachhaltiges und transdisziplinäres Studium an der Universität Bremen - Wirksamkeit entfalten, Flexibilität entwickeln und Beteiligte stärken“ bewilligt worden. Die Hochschule war mit dem Projektantrag „Campus2031@HSB - Zukunftskompetenzen stärken“ erfolgreich. Insgesamt stehen den beiden Einrichtungen rd. 13,5 Millionen Euro, verteilt über sechs Jahre, zur Verfügung.

Ziel des Landes ist die nachhaltige Erhöhung des Studienerfolgs. Nur so kann der akademische Fachkräftebedarf unter Beteiligung der Hochschulen dauerhaft abgesichert werden. Hierfür bedarf es einer guten Abstimmung zwischen Studienangeboten und Studierenden.

Bremen und Bremerhaven sind wachsende Städte. Im aufgrund des demografischen Wandels zunehmenden Wettbewerb um Studierende steht der Erhalt der Studierendenzahl im Fokus. Er trägt dazu bei, den Fachkräftebedarf für die regionale Wirtschaft zu sichern. Die Hochschulen sollen ihr Studienangebot in gemeinsamer Abstimmung aktiv gestalten und stärker international ausrichten – auch, um ausländische Fachkräfte für den lokalen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Insbesondere mit Blick auf die Hochschule Bremen und die Hochschule Bremerhaven sind kooperative Studiengänge zwischen den beiden Hochschulen ein geeignetes Mittel, um die Studierendennachfrage auch auf überregionaler Ebene zu steigern. Gleichwohl besteht weiteres Potenzial für ein stärker profiliertes Studienangebot und eine größere überregionale und internationale Sichtbarkeit. Ein wichtiges Instrument hierfür ist das ERASMUS+ Programm der Europäischen Union.

Um Studieninteressierte für ein Berufsfeld zu begeistern, braucht es zudem klare Karriereperspektiven und gute Arbeitsbedingungen (Gehaltsniveau, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben etc.). Hier sind insbesondere die Arbeitgeber:innen gefragt, diese Bedingungen zu schaffen und gemeinsam mit den Hochschulen für Studiengänge und Berufe zu werben. Auch ein verstärkter Austausch bis hin zum gemeinsamen Entwickeln von Studienangeboten ist wichtig, vor allem im dualen Bereich. Nur so können passfähige, kompetenzorientierte Angebote realisiert werden. Auch bedarf es gerade bei den dualen Angeboten verlässlicher Finanzierungszusagen seitens der Unternehmen. Der Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort muss zusammen gedacht und beworben werden, damit die wirtschaftlichen Effekte der Wissenschaft weiter ausgebaut werden können.

Vor dem Hintergrund des regionalen Fachkräftebedarfs kommt der Lehrkräfteausbildung eine wichtige Rolle zu. An der Universität Bremen wurde das Lehramtsstudium in den vergangenen Jahren u.a. im Rahmen der Bundesförderung aus der „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ durch eine qualitative und quantitative Stärkung der schulischen Praxisphasen und durch eine systematischere Kooperation sowohl zwischen den beteiligten Fachwissenschaften, Fachdidaktiken und Erziehungswissenschaften als auch mit dem für die zweite Phase der Lehrkräfteausbildung zuständigen Landesinstitut den Bedarfen angepasst. Insbesondere das Zentrum für Lehrerinnen-/Lehrerbildung und Bildungsforschung (ZfLB) an der Universität Bremen trägt maßgeblich zur Weiterentwicklung der Lehrkräftebildung bei. In den am ZfLB angesiedelten Projekten werden wissenschaftliche Erkenntnisse in die Praxis übertragen und gleichzeitig praxisrelevante Fragestellungen in der Forschung aufgegriffen. Der Bereich Bildungsforschung nimmt damit eine zentrale Rolle im Rahmen der vielfältigen Forschungs-, Entwicklungs- und Transferaktivitäten zur Lehrkräftebildung am ZfLB und für die Lehrkräftebildung im Land Bremen insgesamt ein.

Im Hinblick auf die angestrebte Transformation des Landes sind zudem Absolvent:innen in den MINT-Fächern von besonderer Bedeutung. Insbesondere die Informatik-Studiengänge wurden in den letzten Jahren sehr gut nachgefragt, so dass eine Kapazitätsstärkung in diesem Bereich sinnvoll erscheint. Hingegen verzeichnen die Hochschulen im Land Bremen wie auch bundesweit eine sinkende Nachfrage in technischen Studiengängen, insbesondere in allgemeiner ausgerichteten Studiengängen wie Maschinenbau und Elektrotechnik. Gegen diese Tendenz haben die Hochschulen in Abstimmung mit dem Land bereits verschiedene Maßnahmen ergriffen, darunter mit mittlerweile etablierten und stark nachgefragten Angeboten für Schüler:innen (z. B. MINT-Tag). Das Land bestärkt die Hochschulen darin, diese Maßnahmen zu intensivieren.

Das Land erwartet von den Hochschulen, dass diese ihre Stärken in Forschung und Anwendung noch effektiver zur Attraktivitätssteigerung ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge einbringen und dies nach außen hin kenntlich machen. Auch duale Studienangebote sowie die Ansprache und Förderung internationaler Studierender können dazu beitragen, mehr Studierende für den MINT-Bereich zu gewinnen.

Gleichzeitig gilt es auch neue Formate zu entwickeln und zu erproben. Ein solches Format könnte z. B. ein gezieltes Talent Scouting darstellen, insbesondere in benachteiligten Gegenden, um Aufstiegsbiographien zu ermöglichen. Die Ausgestaltung könnte niedrigschwellig in Kooperation mit den Studiengängen Soziale Arbeit an der Hochschule Bremen sowie der Hochschule Bremerhaven erfolgen.

Wissenschaftliche Weiterbildung

Ein wesentliches Ziel des Landes in den nächsten fünf Jahren stellt in der Leistungsdimension Lehre zudem die wissenschaftliche Weiterbildung dar, um dem Fachkräftemangel auch auf diesem Wege proaktiv zu begegnen.

Ziel des Landes ist es, dass die Hochschulen Weiterbildung als hochschulische Kernaufgabe wahrnehmen, sich zu selbstverständlichen Orten des lebenslangen Lernens entwickeln und ihre Weiterbildungsangebote, zu denen neben Studiengängen etwa auch – über Teilnahmegebühren zu finanzierende – Zertifikatskurse oder modularisierte Studienangebote gehören können, bedarfsgerecht ausbauen.

Der Wissenschaftsrat hat zur wissenschaftlichen Weiterbildung bereits 2019 in einem Empfehlungspapier zu Gestaltungsmöglichkeiten von Weiterbildung und lebenslangem Lernen an Hochschulen Stellung genommen und darin festgestellt, dass Weiterbildungsangebote an Hochschulen „die Innovationsfähigkeit und Entwicklung neuer Technologien [fördern], Reflexions- und Problemlösungskompetenzen [vermitteln und für] den Transfer wissenschaftlichen Wissens in die Praxis sowie umgekehrt für Anregungen aus der Praxis für die Forschung [sorgen]“[42]. Vor diesem Hintergrund sind die bestehenden Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

In Bereichen wie der Luft- und Raumfahrt, aber auch in anderen Ingenieurwissenschaften, ist der technologische Fortschritt immens. Umso wichtiger ist es, fachlich auf dem aktuellen Stand der Forschung zu bleiben. Das Weiterbildungsprogramm LIFE der Universität bietet Module in den Bereichen Luftfahrttechnik, Raumfahrttechnik, Energiesysteme und Verfahrenstechnik, damit sich interessierte Personen wie auch Mitarbeitende in einschlägigen Unternehmen gezielt wissenschaftlich weiterbilden können. Auf diesem Wege ermöglicht LIFE den Wissenstransfer von der Universität in die Praxis – eine wichtige Voraussetzung für Innovationen.

[42] Wissenschaftsrat (Hrsg.): Empfehlungen zu hochschulischer Weiterbildung als Teil des lebenslangen Lernens, 2019, Drs. 7515-19, S.7.

Wissenschaft als attraktives Arbeitsumfeld

Der Fachkräftebedarf betrifft die Wissenschaftseinrichtungen des Landes auch als Arbeitgeber:innen, dabei bieten sie interessante und vielfältige Berufsmöglichkeiten mit Einstiegs- und Aufstiegsoptionen auf unterschiedlichen Hierarchieebenen – weit über den wissenschaftlichen Bereich hinaus. Attraktive Aufgaben und eine gezielte Förderung sichern dabei die berufliche Entwicklung der Beschäftigten in den Hochschulen.

Das Land setzt sich weiterhin nachdrücklich für gute und attraktive Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft ein. Im Zentrum stehen hierbei insbesondere eine gezielte Personalentwicklung mit konkreten Förderangeboten, verlässliche Karrierewege und die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Dennoch: Für den größten Teil des wissenschaftlichen Personals an deutschen Hochschulen sind befristete Arbeitsverträge nach wie vor Standard. Die damit verbundene Unsicherheit führt dazu, dass viele den Wissenschaftsbetrieb wieder verlassen. In Zeiten des Fachkräftemangels sind daher gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal unabdingbar für die Leistungsstärke von Hochschulen in Forschung, Lehre und Transfer. Das Land Bremen wird unter Berücksichtigung des in Abstimmung befindlichen Wissenschaftszeitvertragsgesetzes des Bundes die Bedingungen in Bremen kontinuierlich überprüfen und verbessern. Das Ziel war und ist die Schaffung verlässlicher und transparenter Karrierewege sowie guter Arbeitsbedingungen, und das unabhängig davon, ob die jeweilige Stelle aus Mitteln des Grundhaushalts oder aus Drittmitteln finanziert wird.

Bereits 2016 haben die Leitungen der Bremischen Hochschulen und ihre Personal-Interessenvertretungen einen Rahmenkodex zu den Vertragssituationen und Beschäftigungsbedingungen an den staatlichen Bremischen Hochschulen unterzeichnet. Ziel war und ist es insbesondere, Kurzzeitbefristungen zu reduzieren, Karrierewege verlässlicher zu gestalten und Beratungsangebote zu optimieren.

Um den Rahmenkodex und andere Rahmenbedingungen für die Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich auf der Basis der Erfahrungen seit 2016 gemeinsam weiterzuentwickeln, wurde er im Auftrag der Senatorin für Wissenschaft und Häfen durch die Kooperationsstelle Hochschulen und Gewerkschaften der Universität Göttingen wissenschaftlich evaluiert. Die vorliegenden Ergebnisse dieser Evaluation sind maßgeblich für seine Fortschreibung, die zugleich erklärtes Ziel der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft ist.

Zeitgleich zur Einführung des Rahmenkodex sind an den Hochschulen u.a. neue Personalkategorien (z. B. Researcher, Lecturer) hochschulrechtlich ermöglicht worden. Der Anteil unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse ist insbesondere bei den wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen gestiegen. Gleichzeitig hat sich die geschlechtsspezifische Benachteiligung bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen reduziert. Das sozialpartnerschaftliche Verhältnis zwischen Hochschulleitungen und Vertretungen der Arbeitnehmer:innen wurde gestärkt. An diese positiven Entwicklungen ist anzuknüpfen, damit sich die Arbeitsbedingungen an den landesbremischen Hochschulen weiterhin attraktiv und nachhaltig gestalten.

Wissenschaftliche Qualifizierung

Im Bereich der wissenschaftlichen Qualifizierung hat das Land und hier vor allem die Universität in den letzten Jahren bereits wichtige Impulse gesetzt, zum Beispiel durch die Etablierung alternativer Karrierewege neben der Professur. Diesen erfolgreichen Weg gilt es in den kommenden Jahren fortzuführen, wobei dies unter Berücksichtigung der Entwicklungen auf Bundesebene (neues Wissenschaftszeitvertragsgesetz, „1.000-Köpfe-Programm“ des BMFTR) erfolgen wird.

Vor besondere Herausforderungen sehen sich nach wie vor die Hochschulen für Angewandte Wissenschaften gestellt. Der ohnehin bestehende Wettbewerb um die „besten Köpfe“ wird hier durch die sog. Dreifachqualifizierung verstärkt. Anders als an Universitäten gibt es keinen strukturierten Karriereweg zur Professur, denn die Fachhochschulprofessur setzt neben einer herausragenden wissenschaftlichen und didaktischen Qualifizierung eine umfassende Berufserfahrung voraus. Dies führt dazu, dass Fachhochschulen ihr Personal in der Regel aus dem außerhochschulischen Umfeld rekrutieren müssen. Dies fällt zunehmend schwer.

Die Hochschule Bremen und die Hochschule Bremerhaven haben in den vergangenen Jahren bereits wichtige Schritte eingeleitet, um die hochschulspezifische Strukturentwicklung voranzutreiben und die Qualität des Berufungsgeschehens nachhaltig zu verbessern – nicht zuletzt im Kontext des von Bund und Ländern geförderten Programms zur Gewinnung und Qualifizierung professoralen Personals an Fachhochschulen („FH-Personal“).

Das Land erwartet von den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, dass sie den eingeschlagenen Weg bei den Gewinnungs- und Entwicklungsansätzen für professorales Personal weiterverfolgen, an den ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen ausrichten und die im Programm FH-Personal angelegten Strukturen entsprechend evaluieren.

In diesem Kontext ist die Identifikation und gezielte Unterstützung besonders forschungsstarker Bereiche an den Fachhochschulen von hoher Bedeutung, um die Voraussetzungen zur Erlangung des eigenständigen Promotionsrechts zu schaffen. Zudem gilt es die Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengerechtigkeit, der Diversität und Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Professor:innen weiterzuentwickeln und zu erproben.

Auch den außeruniversitären Forschungsinstituten kommt im Hinblick auf die Fachkräftegewinnung eine wichtige Rolle zu. Bei der Ausbildung der Wissenschaftler:innen in frühen Karrierestufen richtet sich hier der Fokus auf die Interdisziplinarität. Ein Schwerpunkt liegt zudem auf einer projektorientierten Ausbildung und frühzeitigen Einbeziehung interessanter Themen der außeruniversitären Institute. Alle Qualifikationsstufen der Ausbildung vom Studium bis zur Juniorprofessur werden dabei berücksichtigt.

Ein besonderes Instrument zur akademischen Ausbildung sind die strukturierten Promotionsprogramme wie die von der DFG geförderten Graduiertenkollegs und Graduiertenschulen. Obgleich letztere als eigenes Förderformat nicht mehr existieren, findet sich der Ansatz auch in integrierten Programmen bei Sonderforschungsbereichen und Exzellenzclustern wieder. Hinzu kommen die in Kooperation mit den außeruniversitären Forschungseinrichtungen durchgeführten Graduiertenprogramme sowie die strukturierten Promotionsprogramme an der Universität Bremen. Diese Programme bieten jungen Wissenschaftler:innen nicht nur eine interdisziplinäre Ausbildung, sondern auch die Möglichkeit, unter einer umfassenden Betreuung eigenständig zu forschen. Gleichzeitig sind die Programme in der Regel in einem Forschungsfeld angesiedelt, in dem der Wissenschaftsstandort Bremen stark ist, z. B. in den Meeres- und Klimawissenschaften, in den Material- und Sozialwissenschaften. So wird sowohl das Wissenschaftssystem als auch die Wirtschaft gestärkt, denn die Wissenschaftler:innen stehen nach ihrem Abschluss dem lokalen Arbeitsmarkt als Fachkräfte zur Verfügung.

5.3. Von der Spitzenforschung vor Ort profitieren

Ein Wissenschaftssystem, das so vielfältigen gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen gerecht werden muss, benötigt international ausgewiesene Forschung sowie hervorragendes Personal auf allen Ebenen. Dabei kommt es insbesondere auf die internationale Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandortes sowie auf international wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen an.

Um diese zu gewährleisten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Land und Bund, wie diese in zahlreichen Bund-Länder-Programmen zum Tragen kommen. Vor diesem Hintergrund sind die Erfolge der Universität Bremen im Exzellenzwettbewerb von Bund und Ländern, aber auch in der EU-Forschungsförderung von zentraler Bedeutung für das bremische Wissenschaftssystem insgesamt. Das Land wird diese auch künftig prioritär unterstützen und fördern.

Mit dem Programm „Forschungsimpulse“ der DFG existiert zudem ein sehr qualitätsorientiertes Programm zur Förderung koordinierter Forschungsvorhaben, das sich an besonders forschungsorientierte Hochschulen für Angewandte Wissenschaften richtet. Das Land erwartet von den beiden Hochschulen für Angewandte Wissenschaften, dass sie ihre vorhandenen Forschungsstärken weiter profilieren, um künftig an den wettbewerblichen Förderstrukturen erfolgreich partizipieren zu können.

Spitzenforschung gezielt als Standortvorteil für die Transformation der Region zu nutzen, ist eine der zentralen Aufgaben einer vorausschauenden und nachhaltigen Standortpolitik. Die Hochschulen und Forschungsinstitute im Land Bremen spielen dabei eine Schlüsselrolle, da sie wesentlich zur Steigerung von Einkommen, Steuereinnahmen, Wertschöpfung und Beschäftigung beitragen.

Wissenschaftliche Einrichtungen schaffen und sammeln Wissen, das nicht nur der Forschung dient, sondern in hohem Maße für die regionale Wirtschaft nutzbar gemacht wird. Der Wissenstransfer in Form von Kooperationen, gemeinsamen Projekten oder technologischen Entwicklungen ermöglicht es Unternehmen, innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln. Diese Innovationen stärken nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit der am Standort ansässigen Unternehmen, sondern fördern auch die gesamte wirtschaftliche Dynamik der Region. Die bremische Spitzenforschung kann damit als Magnet für Investitionen und Unternehmensansiedlungen wirken. Durch weitere Erfolge in der Spitzenforschung

und durch die gezielte Förderung von Wissens- und Technologietransfer wird das Land Bremen für Fachkräfte, Gründer:innen und Investoren aus dem In- und Ausland zunehmend attraktiver. Dies stärkt nicht nur die Position Bremens im internationalen Standortwettbewerb, sondern sichert langfristig die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Region.

Spitzenforschung ist Impulsgeber für Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist daher Aufgabe der Hochschulen und insbesondere der Universität, kontinuierlich und auch jenseits der Exzellenzcluster Potenzialbereiche zu identifizieren. Dies gilt in besonderem Maße für die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Meeresforschung als Triebfeder des Umwelt- und Klimaschutzes

Bremen ist der größte meereswissenschaftliche Standort in Deutschland. Drei der großen Wissenschaftsgemeinschaften sind hier mit eigenen Einrichtungen vertreten. Das aktuelle Exzellenzcluster „Der Ozeanboden – unerforschte Schnittstelle der Erde“ – ursprünglich das DFG-Forschungszentrum „Der Ozean im System Erde“ (2001-2006) – wird durchgängig seit 2007 von Bund und Ländern in der Exzellenzinitiative bzw. -strategie gefördert, womit ihm ein Alleinstellungsmerkmal zukommt.

Die herausragende Position der Universität Bremen im marinen Forschungsfeld belegen neben dem Exzellenzcluster zwei Transregio-Sonderforschungsbereiche des universitären Wissenschaftsschwerpunktes Meeres-, Polar- und Klimaforschung am Zentrum für Marine Umweltwissenschaften (MARUM). Sie spiegelt sich zudem seit vielen Jahren und so auch 2024 im ersten Platz des Förderrankings der DFG wider.

Die Forschungsexzellenz in den Meereswissenschaften in Bremen zeigt sich durch die herausragende Expertise der Forschungsfakultät MARUM der Universität Bremen, des Alfred-Wegener-Instituts (AWI), des Max-Planck-Instituts für Marine Mikrobiologie (MPI-MMI) und des Leibniz-Zentrums für Marine Tropenforschung (ZMT). Sie bilden den Kern des Forschungs- und Transferschwerpunkts Meereswissenschaften des Landes. Diese Institutionen zeichnen sich vor allem durch eine enge Verbindung von interdisziplinärer Forschung, innovativer Technologie, internationaler Zusammenarbeit und außergewöhnlicher Drittmittelstärke aus. Sie spielen eine Schlüsselrolle in der globalen Küsten-, Meeres- und Polarforschung und tragen wesentlich zur Lösung von Umwelt- und Klimafragen bei.

Zudem leistet das Deutsche Schifffahrtsmuseum – Leibniz-Institut für Maritime Geschichte (DSM) als überregional ausgerichtetes maritim-historisches/geisteswissenschaftliches Institut und Museum wichtige Beiträge in der Forschung und Vermittlung von Erkenntnissen zu diesen gesellschaftlich hoch relevanten Themengebieten.

Einrichtungen des Forschungs- und Transferschwerpunkts Meereswissenschaften des Landes sind untereinander stark vernetzt. Aber auch die länderübergreifende Zusammenarbeit wie z. B. im Kontext der Deutschen Allianz Meeresforschung (DAM) ist hier von Bedeutung. Die DAM bündelt die Aktivitäten aller großen Meeresforschungsinstitute in Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein. Im Rahmen der DAM verfolgt Bremen das Ziel, im norddeutschen Verbund eine noch bessere nationale und internationale Sichtbarkeit der Meeresforschung zu erreichen, ohne dabei den Anspruch als der größte und führende Meeresforschungsstandort in Deutschland zu verlieren, sowie Grundlagen für eine finanzielle Unterstützung des Bundes und der Länder zu legen.

Die Spitzenposition der Bremer Einrichtungen äußert sich nicht zuletzt in den internationalen Verbindungen. Besonders das AWI ist nicht nur in einflussreichen internationalen Forschungsnetzwerken und Organisationen von Arktis- und Antarktis aktiv, sondern auch eng in die Arbeit der UN-Klimakonferenz (COP) und des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) eingebunden. Mit der MOSAiC-Expedition (Multidisciplinary drifting Observatory for the Study of Arctic Climate) hat das AWI 2019-2020 mit 80 Instituten aus 20 Nationen die weltweit größte Arktisexpedition mit einem Budget von 140 Millionen Euro durchgeführt. In ihrem Rahmen wurde das Forschungsschiff Polarstern an einer Eisscholle festgefroren und driftete ein Jahr lang durch die Arktis. Die Drift-Expedition MOSAiC lieferte umfassende Daten zu den Auswirkungen des Klimawandels auf das Meereis, auf die Atmosphäre und auf das Ozeanökosystem, die für die globalen Klimamodelle entscheidend sind.

Die internationale Sichtbarkeit dokumentieren auch zahlreiche renommierte Wissenschaftspreise. Die Meereswissenschaftler:innen aus Bremen erhalten regelmäßig hochrangige Auszeichnungen wie den Leibniz-Preis oder Grants des European Research Councils (ERC).

Ziel des Landes Bremen ist es, seine vorhandenen Stärken in den Meereswissenschaften langfristig zu sichern. Die Fortsetzung des in Kooperation mit der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg durchgeführten Exzellenzcluster sowie die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den außeruniversitären Forschungsinstituten im Land Bremen sind hierbei ein wesentlicher Baustein.

In diesem Kontext sind insbesondere Infrastrukturprojekte von Bedeutung: Beispielsweise hat das MARUM 2025 sein drittes, neu errichtetes Gebäude – das Zentrum für Tiefseeforschung (ZfT) – bezogen. Das Forschungsschiff Polarstern des AWI, wichtigstes Instrument der Bremer Polar- und Meeresforschung, wird durch einen Neubau ersetzt und soll der wissenschaftlichen Gemeinschaft ab 2030 zur Verfügung stehen.

Materialwissenschaften als Schlüssel zur nachhaltigen Innovation

Die Materialwissenschaften in Bremen sind ein zentrales Forschungsfeld mit hoher gesellschaftlicher Relevanz. Gleichzeitig bilden sie auch einen der Forschungs- und Transschwerpunkte des Landes. Ihre Stärke liegt in der engen Verzahnung von grundlagen- und anwendungsorientierter Forschung mit technologischer Innovation für verschiedenste Anwendungen. Nachhaltige Materialien und ressourcenschonende Fertigungstechnologien stehen dabei im Fokus, insbesondere unter den Bedingungen knapper Ressourcen.

Das interdisziplinäre MAPEX – Center for Materials and Processes an der Universität Bremen verbindet mehr als 1.000 wissenschaftliche und technische Mitarbeitende aus Universität und inner- und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Die Wissenschaftler:innen erforschen die Beziehungen zwischen Prozessen, Eigenschaften und Leistung von Materialien und Werkstoffen mit dem Ziel, ressourcen- und energieschonende Materialien und Prozesse zu entwickeln.

Das Gerätezentrum für multidisziplinäre Strukturanalyse sowie das Bionik-Innovations-Centrum der Hochschule Bremen bilden zwei weitere national und international anerkannte Kompetenzzentren in den genannten Themenfeldern.

Ein herausragendes Beispiel für die strategische Ausrichtung der Materialwissenschaften in Bremen ist die Initiative „Humans on Mars“, die seit 2021 am MAPEX nachhaltige Technologien für extreme Umgebungen erforscht mit unmittelbaren Implikationen für die Erde. Diese Perspektive bildet auch den Kern des von der DFG 2025 bewilligten Exzellenzclusters „The Martian Mindset – A Scarcity-Driven Engineering Paradigm“, der nachhaltige Werkstoffentwicklung in den Mittelpunkt stellt. Ziel ist es, Grundlagen für eine hochautomatisierte und resiliente Produktion von Materialien zu schaffen, aus knappen Ressourcen und ohne fossile Brennstoffe.

Es ist Ziel des Landes, den Bereich der Materialwissenschaften in Bremen und Bremerhaven weiter zu stärken. Dem Exzellenzcluster „The Martian Mindset“ und dem ihm zugrundeliegenden Knappheitsparadigma kommt eine zukunftsweisende Funktion zu, indem es die Wiedergewinnung von Ressourcen bzw. die Minimierung des Ressourceneinsatzes und damit die Unabhängigkeit von Rohstoff-Lieferanten erhöhen kann.

Die Schwerpunkte der Bremer Außeruniversitären Forschungseinrichtungen im FTS Materialwissenschaften, gleichzeitig eingebunden in den universitären Wissenschaftsschwerpunkt „Materialwissenschaften und Technologien“ (MAPEX), zeichnen sich durch komplementäre Fokussierungen auf unterschiedliche Werkstoffe bzw. Werkstoffgruppen und Technologien aus. Dabei geht es um Werkstoffneuentwicklung bzw. Verfahrensentwicklung für effizientere und nachhaltigere Produktionsprozesse. Das Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM) ist eine der führenden Forschungseinrichtungen auf den Gebieten Klebtechnik, Oberflächen, Formgebung und Funktionswerkstoffe. Die Werkstoffgruppe der Metalle und deren Verarbeitung steht am Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien (IWT) im Zentrum. Das Institut fokussiert sich auf neue Entwicklungen zu Struktur- und Funktionsmaterialien, Prozess- und Verfahrenstechnik sowie Fertigungstechnologien entlang der gesamten jeweiligen Prozesskette. Dem Laser bzw. der angewandten Laserstrahltechnik und der optischen Messtechnik werden am Bremer Institut für Angewandte Strahltechnik (BIAS) neue Möglichkeiten in der Fertigung erschlossen u. a. in Bereichen wie Elektromobilität und Wasserstofftechnologie. Das Forschungsziel des Faserinstituts Bremen (FIBRE) ist der nachhaltige Einsatz von Fasern und Faser-Kunststoff-Verbunden durch maßgeschneiderte Materialien, Leichtbau und ressourceneffiziente Fertigung. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) – Institut für Raumfahrtsysteme ist Kooperationspartner des universitären Wissenschaftsschwerpunktes „Materialwissenschaften und Technologien“ und entwickelt Konzepte für innovative Raumfahrtmissionen und raumfahrtgestützte Anwendungen für wissenschaftlichen, kommerziellen und sicherheitsrelevanten Bedarf. Hier zeigt sich, dass es zwischen den Forschungs- und Transferschwerpunkten des Landes – im vorliegenden Fall zwischen dem FTS Materialwissenschaften und dem FTS Luft- und Raumfahrt ebenso wie dem FTS Energiewissenschaften – vielfältige Bezüge und Schnittmengen gibt. Das Verbindende dieser FTS ist die fachliche Interdisziplinarität, die Komplementarität der Forschungsthemen und der Transferfokus.

Forschung zur Künstlichen Intelligenz: Menschenzentriert und ethisch fundiert

Bremen zählt mit der Universität Bremen und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) zu einem der wichtigen Standorte für kognitive Robotik, Künstliche Intelligenz und menschzentrierte Systeme in Deutschland. Die europäische und internationale Anerkennung der beteiligten Forscher:innen zeigt sich eindrücklich u. a. an der Führungsrolle in dem europäischen Netzwerk euROBIN, ein europäisches Exzellenznetzwerk für KI-basierte Robotik, das Spitzenforschungszentren und große Industriepartner aus ganz Europa vereint. Preise und Auszeichnungen wie ERC-Grants und die Durchführung von Großforschungsprojekten am Standort bestätigen die wissenschaftlich herausragende Bedeutung in der Forschung zur Künstlichen Intelligenz. Sie bilden auch den Kern des FTS Information, Kommunikation, Kognition und Robotik des Landes.

An der Universität Bremen kooperieren mehr als 400 Wissenschaftler:innen im interdisziplinären Wissenschaftsschwerpunkt Minds, Media, Machines (MMM) an der Entwicklung von Innovationen in kognitiver Robotik, Künstlicher Intelligenz und mensch-zentrierten Systemen, um das Verständnis von Intelligenz und Kognition autonomer Systeme in der mediatisierten Welt zu verbessern. In diesem Dreiklang will sich Bremen als Standort für ethisch fundierte KI-Forschung weiter etablieren. Herausragende Säule der Zusammenarbeit bildet der seit 2017 von der DFG geförderte Sonderforschungsbereich EASE (Everyday Activity Science and Engineering), in dem Roboter anhand des menschlichen Vorbildes alltägliche Aufgaben meistern. Eine besondere Strahlkraft verspricht zudem der mit EFRE-Mitteln finanzierte Biosignals-HUB mit seiner Forschung zur Aufzeichnung und Verarbeitung von Biosignalen mit und für Menschen, um Innovationen im Gesundheitssektor und in der Medizintechnik voranzutreiben. Forschungen zur sozialen und rechtlichen Dimension von KI im öffentlichen Diskurs ergänzen das exzellente Forschungsprofil. Diese werden sowohl außeruniversitär am Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib) als auch inneruniversitär am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) betrieben.

Am Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) wird am Standort Bremen mit rund 160 Mitarbeitenden in einer internationalen Zusammensetzung und in interdisziplinären Teams an der Entwicklung von mobilen Robotersystemen für unterschiedlichste Anwendungen gearbeitet. Diese reichen von der Unterwasser-, Weltraum- und Sicherheitsrobotik über Logistik und Elektromobilität bis hin zur Assistenz- und Rehabilitationsrobotik. Daneben wird am DFKI die Frage der Zuverlässigkeit, Genauigkeit und Sicherheit von intelligenten vernetzten Systemen ins Zentrum der Forschung gestellt und bei der Entwicklung von Systementwürfen von Grund auf berücksichtigt. Der Fokus am DFKI liegt besonders auf einem schnellen Transfer von Forschungsergebnissen in reale Anwendungen.

Ein wichtiger Meilenstein für den Standort ist die erfolgreiche Bewerbung um die International Joint Conference on Artificial Intelligence 2026 (IJCAI-ECAI), eine der renommiertesten Fachkonferenzen im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Die Austragung dieser Konferenz stärkt Bremens Position als exzellent vernetzten Standort im Bereich der ethisch fundierten und anwendungsorientierten KI-Forschung. Darüber hinaus wird die Bremer Expertise im Bereich KI-gestützter Robotik durch die Beteiligung des DFKI und der Universität Bremen als zwei wichtige Partner am Robotics Institute Germany, einer BMFTR-geförderten Initiative, weiter ausgebaut.

Ziel des Landes ist es, Bremens Führungsrolle in der KI-Forschung in seinen Alleinstellungsmerkmalen weiter zu stabilisieren und konkurrenzfähig zu halten. In den nächsten fünf Jahren wird es daher darum gehen, die technische Entwicklung in den Kernthemen der KI-basierten und kognitionsinspirierten Robotik weiterzuentwickeln.

Diese Entwicklungen tragen dazu bei, die Alleinstellungsmerkmale des Standorts zu sichern und gegenüber der internationalen Dynamik in diesem Forschungsfeld konkurrenzfähig zu bleiben.

Es ist wesentlich, gesellschaftliche, ethische und nachhaltige Aspekte im Blick zu behalten, um einen Beitrag zu einer Zukunft zu leisten, in der KI ein verantwortungsvoll entwickeltes, für alle zugängliches Instrument des gesellschaftlichen Fortschritts ist.

Sozialer Wandel in einer globalen Dynamik – Umbrüche verstehen

Das Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM) und das Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS) der Universität zielen mit ihrer Forschung auf ein tiefgreifendes Verständnis der Entwicklung von Gesellschaft und Wohlfahrtsstaat, im Spannungsfeld von Globalisierung und Liberalisierung einerseits und geopolitischer Konkurrenz und ökonomischer Abkoppelung andererseits, ab. Beide Einrichtungen sind Teil des Forschungs- und Transferschwerpunkt Sozialwissenschaften des Landes. Auch der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Expertise insbesondere im Bereich Russland und Ukraine kommt im Zusammenhang mit der Bewältigung gesellschaftlicher Umbrüche eine wichtige Rolle zu.

Der Forschungs- und Transferschwerpunkt Sozialwissenschaften des Landes zeichnet sich durch mehrere interdisziplinäre Verbundforschungsinitiativen aus. Der Sonderforschungsbereich „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik“ (SFB 1342), das gemeinsam mit der Universität Duisburg-Essen getragene Deutsche Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (DIFIS), das bundesweite Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), das gemeinsam mit der Constructor University getragene Graduiertenkolleg „Social Dynamics of the Self“ (SELF) sind Ausdruck der sozialwissenschaftlichen Spitzenforschung am Bremer Standort. Zudem ist das DSM im Rahmen des Leibniz-Forschungsverbundes "Wert der Vergangenheit" und dem Leibniz-Lab "Transformationen" mit Pilotprojekten zu sozialen Wandlungsprozessen und kulturellem Erbe am Forschungs- und Transferschwerpunkt beteiligt.

Auch in den nächsten Jahren wird sich der Forschungs- und Transferschwerpunkt Sozialwissenschaften mit der Entwicklung von Ungleichheit und Sozialpolitik sowie

den Dynamiken politischer Konflikte und Polarisierungen befassen. Dabei werden sie die globale Erweiterung ihrer Analyseperspektive beibehalten.

Um die teilweise disruptiven Umbrüche der Gesellschaft zu verstehen und geeignete Handlungsoptionen zu entwickeln, soll insbesondere die herausragende Bremer Sozialpolitikforschung erhalten und weiterentwickelt werden, da sie wertvolle Ansätze liefert, um den drängenden geopolitischen und sozialen Problemen unserer Zeit zu begegnen.

Präventionsforschung für eine gesunde Gesellschaft

In der gesundheits- und pflegebezogenen Forschung gehört Bremen zur Spitze in Deutschland und hat einen besonderen Schwerpunkt im Bereich Präventionsforschung und Public Health. Das Land Bremen verfügt über regional, national und international renommierte Forschungsinstitute, die zugleich zum Forschungs- und Transferschwerpunkt Gesundheitswissenschaften des Landes beitragen: das Leibniz Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS), das Kompetenzzentrum Klinische Studien (KKSB), das Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM; Abteilung Gesundheit, Alter und Alterssicherung), das Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP) der Universität, die Hochschule Bremerhaven mit ihrer medizintechnischen Forschung sowie das Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin (MEVIS) und das Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI).

Der FTS Gesundheitswissenschaften trägt insbesondere mit der Präventionsforschung zu einer verbesserten öffentlichen Gesundheitsversorgung bei. Anstatt lediglich Symptome zu behandeln, konzentriert sich die Prävention darauf, Risikofaktoren frühzeitig zu erkennen und durch gezielte Maßnahmen gesundheitliche Beeinträchtigungen zu verhindern. Mit der Initiative „Modellregion Bremen“ im Rahmen der Nationalen Dekade gegen Krebs werden neue Präventionsstrategien entwickelt und erprobt. Präventionsforschung trägt nicht nur dazu bei, die Lebensqualität der Menschen zu verbessern, sondern entlastet auch das Gesundheitssystem, indem die Zahl kostspieliger Behandlungen und Krankenhausaufenthalte reduziert wird. Darüber hinaus trägt Präventionsforschung dazu bei, gesundheitliche Ungleichheiten abzubauen. In einer alternden Gesellschaft gewinnt Prävention zudem immer mehr an Bedeutung, da sie helfen kann, die Selbstständigkeit und Lebensqualität bis ins hohe Alter zu erhalten.

Die Gesundheitswissenschaften im Land Bremen verfügen nicht nur über die fachliche Expertise, sondern auch über die erforderlichen Infrastrukturen

(Kohortenstudien, Forschungsdateninfrastrukturen, Biodatenbanken, Krankenkassendaten) und Technologien (Software, Rechenzentren, KI-Modelle). Darüber hinaus lebt der FTS eine fach- und organisationsübergreifende Kooperationskultur, die um Oldenburg erweitert werden soll. Das 2023 gegründete Transferzentrum des FTS Gesundheitswissenschaften wird diese Aktivitäten zukünftig stärker vorantreiben.

Ziel des Landes für die kommenden Jahre ist es, die vorhandenen Stärken in der Präventionsforschung innerhalb des FTS Gesundheitswissenschaften weiterzuentwickeln. Hierzu gehört auch die Kooperation über das Land Bremen hinaus.

Mit dem Aufbau des AI Center for Health Care (AICHC) seit 2021 wurde zudem ein Grundstein für die interdisziplinäre Vernetzung zwischen Gesundheitsforschung und KI-Forschung am Standort Bremen gelegt. Ziel der beteiligten Akteur:innen, darunter Universität, MEVIS, BIPS und DFKI, ist es, bis 2030 eine nachhaltige Struktur zu etablieren, um Voraussetzungen für zukünftige Innovationen im Gesundheitswesen zu schaffen und darüber hinaus die Antragsbefähigung Bremens – im Zusammenspiel der U Bremen Research Alliance (UBRA) und mit Oldenburg – für Verbundinitiativen in diesem Forschungsbereich zu verbessern.

5.4. Nachhaltigkeit und Klimaschutz in den Fokus nehmen

Die Wissenschaftseinrichtungen im Land Bremen stehen für nachhaltiges und klimagerechtes Handeln. Dem liegt ein breiter Nachhaltigkeitsbegriff zugrunde, bei dem soziale und ökologische Aspekte gleichberechtigt neben ökonomischen Aspekten stehen.

Allen voran mit Blick auf die Hochschulen ist Nachhaltigkeit nicht nur als Gegenstand in Lehre, Forschung und Transfer zu verstehen, sondern nimmt auch die Einrichtungen selbst in den Fokus sowie deren Transformation hin zu mehr Klimagerechtigkeit. Insbesondere Hochschulen stehen in der Verantwortung, nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch als Vorbilder in der Umsetzung nachhaltiger Praktiken zu agieren.

Das Engagement der Hochschulen für eine nachhaltige und klimagerechte Transformation reicht bereits jetzt über die Grenzen Bremens hinaus: Die Universität Bremen und die Universität Oldenburg arbeiten in zahlreichen Projekten wissenschaftlich eng zusammen, beispielsweise im Zentrum für Windenergieforschung ForWind. Diese positive Entwicklung gilt es in den nächsten Jahren zu verstärken.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Ein zentraler Aspekt hin zu mehr Nachhaltigkeit ist die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Curricula. Studierende sollen befähigt werden, die komplexen Zusammenhänge zwischen Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft zu verstehen und Lösungen für aktuelle Herausforderungen zu entwickeln. Interdisziplinäre Ansätze sind hierbei besonders wichtig, um verschiedene Perspektiven und Fachrichtungen zusammenzubringen.

Die durch den Wissenschaftsplan 2025 initiierte Arbeitsgruppe der staatlichen Hochschulen im Land Bremen und des Wissenschaftsressorts zur Umsetzung des Nationalen Aktionsplans „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ wird in den kommenden Jahren ihre Arbeit fortführen, die verschiedenen Aktivitäten im Feld der Nachhaltigkeit weiter bündeln und gemeinsame Aktivitäten initiieren und koordinieren. Hierzu gehört auch ein intensiver Austausch mit der Virtuellen Akademie Nachhaltigkeit (VAN). Neben zahlreichen Studiengängen mit Nachhaltigkeitsbezug bildet die seit 2011 bestehende und an der Universität Bremen angesiedelte VAN einen zentralen Ort für den Nachhaltigkeitsdiskurs. Die Akademie bietet für Studierende Online-Lehrveranstaltungen zum Thema Nachhaltigkeit an, die im General Studies oder Wahlpflichtbereich in den bereits vorhandenen Studiengängen anerkannt werden können. Die Virtuelle Akademie unterstützt damit die Hochschulen, das Ziel des UNESCO-Weltaktionsprogramms[43] sowie die

[43] Das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung wurde 2015 veröffentlicht. Das fünfjährige Programm (2015-2019) zielte darauf ab, langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems zu bewirken und Bildung für nachhaltige Entwicklung vom Projekt in Strukturen zu überführen.

Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 zu erreichen, indem sie Bildung für nachhaltige Entwicklung für Studierende aller Hochschulen zugänglich macht. Gleichwohl gibt es mittlerweile auch andere Hochschulstandorte in Deutschland, die vergleichbare Angebote vorhalten, so dass sich auch die Akademie für Nachhaltigkeit in einem Wettbewerb befindet.

Die Akademie soll zukunftsfähig aufgestellt werden. Hierfür müssen die Lehrveranstaltungsinhalte zum Thema Klimaschutz und Nachhaltigkeit kontinuierlich aktualisiert, zahlenmäßig ausgebaut und inhaltlich weiterentwickelt werden. Ziel ist es, alle Fachbereiche der Universität einzubeziehen und die punktuell bereits bestehenden Kooperationen mit den anderen landesbremischen Hochschulen auszubauen sowie auch landesübergreifende Kooperationen zu befördern.

Reallabore

Durch den wirtschaftlichen Strukturwandel hin zu forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen hat sich die Nachfrage nach akademisch qualifizierten Erwerbstätigen verstärkt und wird maßgeblich durch Unternehmen an die Hochschulen adressiert. Gleichzeitig agieren die Hochschulen selbst als impulsgebende Akteur:innen und Reallabore für die sozial-ökologische Transformation in der Stadtgesellschaft. Im Rahmen des vom BMFTR geförderten Verbundvorhabens „Bremen Goes Sustainable“ (BreGoS) erforschen und erproben die vier Hochschulen – in Kooperation mit dem Alfred-Wegener-Institut – wie Nachhaltigkeit an den Standorten der Hochschulen und in ihrem gesellschaftlichen Wirkungsfeld entwickelt und mit messbaren Maßnahmen umgesetzt werden kann. Der Campus wird dabei zum Reallabor. Forschung, Lehre und Lernen in den Handlungsfeldern Biodiversität, Klimaschutz, Mobilität und Ressourcenschonung finden im Campusbetrieb statt, beispielsweise um Gebäude energieeffizienter und Grünflächen biodiverser zu machen oder um neue Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Unter Federführung der Universität Bremen hat sich BreGoS 2025 für eine weitere Förderrunde beim BMFTR beworben und einen Zuschlag erhalten. Neben den Reallaboren im Kontext von BreGoS wie dem FahrradRepairCafé an der Hochschule Bremen und dem an der Universität verorteten Reallabor Biodiversität, ist auf weitere Reallabore zu verweisen. Hierzu zählt insbesondere das Projekt „Neschvill“, ein Reallabor im Bereich nachhaltiges Wohnen und Energieeffizienz, an dem neben der Universität Bremen auch die Hochschule Bremen und das Kreisjugendwerk beteiligt sind.

Entsprechend dem 2023 im Koalitionsvertrag der Bremer Landesregierung formulierten Ziel, innovative Forschungsergebnisse unter realen Bedingungen zu testen, ist 2024 ein weiteres Vorhaben in die Anwendungserprobung gegangen. Hierfür stehen Mittel aus dem Aktionsplan Klimaschutz des Senats zur Verfügung. Forschungsfeldern mit Klimarelevanz wird es damit ermöglicht, ihre Erkenntnisse und Konzepte, die im Labor entstanden sind, außerhalb des Labors unter realen Bedingungen, aber dennoch in einer Experimentierumgebung und noch nicht in der öffentlichen Anwendung, zu überprüfen, nachzujustieren und Erkenntnisse für die Weiterentwicklung zu erlangen. Außerdem soll der Ansatz Studierenden erlauben, ihre im Studium erworbenen Kenntnisse anzuwenden und an der Entwicklung einer Technologie bestenfalls bis zur Marktreife oder eines Konzeptes bis zur Einführung mitzuwirken. Ein wichtiger Aspekt der Reallabore ist darüber hinaus die Beteiligung von Akteur:innen außerhalb der Wissenschaft und damit die Verschränkung von Wissenschaft und Gesellschaft.

Es ist Ziel des Landes, die Einbindung von Studierenden in Nachhaltigkeitsinitiativen und -projekte weiter zu fördern. Die Hochschulen sollten daher auch jenseits der Reallabore zum Beispiel in Lehrveranstaltungen Plattformen schaffen, auf denen Studierende ihre Ideen und Projekte zur Förderung von Nachhaltigkeit und zur Bekämpfung des Klimawandels einbringen können.

Klimaforschung

Die Klimaforschung leistet einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Resilienz der Gesellschaft und zur Förderung von wirtschaftlichen Innovationen. Im Land Bremen liefern insbesondere die Meereswissenschaften grundlegende Erkenntnisse zum globalen Klimasystem und helfen die Mechanismen des Klimawandels besser zu verstehen. Damit präsentieren sie wissenschaftliche Grundlagen, auf der zukünftige Strategien zur Emissionsreduktion aufbauen.

Wissenschaftler:innen der bremischen Hochschulen und Institute untersuchen auch, wie die Menschheit mit den Folgen des Klimawandels umgehen und wie die Transformation gelingen kann, um den Klimawandel auf ein verträgliches Maß zu begrenzen. Damit einhergehend werden auch Fragen der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit bei Klimawandelfolgen betrachtet. Vor diesem Hintergrund sind entsprechende Forschungsschwerpunkte zu bündeln und mehr noch als bisher zu vernetzen. Dem Wissenschaftsstandort Bremen bietet sich damit die Chance, die bestehenden Stärken in der Klimaforschung in Richtung Klimafolgenanpassung

weiterzuentwickeln. Ziel ist es dabei, die Forschungsergebnisse auch auf regionaler Ebene zur Bekämpfung des Klimawandels zu nutzen.

Erkenntnisse aus der Wissenschaft müssen in den nächsten Jahren verstärkt in der Praxis genutzt werden, um einerseits den Klimawandel zu bremsen und andererseits Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Daher bedarf es einer stärkeren Verzahnung zwischen Wissenschaft und Praxis: Für eine praxisrelevante Wissenschaft ist es von zentraler Bedeutung, die Erfahrungen aus der praktischen Umsetzung von Klimaanpassungsmaßnahmen wissenschaftlich zu begleiten und auszuwerten.

Damit einhergehend bedarf es auch eines Zusammenspiels zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Das Land Bremen wird die Klimaforschung weiter unterstützen. Es bestärkt die Hochschulen darin, den Transfer von Forschungsergebnissen hin zu Lösungen für den Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel kontinuierlich fortzuschreiben.

Nachhaltige Infrastruktur

Neben der Erforschung des Klimawandels wird die Klimafolgenanpassung zu einer entscheidenden Aufgabe der kommenden Jahre. Für das Land Bremen bedeutet dies z. B. den Schutz der Küsten und Deiche, Aus- und Aufbau resilienter Infrastruktur, eine stärkere Durchgrünung des Stadtraums und nachhaltiges Wassermanagement. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen und der Magistrat der Stadt Bremerhaven haben bereits 2018 eine Anpassungsstrategie an die Folgen des Klimawandels für das Land und die Städte Bremen und Bremerhaven beschlossen, welche 2025 fortgeschrieben wurde. Diese Strategie gibt konkreten Handlungsrahmen für Politik und Verwaltung, wie das Land und die Stadtgemeinden robust gegenüber Klimafolgen entwickelt werden können und wie die Eigenvorsorge der Bevölkerung gestärkt werden kann.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass der Klimawandel zu mehr Extremwetterereignissen, wie Hochwasser, starke Regenfälle und Hitze, führt. Um diesen negativen Auswirkungen zu begegnen und die Resilienz der Campusinfrastruktur, und damit des Lehr- und Forschungsbetriebs zu erhöhen, müssen auch Maßnahmen zur Klimaanpassung, wie Begrünung von Dächern und Fassaden zur Verbesserung des Mikroklimas, Wassermanagement, Schaffung von Schattenplätzen etc. bei anstehenden Sanierungs- oder Neubauprojekte gleich mitberücksichtigt werden.

Die wissenschaftlichen Einrichtungen im Land Bremen müssen auch ihren eigenen Betrieb nachhaltig gestalten. Dazu gehören Maßnahmen wie die Reduzierung des Energieverbrauchs, die Förderung umweltfreundlicher Mobilität und die Implementierung von Recycling-Programmen. Entsprechende konkrete Maßnahmen werden daher insbesondere in den Zielvereinbarungen mit den Hochschulen Berücksichtigung finden.

Ein zentraler Hebel für mehr Nachhaltigkeit und Klimaschutz im Hochschul- und Forschungsbau ist die Thematik der Kreislaufwirtschaft. Hier zielt die mehrfache Nutzung von Baustoffen drauf ab, Materialien so lange wie möglich im Wirtschaftskreislauf zu halten, CO_2-Emissionen zu reduzieren, Ressourcen zu schonen und Abfälle zu minimieren. Das reicht von der direkten Wiederverwendung von Bauteilen oder Baustoffen bis zum Recycling abgebrochener Materialien. Dafür müssen bereits beim Bauen Voraussetzungen geschaffen werden, wie z. B. durch Vermeidung von Verbundmaterialien und durch modulare Bauweise. Die Thematik soll bei zukünftigen Bauvorhaben eine zentrale Rolle spielen.

Flächeneffizienz als Ziel

Der Fokus wird in den kommenden Jahren auf der baulichen und räumlichen Konsolidierung der Hochschulstandorte, d. h. der Nutzung vorhandener Flächen und deren Modernisierung, Sanierung liegen. Das Thema der Flächeneffizienz und die Umnutzung bestehender Flächen sind dabei vorrangig zu betrachten.

Um die Thematik der Flächeneffizienz weiter voranzubringen, werden seit 2021 an allen Hochschulen die Bedarfsermittlungen vom HIS-Institut für Hochschulentwicklung e.V. (HIS-HE) aktualisiert. Diese zeigen, dass die Entwicklungen in den vergangenen Jahren die qualitativen und quantitativen Flächenbedarfe der Hochschulen verändert haben.

Auch die veränderten Arbeitsbedingungen, die verstärkte Einführung von Mobiler Arbeit und Homeoffice führen dazu, dass sich die Anforderungen an die vorhandenen Büroflächen verändern.

Die an neue Arbeitsbedingungen angepassten Büroflächen erfordern zumeist Investitionen. Daher sollten hier Modellflächen entwickelt werden, auf denen die neuen flexiblen Raumtypen und Raumzuschnitte von den Mitarbeiter:innen getestet werden können. So können auch die Vorteile des besseren Austausches, der gerade beim wissenschaftlichen Arbeiten ein wesentliches Element von Kreativität ist, von den Mitarbeiter:innen selbst erfahren werden. Grundsätzlich sollten bei allen

baulichen Eingriffen flexible Bürostrukturen geschaffen werden, um auf die sich ändernden Anforderungen zukünftig leichter reagieren können.

Der gesamte Prozess muss auch organisatorisch von den Hochschulleitungen begleitet werden. Es muss eine Entwicklung weg von „Raum“ als „Statussymbol“ geben, die für alle Hierarchieebenen der Hochschulen gleichermaßen gilt. Die damit verbundenen Herausforderungen sind aber auch Chance für die Hochschulen, sich als attraktive Arbeitgeber zu etablieren und gerade der jungen nachfolgenden Generation an Mitarbeiter:innen und Wissenschaftler:innen sowie den Anforderungen an moderne Arbeitswelten gerecht zu werden.

Das Land erwartet, dass an allen Hochschulen eine Strategie zum Umgang mit den vorhandenen Flächen erarbeitet wird. Hier geht es zum einen um Anpassungen der Büroflächen an die neuen Möglichkeiten von Homeoffice und Mobiler Arbeit. Zum anderen müssen die sich ändernden Anforderungen an Flächen für die Lehre und Studentisches Arbeiten berücksichtigt werden. Ziel soll es sein, die Auslastung der Flächen zu erhöhen und an die veränderten Bedarfe anzupassen.

Seit der Corona-Pandemie haben sich Lehre und Lernen an den Hochschulen verändert. Auch wenn es weitgehend zu einer Rückkehr des Präsenzbetriebs an den Hochschulen gekommen ist, haben sich digitale und hybride Lernformate und neue pädagogische Ansätze etabliert. Diese führen zu neuen baulichen Anforderungen der Hochschulgebäude, die vor allem die Flexibilität der Räume als auch deren technische Ausstattung betreffen. Zudem werden von den Studierenden verstärkt Lernflächen für selbstständiges Lernen und Arbeiten in kleinen Gruppen sowie Gemeinschaftsflächen für den Austausch untereinander nachgefragt.

5.5. Wissens- und Technologietransfer vorantreiben

Das Land Bremen versteht Wissens- und Technologietransfer als einen lebendigen Dialog zwischen Wissenschaft, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Politik. Der Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse ist längst keine Einbahnstraße mehr, die ausschließlich von der Forschung in die Praxis führt. Vielmehr entsteht Wissen in einem wechselseitigen Austausch, bei dem Wissenschaftler:innen von Anfang an mit Bürger:innen, Unternehmen und anderen Expert:innen zusammenarbeiten. Gemeinsam entwickeln sie neue Perspektiven, innovative Ideen und zukunftsweisende Lösungen. Die Wissenschaft stellt ihr Wissen der Gesellschaft nicht nur zur Verfügung, sondern profitiert auch von Impulsen aus der Praxis. Dieser offene Austausch stärkt die Innovationskraft in technischen und sozialen Bereichen, fördert gesellschaftliche Entwicklungen und trägt dazu bei, wissenschaftliche Erkenntnisse verständlich und zugänglich zu machen.

Ein wichtiges Ziel der Wissenschaftspolitik im Land Bremen ist es, den Wissens- und Technologietransfer aktiv zu gestalten und gezielt zu fördern. Besonders in Bereichen mit hoher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Relevanz wie z.B. der Energiewissenschaft trägt die enge Zusammenarbeit zwischen Forschung, Unternehmen und öffentlichen Akteur:innen dazu bei, Innovationen voranzutreiben und praxisnahe Lösungen zu entwickeln.

Energiewissenschaft als Treiber der Energiewende

Die Herausforderungen unserer Zeit sind groß: Die Folgen des Klimawandels sind schon lange spürbar und verstärken sich drastisch, demgegenüber schreiten die Energiewende und die Transformation der Industrie aber nur langsam voran. Die Zukunft der Energiewende und die Transformation der Industrie sind ohne die Forschung aus den Energiewissenschaften undenkbar. Sie liefert wichtige Impulse, neue Methoden, innovative Technologien, prüft und sichert die Qualität von neuen Bauteilen und ermöglicht die Optimierung und Effizienzsteigerung von industriellen Anlagen. Außerdem begleitet sie die Umsetzung der Energiewende und erforscht die erforderlichen Rahmenbedingungen, damit die Energiewende ein wirtschaftlicher Erfolg wird und gleichzeitig gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung findet. Eine zentrale Rolle kommt hierbei dem Bremer Forschungszentrum für Energiesysteme (BEST) zu. BEST vereint universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen der Energieforschung. Insbesondere fördert BEST eine starke interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen technisch/mathematischen, wirtschaftlichen, soziologischen und rechtlichen Disziplinen.

Die bremische Wissenschaftslandschaft deckt mittlerweile ein breites Spektrum an Forschungsfeldern ab, zu denen neben Windenergie auch Wasserstoff, Mobilität, Wärme und Energiesysteme/Intelligente Netze gehören. Eine gezielte Förderung von Forschungsinfrastrukturen insbesondere in der Windenergie hat dafür gesorgt, dass ein attraktives Umfeld entstanden ist, das nicht nur für Energieforscher:innen interessant ist, sondern auch Kooperationspartner aus der Industrie anzieht.

Zur Forschungsinfrastruktur gehören die Großprüfstände für Windenergie und Wasserstoff des IWES, aber auch Energieforschungslabore, die sich mehr auf das Energiesystem und die Netzstabilität fokussieren wie z. B. an der Universität Bremen das EFRE-geförderte interdisziplinäre Energieforschungslabor. Dabei spielt die Digitalisierung der technischen Systeme und die Nutzung von selbstlernenden Systemen und KI bei zunehmender Komplexität eine wichtige und immer bedeutendere Rolle. Die Bremer Energieforschung zielt auf eine nachhaltige und ganzheitliche Energiewende ab.

Das BMFTR-geförderte Vorhaben „Hydrogen for Bremen’s industrial Transformation“ (hyBit) demonstriert als interdisziplinärer Leuchtturm, wie der Aufbau zu einer deutschen Wasserstoffwirtschaft gelingen kann. Im Fokus steht dabei die Gestaltung einer ‚grünen‘, wasserstoffbasierten nachhaltigen Industrie im Bremer Industriehafen, die eine neue Verbindung der Sektoren Wärme, Strom und Mobilität ermöglicht. Mit Wasserstoff als neuem und vielseitigem Energieträger ergeben sich viele neue Möglichkeiten und Herausforderungen wie die Erforschung der Widerstandsfähigkeit und Sicherheit des Systems. hyBit betrachtet den Transformationsprozess unter technischen, wirtschaftlichen, ökologischen, rechtlichen und gesellschaftlichen Aspekten unter Einbindung der jeweiligen Akteur:innen.

Auch im Center for ecoefficient Materials & Technologies (ECOMAT) sind Wasserstofftechnologien ein wichtiger Schwerpunkt. Forschungseinrichtungen und Unternehmen arbeiten hier insbesondere im Hinblick auf Materialentwicklung und Luft- und Raumfahrtthemen eng zusammen.

In den Energiewissenschaften ist die länderübergreifende Kooperation besonders stark ausgeprägt. Seit vielen Jahren arbeiten die Energieforschungsverbünde der norddeutschen Bundesländer in fünf Themenfeldern zusammen und führen regelmäßig gemeinsame Fach- und Statustagungen durch, um sich noch intensiver zu vernetzen. Zudem bestehen viele fachspezifische Kooperationen wie die

Fraunhofer-internen Allianzen und Verbünde zu Energie und Klimaschutzthemen. Aber auch die internationale Kooperation ist stark ausgeprägt. Besonders das IWES ist auf europäischer Ebene vernetzt, z. B. durch die European Energy Research Alliance (EERA) und die European Technology and Innovation Platform on Wind Energy (ETIPWind).

Gemeinsam mit den norddeutschen Bundesländern verfolgt Bremen das Ziel, durch interdisziplinäre Forschung zu erneuerbaren Energien, Energiespeichern und resilienten Systemen innovative Lösungen für die Energiewende zu finden. Gleichzeitig werden die Hochschulen aufgefordert, weiterhin attraktive Studienangebote vorzuhalten, die zukünftige Fachkräfte auf die technischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Dimensionen der Energiewende vorbereiten.

Transformation der regionalen Wirtschaft: Digitalisierung und Nachhaltigkeit in (maritimer) Logistik und Produktion

Die Transformation der regionalen Wirtschaft – insbesondere im Kontext von Digitalisierung und Nachhaltigkeit – stellt eine zentrale Herausforderung für die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des Standorts dar. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) stehen vor großen Aufgaben, wenn es darum geht, Produktions- und Logistikprozesse an neue technologische und ökologische Anforderungen anzupassen.

Der Forschungs- und Transferschwerpunkt Logistik des Landes leistet mit seiner anwendungs- und transferorientierten Ausrichtung einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung dieser notwendigen Transformation der regionalen Wirtschaft. Dabei spielen insbesondere das Bremer Institut für Produktion und Logistik (BIBA) und das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) eine zentrale Rolle.

Der geplante Aufbau einer digitalisierten und nachhaltigen Modellfabrik am BIBA wird zudem wichtige Impulse für die klimafreundliche Transformation von Produktions- und Logistikprozessen in KMU setzen. Die Modellfabrik ist Teil des bereits genannten Interdisziplinären Energieforschungslabors und wird durch das EFRE-Programm des Landes Bremen mit knapp 2,2 Millionen Euro gefördert. Als praxisnahe Forschungs- und Transferplattform soll sie den Einsatz nachhaltiger Energiesysteme und digitaler Technologien in Produktion und Logistik erforschen, erproben und anwenden – und so die Energiewende in den Unternehmen am Standort vorantreiben.

Die Bremer Logistikforschung legt außerdem – bedingt durch die besondere Stärke der Hafen- und Logistikwirtschaft am Standort – einen besonderen Schwerpunkt auf die Digitalisierung und Automatisierung von Hafenprozessen. Die Bremischen Häfen

sind der zweitgrößte Universalhafen Deutschlands und gemessen am Containerumschlag der siebtgrößte in Europa.

Ziel des Landes ist es, die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Hafenwirtschaft in den kommenden Jahren weiter zu intensivieren, um so die Innovationsfähigkeit der maritimen Logistik zu befördern und im steigenden Wettbewerbsdruck bestehen zu können. Effiziente, intelligente und vernetzte Systeme sind essenziell, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Häfen zu sichern.

Zur weiteren Intensivierung und Profilierung der gemeinsamen Aktivitäten von wissenschaftlichen Einrichtungen und Hafenwirtschaft stellt das Land Bremen ab 2025 zusätzliche 2,7 Millionen Euro aus EFRE-Mitteln für den Aufbau eines Smart Port Living Labs zur Verfügung. In enger Kooperation zwischen den Unternehmen am Standort und den beteiligten Forschungseinrichtungen sollen Produkt- und Prozessinnovationen für die Hafenwirtschaft untersucht, analysiert und erprobt werden. Das „Smartport Living Lab“ soll eine dauerhafte Transferbrücke zwischen aktueller Forschung und deren praktischer Umsetzung in den Bremischen Häfen etablieren.

Forschung und Lehre für einen starken Luft- und Raumfahrtstandort

Die Position Bremens als herausragenden Standort in der europäischen Luft- und Raumfahrt sichern nicht nur zahlreiche Industrieunternehmen, sondern auch die Hochschulen und international renommierte Forschungsinstitute. Die bremische Luft- und Raumfahrtforschung trägt entscheidend zur technologischen Weiterentwicklung einer der wichtigsten Hightech-Branchen Europas bei. Den Forschungseinrichtungen des Landes steht hierfür eine bemerkenswerte Forschungsinfrastruktur wie der Fallturm und die Einrichtungen des DLR zur Verfügung. Im Bereich der Raumfahrt spielen Bremer Wissenschaftler:innen eine führende Rolle in der Entwicklung von Satelliten, Trägersystemen und Technologien für planetare Explorationen. Neben anwendungsnahen Entwicklungen für die Raumfahrt fokussieren sich die Forschungsaktivitäten auch auf den nachhaltigen Umbau der Luftfahrtindustrie.

Weitere zentrale Themen sind die Reduzierung und das Monitoring von Emissionen, der Einsatz alternativer Antriebstechnologien, Innovationen im Leichtbau sowie die Digitalisierung von Produktions- und Wartungsprozessen. Die enge Zusammenarbeit zwischen Forschungseinrichtungen, Unternehmen und Institutionen ermöglicht es, neue Technologien schneller zur Marktreife zu bringen und Bremen als Innovationsstandort in der Luft- und Raumfahrt weiter zu stärken.

Immer wichtiger werden die Dienste von Satelliten, sei es für die Erdbeobachtung z. B. das Monitoring von Treibhausgasen und die Beobachtung von Meereis oder für

die Kommunikation von Daten wie z. B. die der zukünftigen Mobilfunkgeneration 6G. Wichtige und wegweisende Vorhaben in diesen Bereichen werden von den Forschungseinrichtungen im Land, oft in Kooperation mit der Industrie, aber auch mit anderen bzw. für andere Forschungseinrichtungen oder für Behörden durchgeführt. Dabei sind diese Dienste nicht selten Dienstleistungen für andere Sektoren, z. B. für die Mobilität bzw. Navigation von Wasser- und Landfahrzeugen, aber auch für den Notfall und Katastrophenschutz. Die Verbesserung dieser Dienste und Dienstleitungen ist eine zentrale Aufgabenstellung – auch und insbesondere für die Zukunft.

Die Einrichtungen des FTS Luft- und Raumfahrt sind zentrale Akteure in der Luft- und Raumfahrtstrategie des Landes. Sie sind auch im Innovationszentrum ECOMAT vertreten und strategische Partner im Branchenverband Aviaspace. Die ESA mit dem ESA Business Incubation Centre (ESA_BIC) ist ebenfalls ein wichtiger Partner des FTS.

Um dem technologischen Fortschritt adäquat begegnen zu können, sind grundständige Studienangebote wie der Bachelorstudiengang Luft- und Raumfahrt an der Hochschule Bremen oder der Master Space Engineering an der Universität von enormer Bedeutung, indem sie die Fachkräfte von morgen ausbilden. Auch Weiterbildungsangebote wie das Programm LIFE der Universität leisten dahingehend einen wichtigen Beitrag.

Ziel des Landes ist es, seine herausgehobene Rolle in der Luft- und Raumfahrt zu erhalten. Die vorhandene Wissenschaftsinfrastruktur leistet hierfür einen wichtigen Beitrag durch Forschung, aber auch durch die Fachkräfteausbildung.

Übergreifende Transfervorhaben

Das Land Bremen setzt darauf, bestehende Lücken entlang der Innovationskette – von der Grundlagenforschung bis zur marktfähigen Anwendung – systematisch zu identifizieren und zu schließen. Eine enge Vernetzung aller Akteure schafft Synergien, die den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis ebenso beschleunigen wie die Rückkopplung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedarfe in die Forschung ermöglichen. So entsteht ein dynamischer Innovationsprozess, der Wissenschaft und Praxis nachhaltig miteinander verbindet.

Ziel des Landes ist eine gezielte Stärkung von Transferprozessen. Daher setzt Bremen auf eine Vielzahl strategischer Transfervorhaben. Diese fördern die Vernetzung zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und schaffen effektive Strukturen, um Forschungsergebnisse schneller in die Anwendung zu bringen.

Die Universität Bremen hat als einzige Hochschule in Deutschland den Zuschlag für die Ansiedlung des innovate! Zentrums MaTeNa (Materialien – Technologien – Nachhaltigkeit) erhalten. Die Joachim Herz Stiftung fördert die Initiative mit bis zu 30 Millionen Euro. Ab 2025 starten drei initiale Pilotprojekte, die nachhaltige Lösungen für aktuelle technologische Herausforderungen entwickeln und in die Anwendung bringen. Mit dem Fokus auf Innovation und Anwendung schlägt MaTeNa eine Brücke zwischen Spitzenforschung und Transferinfrastruktur und trägt zur nachhaltigen Technologieentwicklung bei. Das Konzept integriert sich somit hervorragend in die strategischen Ziele der Universität Bremen, die Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung fokussieren.

Im Rahmen der BMFTR-Förderlinie T!Raum – TransferRäume für die Zukunft von Regionen koordiniert die Universität Bremen seit 2023 das mit bis zu 16 Millionen Euro geförderte Projekt Modellregion Industriemathematik (#MOIN!). Ziel ist es, den Transfer von Industriemathematik in die regionale Wirtschaft zu stärken. Gemeinsam mit Unternehmen aus den Branchen Automotive, Agrarwirtschaft, erneuerbare Energien, Gesundheitswirtschaft, Logistik, maritime Wirtschaft sowie Luft- und Raumfahrt werden innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen entwickelt. Mit diesen und weiteren Vorhaben trägt #MOIN! maßgeblich zur Stärkung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit bei.

Ebenfalls im Rahmen von T!Raum wird seit 2023 das mit bis zu 16 Millionen Euro geförderte Projekt TCALL – Transfercluster akademischer Lehrpflegeeinrichtungen in der Langzeitpflege umgesetzt. In diesem bundesweit einzigartigen Vorhaben werden – unter maßgeblicher Beteiligung der Universität Bremen (Projektleitung) und der Hochschule Bremen – Pflegeeinrichtungen zu „akademischen Lehrpflegeeinrichtungen“ ausgebaut. Diese Einrichtungen übernehmen eine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft, Ausbildung und Versorgungspraxis und ermöglichen einen beidseitigen Transfer. Ziel ist die Erprobung, Evaluierung und Implementierung neuer technologischer und organisatorischer Innovationen in der Pflegepraxis.

Ab 2025 profitieren mit Urban Health (I-CUH) und der Smartport Transfer Community (SPorT) zwei von bundesweit nur 20 ausgewählten DATIpilot Innovationscommunities von einer BMFTR-Förderung in Höhe von bis zu 5Millionen Euro über vier Jahre. Während I-CUH sich der Erforschung und Erprobung von

Strategien zur sozial-ökologischen Transformation altindustrieller Stadtregionen mit besonderem Fokus auf Bremen und Bremerhaven widmet, fokussiert SPorT die Entwicklung und Umsetzung von Produkt- und Prozessinnovationen für den Hafen der Zukunft.

Im Rahmen der ebenfalls durch das BMFTR geförderten DATIpilot Innovationssprints werden sieben bremische Projekte unterstützt, die schnell umsetzbare technologische Lösungen entwickeln. Die Themen reichen von digitaler Medizin bis hin zu effizientem Gewässerschutz.

Wesentliche Impulse für den Wissens- und Technologietransfer in Bremerhaven setzt zudem der Verein zum Technologietransfer an der Hochschule Bremerhaven e.V.; kurz: ttz Bremerhaven. Als unabhängiges Forschungsinstitut verbindet das ttz angewandte Forschung mit praxisnaher Entwicklung, insbesondere in den Bereichen Lebensmitteltechnologie, nachhaltige Ressourcennutzung und Umwelttechnik. Mit seiner starken internationalen Ausrichtung und Kooperationen stärkt das Institut Bremerhaven als Standort für innovative Forschung und Entwicklung.

Die genannten Transferprojekte stehen stellvertretend für eine Vielzahl weiterer Projekte und Initiativen. Sie verdeutlichen die strategische Stärke des Wissenschafts- und Innovationsstandorts Bremen, die es auch in Zukunft zu erhalten gilt. Ohne Wissenschaft wird die Bewältigung zentraler gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen nicht möglich sein.

Wissenschaftsbasierte Ausgründungen und Start-ups als Schlüssel für regionalen Wissens- und Technologietransfer

Ausgründungen und Start-ups aus der Wissenschaft sind ein besonders wichtiger Treiber für den Wissens- und Technologietransfer. Sie überführen neues Wissen in wirtschaftliche Wertschöpfung, entwickeln innovative Geschäftsmodelle und tragen entscheidend zur wirtschaftlichen Dynamik der Region bei. Das Land Bremen zeichnet sich durch ein reges Gründungsgeschehen aus und nimmt mit 21 innovationsnahen Gründungen je 10.000 Bestandsunternehmen den ersten Platz unter den Bundesländern ein.[44]

Ein zentraler Erfolgsfaktor für Innovation ist die enge Zusammenarbeit zwischen Start-ups, Wissenschaft und etablierten Unternehmen. Während Start-ups mit Agilität und neuen Technologien frische Impulse setzen, bringen etablierte Unternehmen wertvolles Branchenwissen, Marktzugang und Skalierungsmöglichkeiten ein. Damit Start-ups ihr Potenzial voll entfalten können, benötigen sie in jeder Phase der „Start-up Journey“ – von der ersten Idee über den Markteintritt bis zur Skalierung – gezielte Unterstützung und Begleitung.

[44] Institut der Deutschen Wirtschaft (Hrsg.): Innovationsatlas 2023: „Die Innovationskraft der deutschen Regionen“. IW-Analysen 153, S. 24.

Das Land Bremen verfügt bereits über ein starkes Ökosystem zur Unterstützung von Gründungen und Start-ups. Für wissenschaftsbasierte Start-ups ist insbesondere das hochschulübergreifende Gründungsnetzwerk BRIDGE von zentraler Bedeutung. Es unterstützt Studierende, Forschende und Absolvent:innen auf dem Weg zur Unternehmensgründung und setzt zugleich die EXIST-Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) – darunter das EXIST-Gründerstipendium und EXIST-Forschungstransfer – im Land Bremen um. Auch das Starthaus Bremen & Bremerhaven begleitet Gründende mit Finanzierung, Beratung und Netzwerken. Ein zentraler Erfolgsfaktor für wissenschaftsbasierte Gründungen ist zudem der Schutz und die wirtschaftliche Verwertung von Forschungsergebnissen als Intellectual Property (IP). Ein wichtiger Partner in diesem Bereich ist die InnoWi GmbH, das gemeinsame Patent- und Markenzentrum der Bremischen Hochschulen. Sie bietet umfassende Dienstleistungen in Patentanmeldung, Lizenzmanagement, Schutzrechtsstrategien und Innovationsförderung und unterstützt unter anderem Gründende dabei, ihre Technologien zu sichern und wirtschaftlich nutzbar zu machen. Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche weitere Akteur:innen in Bremen für die Gründungsförderung und tragen mit spezifischen Programmen, Netzwerken und Unterstützungsangeboten zur Stärkung der Gründungskultur bei.

Eine zentrale Perspektive zur weiteren Stärkung des Gründungsökosystems im Land Bremen ist der Aufbau der hoi startup factory. Unter Federführung der Universität Bremen und der Universität Oldenburg wurde gemeinsam mit sieben weiteren Hochschulen sowie mit starker Unterstützung aus der regionalen Wirtschaft – darunter die Handelskammer Bremen und die Oldenburgische Industrie- und Handelskammer – eine zentrale Anlaufstelle für Start-ups im Nordwesten etabliert. Das Konsortium hat die Konzeptphase im Rahmen des Leuchtturm-Wettbewerbs EXIST-Startup Factories des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWE) genutzt, um sich zu konstituieren und ein tragfähiges, regional verankertes Konzept für ein wissenschaftsbasiertes Start-up-Ökosystem zu entwickeln. Dabei ist es der hoi startup factory gelungen, eine große Zahl insbesondere mittelständischer Unternehmen für eine aktive Unterstützung zu gewinnen.

Das Land verfolgt das Ziel, den Gründungsstandort gezielt weiterzuentwickeln und die Zahl der Ausgründungen und Start-ups aus der Wissenschaft zu erhöhen. Initiativen wie die hoi startup factory sind wichtige Bausteine für und ein starkes, vernetztes Start-up-Ökosystem im Nordwesten.

5.6. Digitalisierung und technische Transformation umsetzen

Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI), die vor der Corona-Pandemie noch als Zukunftsthema diskutiert wurden, sind heute alltäglich und treiben den Wandel in Forschung, Lehre und Verwaltung ebenso wie gesamtgesellschaftlich maßgeblich voran. Auch die Geschwindigkeit, in der Innovationen durch digitale Technologien und Prozesse hervorgebracht werden, nimmt immer weiter zu. Während neue Technologien früher über Jahrzehnte entwickelt wurden, erleben wir heute Innovationszyklen von nur wenigen Jahren oder sogar Monaten. Schon jetzt ist absehbar, dass zum Ende der Geltungsdauer dieses Wissenschaftsplans neue Verfahren und Technologien – einschließlich zunehmend physisch verankerter digitaler Systeme wie Robotik oder Augmented Reality – im Mittelpunkt der wissenschaftlichen wie auch gesellschaftlichen Auseinandersetzung stehen werden.

Die Digitalisierung beeinflusst die Hochschulen auf drei Ebenen: Sie ist Gegenstand von Lehre und Forschung, indem technologische, gesellschaftliche und ethische Aspekte untersucht werden. Gleichzeitig verändert sie grundlegend die Arbeitsweisen in Lehre, Forschung und Verwaltung. Darüber hinaus gestalten Hochschulen die digitale Transformation aktiv mit – durch ihre Beiträge zu Innovationsprozessen und die Ausbildung von Fachkräften, die die Digitalisierung vorantreiben.

Zugleich ist ein zielgruppengerechter Transfer, sowohl aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in die regionale Wirtschaft hinein als auch durch Impulse aus der Praxis für Forschung und Lehre, ein wesentlicher Aspekt.

Die digitale Transformation und der Einsatz Künstlicher Intelligenz stellen neue Anforderungen an die Gestaltung von Curricula. Hochschulen sind gefordert, digitale und KI-bezogene Kompetenzen fächerübergreifend in die Studiengänge zu integrieren. Dies umfasst sowohl technisches Grundlagenwissen als auch die Reflexion gesellschaftlicher, ethischer und rechtlicher Aspekte. Ein besonderer Schwerpunkt sollte auf dem Umgang mit großen Datenmengen sowie auf Methoden der Datenwissenschaften (Data Science) liegen, da diese in vielen Disziplinen an Bedeutung gewinnen. Ziel ist es, Studierende auf eine zunehmend digitalisierte Arbeitswelt vorzubereiten und ihnen zukunftsrelevante Fähigkeiten wie Datenanalyse, Programmierung und kritisches Denken im Umgang mit KI zu vermitteln. Neben der Integration in bestehende Studiengänge sollten auch neue, interdisziplinäre Programme entwickelt werden, die den digitalen Wandel gezielt adressieren.

Das Land erwartet, dass die Hochschulen die Digitalisierung der Lehre weiterhin strategisch vorantreiben und digitale Technologien als integralen Bestandteil ihrer didaktischen Konzepte etablieren. Dies umfasst die kontinuierliche Entwicklung innovativer Lehrformate, die Förderung digitaler Schlüsselkompetenzen bei Lehrenden und Studierenden sowie die nachhaltige Integration von KI-gestützten Werkzeugen. Ziel ist es, die Qualität und Zugänglichkeit der Lehre durch digitale Technologien und KI-gestützte Werkzeuge zu verbessern und gleichzeitig die Präsenzlehre zukunftsfähig zu machen.

Die Forschung über Digitalisierung umfasst neben der Erforschung und Weiterentwicklung der technologischen Möglichkeiten (vgl. Kapitel 5.6.) auch die breite Reflexion gesellschaftlicher, ethischer, ökologischer und nachhaltigkeitsbezogener Fragestellungen, die interdisziplinäre Ansätze erfordern. Zugleich prägt die Digitalisierung die Forschungsprozesse durch das exponentielle Wachstum von Datenmengen und die stetig steigende Rechenkapazität. Diese Entwicklungen ermöglichen es, komplexe Fragestellungen zu analysieren, große Datenbestände effizient zu verarbeiten und neue Forschungsfelder zu erschließen. Der Zugang zu digitalen Diensten, Infrastrukturen und Daten bildet daher das Rückgrat moderner Forschung. Begünstigt durch die rasant anwachsenden Datenmengen und neuen Dimensionen der Rechenleistung übertreffen KI-basierte Lernverfahren bisherige traditionelle Verfahren auf breiter Front.

Vor diesem Hintergrund ist KI auch eines der Leitprojekte der U Bremen Research Alliance. Das zum Leitprojekt gehörende „Peer-to-Peer-Netzwerk Künstliche Intelligenz“ bietet Mitgliedern der U Bremen Research Alliance die Möglichkeit zu Austausch und Vernetzung mit erfahrenen Wissenschaftler:innen in der KI-Forschung. Es ermöglicht so unter anderem die Diskussion von kooperativen Forschungsvorhaben im Bereich der Künstlichen Intelligenz.

Mit seinen zahlreichen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und der Beteiligung an mehreren Konsortien der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) bietet Bremen ein einzigartiges Umfeld für die Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte der Datenkompetenz. Die enge Vernetzung zwischen Hochschulen, Forschungsinstituten und digitalen Forschungsinfrastrukturen wie der Data Publisher for Earth & Environmental Science PANGAEA macht die Region zu einem Labor für datengetriebene Wissenschaft und Innovation. Auch Initiativen zur Rettung gefährdeter Datenbestände in den USA unterstreichen Bremens Engagement für den nachhaltigen Umgang mit Forschungsdaten und souveräne Dateninfrastrukturen in Europa.

Die steigenden Anforderungen an Datenmanagement, Datenschutz und Interoperabilität stellen die Hochschulen und Forschungseinrichtungen vor große Herausforderungen – insbesondere in Bezug auf die Skalierbarkeit von IT-Infrastrukturen, die Einhaltung regulatorischer Vorgaben sowie die sichere und nachhaltige Nutzung wachsender Datenmengen. Auch die Abhängigkeit von nicht frei zur Verfügung stehenden Systemen und globalen Technologiekonzernen erschwert den Weg zu offener, interoperabler und souveräner Forschung.

Das Land wird die Interessen der wissenschaftlichen Einrichtungen auf Bundes- und Länderebene vertreten und sich für eine nachhaltige Finanzierung digitaler Infrastrukturen und Projekte einsetzen. Die Einrichtungen sind gefordert, ihre Strukturen so auszurichten, dass sie den Anforderungen an nationale und internationale Anschlussfähigkeit entsprechen. Dazu gehört auch die stärkere Bündelung vorhandener Kapazitäten und der koordinierte Ausbau gemeinschaftlich nutzbarer Infrastrukturen – etwa im Rahmen des entstehenden Tier 3-Managements der Universität Bremen. Fragen der digitalen Souveränität und Sicherheit sind nicht nur technische und organisatorische Herausforderungen, sondern zunehmend sicherheitsrelevante Zukunftsaufgaben. Angesichts geopolitischer Spannungen und hybrider Bedrohungen ist es essenziell, dass Hochschulen und Forschungseinrichtungen IT-Sicherheit, Resilienz und vertrauenswürdige digitale Infrastrukturen konsequent in ihre Strategie- und Planungsprozesse integrieren. IT-Security ist für Hochschulen essenziell, um sensible Daten zu schützen und die Resilienz gegen Cyberangriffe zu stärken. In Bremen haben alle Hochschulen mit Unterstützung des Landes Informationssicherheitsbeauftragte etabliert, die die Einhaltung von Standards überwachen. Der Fokus liegt auf der Vorbereitung regelmäßiger Audits, strategisch sollen die Standards weiterentwickelt und die Zusammenarbeit im Bereich Informationssicherheit intensiviert werden. Ziel ist es, an allen Hochschulen technische Vorkehrungen, Notfallpläne sowie Schulungs- und Sensibilisierungsangebote nachhaltig zu verankern.

Zugleich kann die Wissenschaft selbst mit ihrer Kompetenz und Kreativität den digitalen Fortschritt vorantreiben und mit Innovationen helfen, den digitalen Transformationsprozess erfolgreich zu bewältigen. Dafür liegen an den bremischen Hochschulen wertvolle Grundlagen vor. Die bremischen Hochschulen, allen voran die Universität Bremen, engagieren sich aktiv für die Umsetzung von Open Science-Praktiken. Open Science-Praktiken beinhalten dabei auch die kritische Auseinandersetzung mit Sicherheitsinteressen und geistigen Eigentumsrechten (IPR). Eine aktive Open-Science-Strategie befähigt Wissenschaftler:innen dazu, informierte Entscheidungen über den Zugang zu Forschungsdaten zu treffen und zwischen Offenheit und Schutzbedarfen abzuwägen. Ein zentrales Element ist die Open-Access-Policy der Universität Bremen, die im November 2022 aktualisiert wurde. Sie fördert den freien und gleichberechtigten Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen und unterstreicht das Engagement der Universität für transparente und zugängliche Forschung. Mit der Etablierung des Data Science Centers an der Universität Bremen, der BMFTR-Förderung für das Projekt „Forschungsdatenmanagement@HSB“ an der Hochschule Bremen und der BMFTR-

Förderung des Kompetenzzentrums Data Nord bis 2026 wird umfassende Unterstützung im Umgang mit Forschungsdaten und bei der Entwicklung und Durchführung datenintensiver Projekte ermöglicht.

Bremen ist darüber hinaus an sieben Konsortien der Nationalen Forschungsdateninfrastruktur (NFDI) beteiligt, bei zweien davon in Sprecherrolle. Die Bereiche erstrecken sich von den Gesundheitswissenschaften über die Sozial- und Geisteswissenschaften bis hin zur Energiesystemforschung. Diese erfolgreiche Beteiligung unterstreicht die herausragende Kompetenz der bremischen Hochschulen im Umgang mit Forschungsdaten und ihre nationale Sichtbarkeit. Strategisches Ziel bleibt die Sicherung der Anschlussfinanzierung für Data Nord sowie die Weiterentwicklung und nachhaltige Verankerung der NFDI-Beteiligungen.

Im Bereich Digitalisierung der Verwaltung verstärken die Bremer Hochschulen ihre Zusammenarbeit im IT-Bereich durch das Projekt „HIT Bremen – Hochschul-IT für Bremen“. Ziel ist es, IT-Ressourcen zu bündeln und ein gemeinsames Serviceangebot für Studium, Lehre, Forschung und Verwaltung aufzubauen. Im ersten Schritt wird das Lizenzmanagement bearbeitet. Das Projekt umfasst zudem die Identifikation weiterer Kooperationsfelder und die sukzessive Umsetzung gemeinsamer IT-Dienste. Parallel dazu wird mit der Einführung der digitalen Studierenden- und Prüfungsakte (eStA) an der Universität Bremen ein weiterer wichtiger Schritt unternommen, um Verwaltungsprozesse effizienter und medienbruchfrei zu gestalten. Das Projekt ermöglicht die digitale Langzeitarchivierung und schafft die Grundlage für eine durchgängig digitale Verwaltung von Bewerbungs-, Studierenden- und Prüfungsunterlagen. Diese Maßnahmen tragen zur Modernisierung der Verwaltungsabläufe und zur Verbesserung der Servicequalität bei.

Langfristig sollen durch den Ausbau digitaler Verwaltungsdienste medienbruchfreie Prozesse und eine hochschulübergreifende IT-Kooperation weiter gestärkt werden. Hierzu zählt die Förderung ressourcenschonender IT-Lösungen wie energieeffiziente Rechenzentren, die Nutzung erneuerbarer Energien oder die Verlängerung der Hardware-Nutzungsdauer, durch die Integration von ‚Green IT‘-Ansätzen wie CO_2-optimierte Softwareentwicklung oder durch die Sensibilisierung für ökologische Fragestellungen, etwa im Hinblick auf den Energieverbrauch cloudbasierter Dienste.

Das Land erwartet, dass die Hochschulen ihre Verwaltungsstrukturen kontinuierlich weiter digitalisieren und dabei verstärkt auf Effizienz, Interoperabilität und IT-Sicherheit achten. Ziel ist es, die Qualität und Verlässlichkeit der digitalen Verwaltung zu gewährleisten und die Hochschulen langfristig leistungsfähig und zukunftssicher aufzustellen. Gleichzeitig liegt es in der Verantwortung der Hochschulen, sicherzustellen, dass digitale Innovationen nachhaltig gestaltet werden.

Doch nicht nur die Hochschulen, sondern insbesondere auch das Studierendenwerk Bremen setzt sich verstärkt mit Fragen der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen auseinander. So ist das BAföG-Fachverfahren im Kontext des Onlinezugangsgesetzes bundesweit auf ein digitales Verfahren umzustellen. Für die konkrete Umsetzung sind die Länder zuständig. Die Freie und Hansestadt Bremen gehört dabei zu den ersten Ländern, die eine vollständige elektronische Aktenführung im Fachverfahren umsetzen. Mit der eAkte erfolgt die digitale Weiterverarbeitung eingereichter Unterlagen und Anträge, die bisher noch aufwendig ausgedruckt und in eine Papierakte überführt wurden. Bei der eAkte kann des Weiteren zukünftig auf Unterlagen digital zugegriffen werden, wodurch auch ein mobiles Arbeiten außerhalb der Ämter ermöglicht wird.

Die hierfür erforderlichen, aufwendigen Vorarbeiten beim Amt für Ausbildungsförderung und der Obersten Landesbehörde für Ausbildungsförderung wurden 2025 vorgenommen, die Umsetzung soll ab Ende 2025 zunächst für den Bereich der Studierenden erfolgen und sukzessive auch auf das Schüler:innen-BAföG ausgerollt werden.

5.7. Soziale Kohäsion stärken, gesellschaftliche Wandlungsprozesse gestalten

Die Wissenschaftseinrichtungen im Land Bremen tragen unmittelbar und wirksam zu wirtschaftlichem Wachstum, gesellschaftlicher Inklusion und kultureller Vielfalt bei. Dabei sind insbesondere die Hochschulen als Orte des Austausches und Diskurses gefordert, gesellschaftliche Bedarfe aufzunehmen, gesellschaftliche Entwicklungen zu begleiten und Lösungen für gesellschaftliche Probleme anzubieten. Zugleich sind Hochschulen als gesellschaftliche Subsysteme auch Orte zur Erprobung von sozialer Kohäsion, indem sie z. B. Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, sondern aufgrund ihrer erkennbaren Fähigkeiten und Befähigungen eine berufliche Qualifikation ermöglichen.

Die Hochschulen und das Land stellen sich der Aufgabe, den sozialen Zusammenhalt zu stärken und Maßnahmen zur gesellschaftlichen Integration zu fördern. Einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten die Hochschulen durch Lehre, Forschung und Transfer. In den Hochschulrektoraten wird das Thema „Diversität und Antidiskriminierung“ regelhaft als Aufgabe der Konrektor:innen wahrgenommen. Ebenso gibt es Stellen und Referate, die hier einschlägig beratend tätig sind. Die Hochschulen beteiligen sich zudem an dem übergeordneten Diversitätskonzept des Landes.

Unter den Beratungsstellen sind insbesondere die hochschulübergreifende Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt – Expertise und Konfliktberatung (ADE) sowie die Beschwerdestellen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) an den Hochschulen, die für Hochschulmitglieder aller Statusgruppen zuständig sind, zu nennen. Um den vielfältigen sozialen Herausforderungen und dem gestiegenen Beratungsbedarf an den Hochschulen besser begegnen zu können, wird die ADE personell weiter gestärkt.

Zu den aktuellen Herausforderungen zählen nicht zuletzt die Preis- und Kostenentwicklung, von der auch Studierende deutlich betroffen sind, insbesondere solche aus einkommensschwachen Familien, mit Kindern, Pflegeverantwortung oder in anderen Lebenssituationen. Für den Wissenschaftsstandort gilt weiterhin: Aufnahme und Abschluss eines Studiums dürfen nicht vom finanziellen Hintergrund abhängen. Das Land Bremen setzt sich auf Bundesebene für eine entschlossene Reform des BAföG ein, um mehr Studierende nachhaltig finanziell zu entlasten.

Demokratieforschung

Bremen ist nicht nur ein Standort zur Erforschung sozialer Ungleichheit, sondern auch für Demokratieforschung. Am Bremer Standort des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ) beteiligen sich in der aktuellen Förderphase Forscher:innen des SOCIUM an fünf Forschungsprojekten, während Forscher:innen des Zentrums für Arbeit und Politik (zap), des Instituts Arbeit und Wirtschaft (iaw) und des Instituts für Ethnologie und Kulturwissenschaft mit zwei Transferprojekten beteiligt sind. Thematischer Fokus des Bremer Beitrags sind die Beziehungen zwischen sozialen Milieus und hier insbesondere die Rolle der Mittelschichten.

Gerade der Mittelschicht kommt in Demokratien eine zentrale Rolle zu: eine starke Mittelschicht trägt nicht nur zur politischen Stabilität bei, sondern ist oftmals auch Motor für wirtschaftliches Wachstum und soziale Mobilität.

Der Bremer Standort bringt damit vier zentrale Beiträge ins Arbeitsprogramm des FGZ ein. Ausgehend von der Untersuchung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mit Blick auf soziale Ungleichheiten und politische Konflikte wird in Transferprojekten auch der Dialog mit der Bremer Stadtgesellschaft gefördert. Die eng mit den Forschungsvorhaben verknüpften Transfervorhaben entwickeln auf der Basis langjähriger Erfahrungen mit partizipativer und kollaborativer Wissensproduktion neue Transferformate. Dazu zählen Schüler:innenlabore, Gesellschaftswerkstätten und weitere Dialogformate wie beispielsweise VOICEcast.

Auch der Forschungsstelle Osteuropa (FSO) kommt im Zusammenhang mit Demokratieforschung eine wichtige Rolle zu. Die FSO begleitet und analysiert seit 1982, wie sich in autoritären Regimen in Ost- und Ostmitteleuropa trotz eines massiv repressiven Staatsapparats verschiedenste Formen von Nonkonformismus bis hin zu offenem Protest entwickeln konnten. Die interdisziplinäre Forschung, die auf einem einzigartigen Forschungsarchiv und aktuellen Datenbanken zu Protest aufbaut, leistet bundesweit und international einen elementaren Beitrag zum Verständnis, warum autoritäre Regime (wieder) auf dem Vormarsch sind und woran viele Demokratien scheitern.

Das Land Bremen wird die vielfältige und interdisziplinäre Demokratieforschung am Standort weiter unterstützen. Ziel ist es, den Transfer der Forschungsergebnisse zu befördern und so stärker noch als bisher einen Beitrag zu gesellschaftlichen Debatten zu leisten.

Gelebte Integration

Der Wissenschaftsstandort Bremen verdankt seine Stärke und Strahlkraft unterschiedlichen Instituten und Hochschulen, in denen eine vielfältig und international zusammengesetzte Gemeinschaft von Forschenden und Lehrenden aus aller Welt zusammenarbeitet. Genau diese Vielfalt unserer Wissenschaftler:innen sowie unserer Studierendenschaft ist eine große Bereicherung für das kreative Potenzial der Einrichtungen und ihre tägliche Arbeit.

Die Hochschulen leisten auch dadurch einen wichtigen Beitrag zur Integration, indem sie Geflüchtete zum Teil der Gesellschaft werden lassen. Der Hochschulzugang ist eine Möglichkeit, Geflüchteten Chancen zur persönlichen Weiterentwicklung zu bieten bzw. ihren bereits im Herkunftsland eingeschlagenen Weg einer wissenschaftlichen Laufbahn erfolgreich fortsetzen zu können. Die Fortsetzung der

Bildungsbiografie ermöglicht wiederum die Integration in die deutsche Gesellschaft und eröffnet im Anschluss höher qualifizierte Berufsmöglichkeiten.

Zur Integration von hochqualifizierten Geflüchteten hat die Universität gemeinsam mit den anderen staatlichen Hochschulen des Landes Bremen die Academy HERE AHEAD eingerichtet. Die staatlichen Hochschulen wurden ermächtigt, Hochschulzugangsprüfungen von Nicht-EU-Ausländer:innen selbst in vier Clustern sowie einer zusätzlichen Zugangsprüfung im Fach Erziehungswissenschaften fachgebunden abzunehmen. Seit 2019 wird zusätzlich über das Programm „:prime“ ein Kursprogramm zur Studienvorbereitung sowie der Zugangsprüfung für Studieninteressent:innen aus dem Nicht–EU-Ausland mit einer Hochschulzugangsberechtigung, die zum Besuch eines „Studienkollegs“ berechtigt, angeboten. Durch diese Maßnahmen ist es gelungen, Studierende für die landesbremischen Hochschulen zu gewinnen, obgleich deren im Heimatland erworbene Hochschulzugangsberechtigung nicht zur direkten Aufnahme eines Studiums in Deutschland berechtigt. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch in Zukunft weitergehen.

Das im Jahr 2019 aufgelegte Landesprogramm für geflüchtete und gefährdete Wissenschaftler:innen wurde 2024 in Zusammenarbeit mit der Universität neu strukturiert. Stipendien werden seit 2025 ausgeschrieben. Grundsätzlich sind die Bestrebungen aller Hochschulen darauf ausgerichtet, eine Kultur des Willkommens sowohl für internationale Studierende, Wissenschaftler:innen als auch Mitarbeitende in Technik und Verwaltung zu etablieren.

Ein wichtiger Faktor für die Integration internationaler Studierender ist zudem die Versorgung mit Wohnraum. Wohnheimplätze des Studierendenwerks sind insbesondere für diese Gruppe eine kostengünstige und sozial integrativ wirkende Alternative zum privaten Wohnungsmarkt. Durch die Schaffung einer hochschulübergreifenden Plattform in den kommenden Jahren könnten auch Privatwohnungen verlässlich vermittelt werden.

Ziel des Landes ist eine gute Integration internationaler Studierender. Die bestehenden Programme der Hochschulen leisten hierzu einen wichtigen Beitrag und werden entsprechend weiterentwickelt. Die Versorgung mit studentischem Wohnraum soll weiter verbessert werden.

5.8. Chancengerechtigkeit und Diversität fördern

Chancengerechtigkeit ist ein wichtiges Qualitätsmerkmal für ein zukunftsstarkes, leistungsfähiges und international wettbewerbsfähiges Wissenschaftssystem. Der Begriff „Chancengerechtigkeit“ bildet dabei ein Dach für Geschlechtergerechtigkeit, Diversität und Antidiskriminierung. Damit ist Chancengerechtigkeit auch als gleichstellungspolitisches Konzept zu verstehen.

Geschlechtergerechtigkeit

Die landesbremischen Hochschulen verzeichnen im Bereich Geschlechtergerechtigkeit bereits sehr positive Entwicklungen. Zum Beispiel steigt der Anteil der Frauen an Professuren stetig und lag 2022 mit 32,9 Prozent deutlich über dem Bundesdurchschnitt (28 Prozent).[45] Dennoch ist es wichtig, die Geschlechtergerechtigkeit im Hochschulbereich weiter voranzubringen, nicht zuletzt um das Leistungs- und Innovationspotenzial bestmöglich auszuschöpfen. Dieses Potenzial gilt es durch eine strategische Personalentwicklung, die auf ausgeglichene Geschlechterverhältnisse auf allen Qualifikations- und Verantwortungsebenen abzielt, zu heben.

Ziel des Landes ist es, die 2021 begonnene „Bremer Genderoffensive Hochschulen“ und den damit verbundenen konstruktiven Dialogprozess der Hochschulen mit dem Ressort und gleichstellungspolitischen Akteur:innen des Landes weiterzuführen. Das Land Bremen begleitet und unterstützt die Genderoffensive und wirkt auf die verbindliche Umsetzung der im Prozess erarbeiteten und abgestimmten Maßnahmen hin. Dazu gehören die Standards für geschlechtergerechte Berufungsverfahren, die Förderung von Wissenschaftlerinnen in den MINT-Fächern und die Ausgestaltung des Verhältnisses von Gender und Diversity.

Die Genderoffensive nimmt sowohl strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern in den Blick, als auch das Selbstverständnis der einzelnen Hochschulmitglieder sowie die Hochschulkultur als Ganzes.

Insbesondere mit Blick auf die Unterrepräsentation von Wissenschaftlerinnen in den MINT-Fächern, die über alle Stufen der akademischen Laufbahn zu beobachten ist, gilt es nach wie vor tradierte Geschlechterrollen und geschlechtsspezifische Zuschreibungen aufzubrechen. Eine geschlechtergerechte und diversitätssensible

[45] Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (Hrsg.): Heft 91, Gleichstellungsmonitor Wissenschaft und Forschung, 28. Datenfortschreibung (2022/2023), Tabelle 4.2 für das Jahr 2022, erschienen 2024, online unter: https://www.gwk-bonn.de/dokumente/materialien-der-gwk.

Lehr-, Lern-, Arbeits- und Wissenschaftskultur in den Hochschulen spielt dabei eine ebenso wichtige Rolle wie die Sensibilisierung und Werbung für MINT-Fächer bei Mädchen und jungen Wissenschaftlerinnen durch positive weibliche Identifikationsfiguren und eine entsprechende Berufs- und Karriereberatung.

Es ist Ziel des Landes, dass der Frauenanteil an den Professuren an den bremischen Hochschulen bis zum Jahr 2030 auf 40 Prozent gesteigert wird.

Unter Berücksichtigung fachspezifischer Bedingungen insbesondere in den MINT-Fächern sollen zudem fachbereichsspezifische Zielquoten unter Anwendung des Kaskadenmodells definiert werden. So soll der Frauenanteil an den Professuren in den MINT-Fächern bis zum Jahr 2030 auf 28 Prozent gesteigert werden. Erste erfolgreiche Schritte in Richtung Geschlechterparität bei den Professuren sind bereits erfolgt: Die landesbremischen Hochschulen waren auch im Professorinnenprogramm 2030 sehr erfolgreich, und haben so jeweils die Möglichkeit, für drei mit Frauen besetzte Professuren die Bund-Länder-Förderung zu erhalten.

Bei der Umsetzung von Geschlechtergerechtigkeit stehen künftig auch die außeruniversitären Forschungsinstitute stärker im Fokus. Vor dem Hintergrund der starken außerhochschulischen Forschungslandschaft in Bremen ist die Verbesserung von Chancengerechtigkeit und Geschlechtergleichstellung von strategischer Bedeutung für den Wissenschaftsstandort Bremen. Angesichts der großen Unterschiede in der Gleichstellung zwischen den einzelnen außeruniversitären Forschungsorganisationen, gilt es, Gleichstellungsstandards entlang der Grundsätze, die in der Ausführungsvereinbarung Gleichstellung (AV-Glei) formuliert sind, insgesamt flächendeckender und konsequenter in allen Forschungsorganisationen umzusetzen.

Der Geschlechtergerechtigkeit wird nicht zuletzt im gesamten Bundesland eine große Bedeutung beigemessen, was sich auch an der Einrichtung der Senatskommission „Geschlechtergerechtigkeit am Arbeitsmarkt“ im Jahr 2023 ablesen lässt. Ebenso wird die von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft in Auftrag gegebene Gender Pay Gap Studie für den Wissenschaftsstandort Bremen, deren Ergebnisse Ende 2025 vorliegen, einen wichtigen Beitrag zu mehr Geschlechtergerechtigkeit leisten, indem mögliche Ungleichheiten in der Entlohnung identifiziert und hochschulpolitisch adressiert werden können.

Im Hinblick auf die Durchsetzung der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen des Landes im Hochschulbereich kommt den dafür eingerichteten Gremien sowie den Frauenbeauftragten große Bedeutung zu. Zugleich haben die Frauenbeauftragten gemäß Bremischen Hochschulgesetz (BremHG) einen gesetzlichen Anspruch auf eine angemessene Arbeitsausstattung. Dieser Verpflichtung müssen die Hochschulen nachkommen. Entsprechend sind personelle Ressourcen für die

Verstetigung der Gleichstellungsarbeit an allen Bremer Hochschulen bereitzustellen. Künftig sollen bei der Gleichstellungsarbeit u. a. durch die Nutzung von Netzwerkstrukturen auch verstärkt hochschul- sowie institutsübergreifende Synergieeffekte genutzt werden, zum Beispiel bei der Bereitstellung von Angeboten zu Sensibilisierung, Schulung, Beratung und Weiterbildung im Bereich Gender und Diversity.

Gender und Diversity

Chancengerechtigkeit und Diversitätsförderung beinhalten auch die Stärkung und Vermittlung von Gender- und Diversitykompetenzen. Sie werden als wesentlicher Teil von Demokratieförderung und gesellschaftlicher Nachhaltigkeit angesehen und gerade im Hochschulbereich als Basis einer gender- und diversitysensiblen Didaktik und Interaktion in der Lehre. Gender- und Diversitykompetenzen werden deshalb als Schlüsselkompetenzen für Lehr- und Forschungspersonal ausgebaut, zum Beispiel durch entsprechende Schulungs- und Fortbildungsangebote.

Zudem werden Gender- und Diversityaspekte zukünftig noch stärker in Lehre und Forschung der Bremer Hochschulen integriert. Die Erkenntnis, dass Forschungs- und Innovationsansätze zu den großen gesellschaftlichen Herausforderungen ohne Einbeziehung der Genderdimension unvollständig bleiben, wurde auf europäischer Ebene bereits durch die Zielsetzungen von Horizont 2020 aufgegriffen, sowie seit 2018 durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Das Land Bremen orientiert sich hier auch am Wissenschaftsrat, der sich 2023 für eine breitere Verankerung der Genderperspektive in der Forschung aussprach, und strebt darauf aufbauend eine Erweiterung der Perspektive hin zur Berücksichtigung von Diversitätsaspekten an.

Damit eine erfolgreiche Wissenschaftskarriere unabhängig vom Geschlecht möglich ist, muss zudem die Vereinbarkeit von Beruf mit Erziehungs- und Pflegeaufgaben verbessert werden. Gerade in der Phase der Familiengründung stellen befristete Verträge im akademischen und künstlerischen Mittelbau insbesondere junge Wissenschaftler:innen vor große Herausforderungen. Damit sich qualifizierte Wissenschaftler:innen nach der Promotion häufiger für einen Verbleib im Wissenschaftssystem entscheiden und ihre wissenschaftliche Karriere über die Postdoc-Phase bis in die Professur fortsetzen, braucht es auch die konsequente Weiterentwicklung der Hochschulen zu familiengerechten Einrichtungen.

Dazu gehört eine bessere Planbarkeit von Karrierewegen und mehr Transparenz über Karriereperspektiven. Für alle Hochschulen des Landes stellt die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein wesentliches Element der Gleichstellungspolitik dar.

Das Land erwartet von den Hochschulen, dass sie die Angebote und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf bzw. Studium und Erziehungs- bzw. Pflegeaufgaben regelmäßig überprüfen, weiterentwickeln und fortschreiben, damit Hochschulangehörige mit Erziehungs- oder Pflegeaufgaben bestmöglich in der Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit unterstützt werden können. Ziel ist es, dass bis 2030 alle Hochschulen mit dem Zertifikat „Familiengerechte Hochschule" der bundesweit agierenden gemeinnützigen Gesellschaft berufundfamilie gGmbH erfolgreich auditiert sind.

Inklusion

Ein wesentliches Ziel im Kontext der Diversitätsförderung ist zudem die Verwirklichung der Inklusion und der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Gemäß § 4 Absatz 6 BremHG berücksichtigen die Hochschulen die besonderen Bedürfnisse von Studierenden mit Behinderungen. Sie tragen dafür Sorge, dass Studierende mit Behinderungen in ihrem Studium die Angebote der Hochschule selbstständig und barrierefrei in Anspruch nehmen können. Studierende, die von einer Beeinträchtigung betroffen sind, haben einen Rechtsanspruch auf Regelungen, die dem daraus resultierenden Nachteil entsprechend entgegenwirken.

Die Hochschulen sind daher verantwortlich, eine gleichberechtigte und selbstständige Teilhabe am Studium und dem Hochschulalltag zu ermöglichen. Zur Stärkung der Inklusion stellen die Hochschulen gezielte Informations- und Beratungsangebote für Studierende mit Beeinträchtigungen bereit.

Das Land erwartet, dass die Hochschulen im Bereich der Inklusion zukünftig noch enger zusammenarbeiten und strategische Themen im Zusammenwirken mit der senatorischen Behörde hochschulübergreifend behandeln. Diese Zielstellung schlägt sich auch im Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention nieder.

Die Universität Bremen sowie die Hochschulen Bremen und Bremerhaven werden hierfür ihre Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention bis Ende 2030 umsetzen, die Hochschule für Künste einen entsprechenden Plan erarbeiten und erste Umsetzungsschritte gehen. Diese Aktionspläne befassen sich mit dem Aufbau eines qualifizierten und barrierefreien Informations- und Beratungsangebots, das die besonderen Belange Studierender mit Behinderungen einbezieht, mit der Gestaltung eines barrierefreien Campus und der Umsetzung der rechtlichen Vorgaben hinsichtlich der barrierefreien Gestaltung des Informations- und

Kommunikationsangebots und der Sensibilisierung und Qualifizierung der Mitarbeiter:innen und der Lehrenden.

Im Sinne der Inklusion sind auch diejenigen verstärkt in den Blick zu nehmen, denen der Hochschulzugang formal verwehrt ist. Nach Zahlen der Bertelsmann-Stiftung verlassen rd. 10 Prozent der Schüler:innen im Land Bremen ihre Schule ohne Abschluss.[46] Obgleich dies nicht primär eine Aufgabe der Wissenschaftsbehörde ist, sollte es in der Lehrkräfteausbildung und erziehungswissenschaftlichen Forschung stärker als bisher adressiert werden.

Um potentielle Studieninteressierte insbesondere aus weniger privilegierten sozialen Verhältnissen für ein Studium zu gewinnen, bietet es sich zudem an, dass die bremischen Wissenschaftseinrichtungen gemeinsam mit Schulen ein dezidiertes Talent Scouting betreiben. Für die Umsetzung einer solchen Maßnahme ist insbesondere ein Einbeziehen der Studienangebote „Soziale Arbeit“ an den Hochschulen denkbar. Das Land fordert die Hochschulen auf, dahingehende Ideen zu entwickeln und wird sich in Abstimmung mit dem Senator für Kinder und Bildung für die Durchführung eines entsprechenden Pilotprojektes einsetzen.

[46] Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.): Jugendliche ohne Hauptschulabschluss Demographische Verknappung und qualifikatorische Vergeudung, online unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2023/maerz/anteil-der-jugendlichen-ohne-schulabschluss-seit-zehn-jahren-auf-hohem-niveau#:~:text=Der%20Blick%20auf%20die%20L%C3%A4nderebene,anteilig%20fast%20doppelt%20so%20viele (abgerufen am 14.07.2025).

5.9. Verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen schaffen

Damit die Einrichtungen des Wissenschaftsbetriebes den gesellschaftlichen Entwicklungen gerecht werden können, bedarf es auch eines verlässlichen Rechtsrahmens. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind so auszugestalten, dass sie als Entlastung und nicht als bürokratische Belastung wahrgenommen werden. Eine derartige Verwaltungsmodernisierung kann nur erfolgen, soweit auch die jeweiligen Gesetze und Verordnungen die bestmöglichen rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen.

Ziel des Landes ist eine Novelle des Bremischen Hochschulgesetzes. Es soll einen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten sowie gleichermaßen einer modernen und einfachen Verwaltungssprache gerecht werden. Gendergerechte und inklusive Formulierungen des Gesetzestextes werden dabei berücksichtigt werden.

Die enge Zusammenarbeit und der intensive Austausch zwischen den Hochschulen und der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft ermöglicht es, dass das Bremische Hochschulgesetz die Bedarfe der Hochschulen praxistauglich berücksichtigt. Ein Schwerpunkt in der Rechtssetzung im Wissenschaftsbereich muss dabei der Bürokratieabbau und die Weiterentwicklung der Digitalisierung der Verwaltungsverfahren sein.

Um auch gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen zu können, soll das Ordnungsrecht der Hochschulen durch das Bremische Hochschulgesetz gestärkt werden. Den Hochschulen muss es möglich sein, übertragene Hochschulbezeichnungen bei grobem Fehlverhalten, das geeignet ist, die Reputation der Hochschule zu schädigen, rechtssicher und effektiv zu entziehen. So ist bislang der Entzug des Professorentitels durch die Hochschule und der Entzug der mitgliedschaftlichen Rechte bei grobem Fehlverhalten nur unzureichend geregelt. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, um z. B. demokratiefeindlichen, aber auch sexistischen oder weiteren diskriminierenden Äußerungen und Verhaltensweisen entgegentreten zu können. Eine Konkretisierung bedeutet jedoch nicht, dass der Anwendungsbereich ausgedehnt wird. Eine Änderung kann und soll vielmehr dazu führen, dass weniger Eingriffe möglich sind, die dann aber konkreter bezeichnet werden.

Zudem soll die Anpassung an sprachliche und gesellschaftliche Standards erfolgen. Beispielsweise ist es an der Zeit, auch im Bremischen Hochschulgesetz anstelle der bisherigen „Frauenbeauftragten“ die „Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten“ einzuführen.

Gute rechtliche Rahmenbedingungen sind zudem ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts. Und sie wirken auch auf die guten Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen. Das Land Bremen wird sich, nicht zuletzt im Hinblick auf die angedachten Änderungen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes, weiterhin für die Förderung unbefristeter Stellen im Wissenschaftsbereich einsetzen. Das Land Bremen setzt sich darüber hinaus für einen wissenschaftsadäquaten Tarifvertrag für wissenschaftliche Beschäftigte und auch studentische Hilfskräfte ein.

Um die besten Köpfe für die Hochschulen gewinnen zu können, setzt sich das Land Bremen weiterhin für attraktive Karrierewege in Ergänzung zur klassischen Professur ein, die entsprechend im Hochschulrecht abzubilden sind. Dabei sind auch aktuelle bundespolitische Entwicklungen sowie die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Personalstrukturen zu berücksichtigen. Letztere sollen zum Aufgabenprofil und den strategischen Zielen der Einrichtung passen und auf fachspezifische Erfordernisse eingehen. Weitere Kriterien sind Attraktivität, Transparenz, Gleichstellung und Diversität sowie Durchlässigkeit und Mobilität auch zwischen Wissenschaft und anderen Bereichen wie der Industrie.

Gute Personalstrukturen setzen eine mittelfristige strategische Planung von Universität und Hochschulen in Form eines Hochschulentwicklungsplanes voraus. Derzeit verfügt lediglich die Hochschule für Künste über einen gültigen Hochschulentwicklungsplan. Daher erwartet das Land von Universität und Hochschulen, im Zuge des Zielvereinbarungszeitraums 2026-2029 jeweils einen aktuellen Hochschulentwicklungsplan vorzulegen.

Die Universität Bremen hat 2018 mit ihrem Konzept zur Entwicklung des wissenschaftlichen Personals verlässliche Karrierewege neben der Professur geschaffen und war damit bundesweit Vorreiterin. Eine wissenschaftliche Karriere muss mit den individuellen Lebenswegen vereinbar sein und den Interessen der Beschäftigten gerecht werden.

Im Bereich der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften kann die Gewinnung von Professor:innen durch die Einführung einer Teilzeit bzw. Tandem-Professur oder Qualifizierungsprofessur gefördert werden. Jene bietet den Neuberufenen zudem frühzeitig eine Perspektive. Durch eine Erweiterung der Kooperationsprofessuren um neue Berufungsmodelle und Verfahren (open rank) wird der Ausbau der Forschungsqualität erleichtert.

Das bremische Beamten- und Besoldungsrecht soll diese Entwicklungen begleiten. Besondere Leistungen, die sich deutlich herausheben und der jeweiligen Hochschule (internationale) Reputation verleihen, sollen angemessen honoriert werden.

Nach der 2024 erfolgten Einführung der grundsätzlichen Rahmenbedingungen für ein Promotionsrecht an den Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wird ein neues Hochschulgesetz auch die Promovierenden in den Hochschulen im Rahmen der Rechtssetzung unterstützen. Für alle Hochschulen wird die förmliche Annahme und statistische Erfassung von Promovierenden durch die jeweilige Hochschule sowie der obligatorische Abschluss einer Betreuungsvereinbarung verpflichtend sein.

5.10. Wissenschaftskommunikation und -marketing einbeziehen

Wissenschaftskommunikation steht angesichts der Digitalisierung und einer sich verändernden, teils polarisierten Öffentlichkeit vor großen Herausforderungen. Die Produktion von Nachrichten ist unkompliziert und günstig geworden, wie auch ihr Konsum. Dabei tauchen vermehrt absichtliche Desinformationen auf – so genannte ‚Fake News'. Forscher:innen, demokratische Institutionen und Medien werden durch gezielt manipulierte Nachrichten infrage gestellt, bedroht und angegriffen. Wer in Diskussionen über den Klimawandel oder die Gesundheit wissenschaftliche Erkenntnisse verteidigen will, muss ‚Fake News' verstehen, erkennen und bekämpfen. Daher bedarf es zum einen einer disziplinübergreifenden Erforschung, was und wer hinter solchen Meldungen steckt, wie sie sich verbreiten und wie sie wirken. Zum anderen ist es aber auch Aufgabe der Wissenschaft selbst, durch eine transparente, fundierte und adressatengerechte Wissenschaftskommunikation der Verbreitung und Wirkung von ‚Fake News' entgegenzuwirken.

Transferorientierte Wissenschaftskommunikation

Vor diesem Hintergrund kommt der transferorientierten Wissenskommunikation auch an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen im Land Bremen künftig eine noch zentralere Rolle als bisher zu. Projekte wie der „Open Campus" oder auch „Science goes Public" sind wichtige Bausteine, um wissenschaftliche Erkenntnisse über klassische Formate der Wissensvermittlung hinaus einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Ebenso sollten in diesem Kontext auch Citizen Science-Formate weiter an Bedeutung gewinnen. Damit gemeint ist die Beteiligung von Laien an wissenschaftlichen Forschungsprojekten. Bürger:innen arbeiten hier aktiv mit Wissenschaftler:innen zusammen, um Daten zu sammeln, zu analysieren und zu interpretieren. Citizen Science umfasst dabei eine Vielzahl an Disziplinen, von Umweltforschung über Verwaltungswissenschaften bis hin zu Gesundheitsstudien.

Citizen Science ist bereits fester Bestandteil der bremischen Wissenschaftslandschaft, wofür beispielsweise Projekte wie das BIPS-Teilprojekt im Rahmen von Data Nord: Healthy Planet & Citizen Science, das Citizen-Science-Projekt GINGER zum gesellschaftlichen Zusammenhalt oder auch das vom SOCIUM geleitete Projekt Be WIZZARD zu Gelingensbedingungen guter häuslicher und stationärer Pflege stehen.

Ziel des Landes ist es, gemeinsam mit den Hochschulen und Forschungseinrichtungen an einem noch systematischeren Austausch zwischen Öffentlichkeit und Wissenschaft zu arbeiten – sowohl im Hinblick auf die Identifikation gesellschaftsrelevanter Themen als auch die Rückkopplung wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Gesellschaft.

Mit Blick auf den Transfer in die Stadtgesellschaft kam und kommt auch den Kulturinstituten im Land Bremen – dem Goethe-Institut, dem Institut Français und dem Instituto Cervantes – eine große Bedeutung zu. Sie kooperieren mit den Hochschulen im Land Bremen sowie dem Sprachenzentrum der Hochschulen und übernehmen den Unterricht in den Sprachen Deutsch als Fremdsprache, Französisch und Spanisch. Damit leisten sie zugleich einen wichtigen Beitrag zur transnationalen, kulturellen Zusammenarbeit. Gemeinsam mit den Hochschulen werden zudem Projekte konzipiert und durchgeführt, um das Interesse an den Sprach- und Kulturräumen zu wecken und Kenntnisse darüber zu vermitteln. Außerdem bieten sie zahlreiche weitere Angebote wie Kulturveranstaltungen, landeskundliche Vorträge oder Seminare an, die dem interkulturellen Dialog und Verständnis dienen.

Aber auch seit Jahren etablierte und durch das Wissenschaftsressort mitfinanzierte Einrichtungen wie das Haus der Wissenschaft und das Hanse Wissenschaftskolleg sind im Hinblick auf den Wissenstransfer und die Wissenschaftskommunikation bedeutsame Plattformen, indem sie Ausstellungen, Vorträge, Diskussionen und Informationen zu Forschung und Lehre der landesbremischen Einrichtungen bieten. Deren wertvolle Arbeit soll auch künftig unterstützt werden.

Wissenschaftsmarketing neu denken

Die Hochschulen arbeiten im Marketing bereits gut zusammen und stimmen ihre Aktivitäten untereinander ab. Sie sind auf den einschlägigen digitalen und analogen Kanälen aktiv, besuchen einschlägige Messen, pflegen direkte Verbindungen zu den Schulen und unterstützen das Haus der Wissenschaft (HdW) als gemeinsame, zentrale Anlaufstelle für an Wissenschaft interessierte Menschen.

Das Haus der Wissenschaft ist aber nicht nur eine wichtige Schnittstelle für den Austausch zwischen Wissenschaft und Bevölkerung sowie Schulen, Kunst und Wirtschaft, sondern auch mit Blick auf das Wissenschaftsmarketing. Damit unsere Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen im zunehmenden Wettbewerb um Studierende, Mitarbeitende, exzellente Forschende und Drittmittel hervorragend aufgestellt sind, braucht es nicht nur ein einrichtungsbezogenes, sondern auch auf den Standort ausgerichtetes Wissenschaftsmarketing.

Wissenschaftsmarketing neu zu denken bedeutet, innovative Ansätze und Strategien zu entwickeln, um die Kommunikation und den Austausch zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Wirtschaft zu verbessern und zielgruppenorientiert zu gestalten. Zu den zentralen Aspekten und Ideen, die es dabei aus Sicht des Landes zu berücksichtigen gilt, gehört zum Beispiel die verstärkte Nutzung interaktiver Formate, wie Workshops, Webinare, Podcasts oder soziale Medien. Auch Kooperationen und Partnerschaften sind hier von Bedeutung. Die Zusammenarbeit der Hochschulen mit den Forschungseinrichtungen, aber auch anderen Institutionen wie der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) oder Unternehmen kann die Reichweite und Wirkung von Wissenschaftsmarketing erhöhen. Gemeinsame Projekte und Veranstaltungen können Synergien schaffen und neue Zielgruppen ansprechen.

Ebenso zu berücksichtigen sind Aspekte wie Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Relevanz der Maßnahmen: Wissenschaftsmarketing sollte sich auf Themen konzentrieren, die für die Gesellschaft von Bedeutung sind, wie Klimawandel, Gesundheit oder soziale Gerechtigkeit. Die Verbindung von Forschung mit gesellschaftlichen Herausforderungen kann das Interesse und Engagement erhöhen. Wissenschaftsmarketing sollte zudem nicht nur kurzfristige Kampagnen umfassen, sondern auch langfristige Strategien zur Förderung des Wissenschaftsverständnisses und der Wissenschaftskommunikation entwickeln. Um sich dahingehend künftig noch schlagkräftiger aufzustellen, wurde von der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft im Oktober 2024 ein Lenkungskreis Wissenschaftsmarketing unter Einbeziehung wesentlicher Stakeholder aus den Einrichtungen, aber auch aus Politik und Wirtschaft, ins Leben gerufen.

Ziel des Landes ist es, vorhandene Aktivitäten im Wissenschaftsmarketing verstärkt zusammenzuführen, die Sichtbarkeit des Wissenschaftsstandortes zu erhöhen und sich strategisch auf die Zukunft vorzubereiten.

Die Leistungsstärke der bremischen Wissenschaft und die Attraktivität der Hochschulen sowie ihrer Angebote sind zudem ein wesentlicher Bestandteil des Informationsangebots auf dem zentralen Internetportal des Marketings (bremen.de). Anlassbezogen gibt es regelmäßige Austauschprozesse, wenn es konkret um den Standort Bremen in der Kommunikation oder, wie im Fall der Universität Bremen, um die Innenstadtentwicklung geht. Die Wirtschaftsförderung Bremen unterstützt die Hochschulen zudem mit Marketingmaßnahmen, die die Bewerbung von Veranstaltungen zum Ziel haben. Weitere Kooperationspartner sind Erlebnis Bremerhaven für die Hochschule Bremerhaven und das Überseestadtmarketing für die Hochschule für Künste Bremen. Diese Kooperationen sind zu vertiefen, um nicht zuletzt auch den unterschiedlichen Adressatengruppen (u. a. potentielle Studierende und Beschäftigte) noch besser gerecht werden zu können und um eine überregionale Strahlkraft zu entfalten.

6. Ergänzende Informationen und Daten

6.1. Hochschulen kurz & knapp

Universität Bremen

Profil:

- mittelgroße, sehr erfolgreiche Forschungsuniversität (ohne Medizin)
- THE „World University Ranking“ 2025: Universität Bremen unter den besten 17 Prozent von mehr als 2.300 Universitäten weltweit; bei einem Vergleich der Ergebnisse allein unter den deutschen Universitäten erzielt die Universität Bremen Rang 33. Im DFG-Förderatlas für das Jahr 2024 belegt die Universität Rang 30.
- Forschungsstärken in den Natur- und Ingenieur- sowie den Sozial- und Gesundheitswissenschaften; fünf interdisziplinäre Wissenschaftsschwerpunkte: Die Meere und das globale Klima, die Zukunft industrieller Produktion, die gesellschaftlichen Konflikte moderner Wohlfahrtsstaaten, die Schnittstellen von digitaler Technik und Mensch, die Logistik globaler Warenströme sowie die Gerechtigkeit im Gesundheitswesen
- überdurchschnittlich hohe Drittmitteleinwerbung
- hohe Vernetzung mit den mehr als 20 außeruniversitären Forschungseinrichtungen des Landes
- starke Kooperationen mit der Wirtschaft und hohe Transferwirkungen in die Region
- mehr als 100 Studiengänge werden in rund 30 wissenschaftlichen Disziplinen angeboten, darunter Lehramtsausbildung und juristisches Staatsexamen

Grunddaten:

Struktur	
Anzahl Fachbereiche insgesamt	12
davon natur- und ingenieurwissenschaftlich ausgerichtet	5
davon sozial- und geisteswissenschaftlich ausgerichtet	7
Studierende[47]	
Studierende insgesamt	17.793
davon weiblich	9.591
davon im Lehramt	2.655
davon in MINT-Fächern	7.140

[47] Studierendenstatistik für das Wintersemester 2024/25, Endmeldung. Internationale Studierende: Studierende mit erworbener HZB im Ausland oder an einem Studienkolleg.

davon internationale Studierende	3.347
Personal[48] (VZÄ):	
Beschäftigte insgesamt	2.929
davon Professuren	307
Haushalt[49] (T€)	
Zuschuss Globalhaushalt insgesamt[50]	232.612
Drittmitteleinnahmen	126.334

1

2

[48] Personalstatistik 2024, hauptberufliches Personal einschließlich aller Finanzierungsarten (daher abweichend zum WP 2025).
[49] Haushaltsjahr 2024; Quelle: Controllingbericht Q4 2024 Universität Bremen, Stand 15.05.2025. Drittmitteleinnahmen einschließlich Sonstiges (Spenden und Sponsoring).
[50] Inklusive Personalkostensteigerungen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Hochschule Bremen

Profil:

- größte Einrichtung für angewandte Wissenschaften im Land Bremen
- Studienportfolio fokussiert auf die regionale Wirtschaftsstruktur und insbesondere die Bereiche Gesundheit, Soziales, Management und Wirtschaft, Informatik, Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft, Naturwissenschaften sowie Bau- und Stadtentwicklung
- zukunftsrelevante Themenfelder: Schwerpunkte in den Bereichen Energie, Nachhaltigkeit und Gesundheit
- enge Kooperation mit Wirtschaft und Gesellschaft
- größtes Angebot an Dualen Studiengängen im Land Bremen
- Internationalität: in mehr als der Hälfte der Studiengänge sind Auslandsaufenthalte mit Praxis- und Studiensemestern obligatorisch; weltweites Netzwerk mit Partner-Hochschulen
- umfangreiche Forschungsaktivitäten in sechs Clustern: Blue Sciences; Digitale Transformation; Dynamics, Tension and Xtreme Events; Lebensqualität; Luft- und Raumfahrt; Region im Wandel
- die Hochschule bietet derzeit in fünf Fakultäten 72 Studiengänge an, davon 44 im Bachelor- und 28 im Masterbereich

Grunddaten:

Studierende[51]	
Studierende insgesamt	8.524
davon weiblich	3.726
davon in MINT-Fächern	4.027
davon internationale Studierende	1.761
Personal[52] (VZÄ)	
Beschäftigte insgesamt	591
Professuren	173
Haushalt[53] (T€)	
Zuschuss Globalhaushalt insgesamt[54]	69.859
Drittmitteleinnahmen	8.962

[51] Studierendenstatistik für das Wintersemester 2024/25, Endmeldung. Internationale Studierende: Studierende mit erworbener HZB im Ausland oder an einem Studienkolleg.
[52] Personalstatistik 2024, hauptberufliches Personal einschließlich aller Finanzierungsarten (daher abweichend zum WP 2025).
[53] Haushaltsjahr 2024; Quelle: Controllingbericht Q4 2024 Hochschule Bremen, Stand 11.04.2025. Drittmitteleinnahmen einschließlich Sonstiges (Spenden und Sponsoring).
[54] Inklusive Personalkostensteigerungen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Hochschule Bremerhaven

Profil:

- Hochschule am Meer
- enge Kooperation mit der regionalen Wirtschaft und außeruniversitären Forschungseinrichtungen
- hohe Forschungs- und Drittmittelstärke in den Bereichen Energie- und Meerestechnik, Life Sciences, Logistik und Informationssysteme, Tourismus und Management
- neue zukunftsrelevante Themenfelder: Ausbau der Forschungs- und Lehraktivitäten im Bereich Gesundheitswissenschaften und Soziales sowie in dualen Ausbildungsangeboten
- das Studienangebot der zwei Fachbereiche umfasst 17 Bachelorstudiengänge und 9 Masterstudiengänge, die durch einen ausgesprochenen Meeresbezug sowie eine konsequente Orientierung an regionalökonomischen Schwerpunkten profiliert sind
- englischsprachige Studienangebote, Doppelabschlüsse und Kooperationen mit internationalen Partnerhochschulen ermöglichen internationale Studienverläufe

Grunddaten:

Studierende[55]	
Studierende insgesamt	2.927
davon weiblich	1.186
davon in MINT-Fächern	1.629
davon internationale Studierende	787
Personal[56] (VZÄ)	
Beschäftigte insgesamt (VZÄ):	222
Professuren (VZÄ):	72
Haushalt[57] (T€)	
Zuschuss Globalhaushalt insgesamt[58]	26.993
Drittmitteleinnahmen	3.041

[55] Studierendenstatistik für das Wintersemester 2024/25, Endmeldung.Internationale Studierende: Studierende mit erworbener HZB im Ausland oder an einem Studienkolleg.
[56] Personalstatistik 2024, hauptberufliches Personal einschließlich aller Finanzierungsarten (daher abweichend zum WP 2025).
[57] Haushaltsjahr 2024; Quelle: Controllingbericht Q4 2024 Hochschule Bremerhaven, Stand 11.04.2025. Drittmitteleinnahmen einschließlich Sonstiges (Spenden und Sponsoring).
[58] Inklusive Personalkostensteigerungen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen.

Hochschule für Künste

Profil:

- eine der wenigen Kunsthochschulen in Deutschland, die zugleich ein Studienangebot in Musik, Kunst und Design vorhält
- interdisziplinäre Zusammenarbeit der beiden Fachbereiche: „Musik“ und „Kunst und Design“
- einzige Ausbildungsstätte für künstlerischen und gestalterischen Nachwuchs auf Hochschulniveau in der Nord-West-Region
- Schwerpunkte u. a. in den Bereichen „Alte Musik“, „Künstlerisch-pädagogische Ausbildung“ im Fachbereich Musik und im Bereich des Integrierten Designs
- Studienangebot umfasst 4 Bachelorstudiengänge und 6 Masterstudiengänge sowie den Diplomstudiengang Freie Kunst; bundesweite Besonderheit: konsekutiver Studiengang Digitale Medien in Kooperation mit der Universität Bremen
- Internationalisierung: die HfK unterhält über 60 Kooperationen für den internationalen Studierendenaustausch, der Anteil ausländischer Studierender liegt durchschnittlich bei 46 Prozent, in der Musik bei mehr als 50 Prozent
- Bereicherung des Kulturlebens des Landes und der Region durch über 300 musikalische und künstlerische Veranstaltungen[59] pro Jahr
- Ausbildung für die Kreativwirtschaft in der Region

Grunddaten:

Studierende[60]	
Studierende insgesamt	1.004
davon weiblich	609
davon internationale Studierende	494
Personal[61] (VZÄ)	
Beschäftigte insgesamt:	141
davon Professuren	48
Haushalt[62] (T€)	
Zuschuss Globalhaushalt insgesamt[63]	18.964
Drittmitteleinnahmen	2.416

[59] Konzerte und Prüfungskonzerte, Vorträge, Ausstellungen und Events (ohne die Galerie ‚Circa 106‘), kleine Klassen- bzw. Einzelausstellung, große Events.
[60] Studierendenstatistik für das Wintersemester 2024/25, Endmeldung. Internationale Studierende: Studierende mit erworbener HZB im Ausland oder an einem Studienkolleg.
[61] Personalstatistik 2024, hauptberufliches Personal einschließlich aller Finanzierungsarten (daher abweichend zum WP 2025).
[62] Haushaltsjahr 2024; Quelle: Controllingbericht Q4 2024 Hochschule für Künste Bremen, Stand 02.04.2025. Drittmitteleinnahmen einschließlich Sonstiges (Spenden und Sponsoring).
[63] Inklusive Personalkostensteigerungen durch Tarif- und Besoldungsanpassungen.

6.2. Forschungs- und Transferschwerpunkte

FTS Energiewissenschaften

Was zeichnet ihn aus?

- Der FTS hat sich der Transformation der Energieversorgung verschrieben; dazu gehört, die Digitalisierung der Energieversorgung voranzubringen und gemeinsam mit der Wirtschaft neue digitalisierte und automatisierte Produkte für die Energiewende zu entwickeln.
- Ein weiterer Schwerpunkt ist es, Wasserstoff als Energieträger voranzubringen.
- Kern ist das Forschungszentrum für Energiesysteme (BEST), das neben inneruniversitären Instituten auch außeruniversitäre Einrichtungen umfasst.

Wer sind die Akteur:innen?

- Bremer Forschungszentrum für Energiesysteme (BEST)
- Universität Bremen: neben sechs Fachbereichen und dem MARUM sind zahlreiche Institute und Forschungszentren am FTS beteiligt
- Hochschule Bremen: Forschungscluster „Region im Wandel“
- Hochschule Bremerhaven: Forschungscluster „Energie- und Messtechnik“
- Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES)
- Bremer Institut für Produktion und Logistik GmbH (BIBA)
- Faserinstitut Bremen (FIBRE)
- Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM)
- Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologie (IWT)

FTS Gesundheitswissenschaften

Was zeichnet ihn aus?

- Arbeitet stark interdisziplinär und entwickelt innovative Forschungsansätze in den Bereichen Prävention, Gesundheitsversorgung und Pflege.
- Besonderes Augenmerk auf Fragen der Gerechtigkeit in der Gesundheit und gesundheitlichen Versorgung.
- Breites anwendungsbezogenes und grundlagenorientiertes Forschungsprogramm.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: Institut für Public Health und Pflegeforschung (IPP), Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM), Institut für Sportwissenschaften
- Hochschule Bremen: Fakultät für Gesellschaftswissenschaften
- Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS)
- Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin MEVIS

FTS Informatik und Kommunikation, Kognition und Robotik

Was zeichnet ihn aus?

- Beschäftigt sich disziplinübergreifend mit der Erforschung von Kognitionsprozessen, Kommunikationstechnologien und intelligenten Maschinen.
- Fokus liegt auf den Schnittstellen zwischen Künstlicher Intelligenz, Medienwissenschaften und Kognitionsforschung.
- Blick auf gesellschaftliche Veränderungen durch Digitalisierung und KI

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: Wissenschaftsschwerpunkt Minds, Media, Machines (MMM), dem unter Leitung des Fachbereichs Mathematik/Informatik sieben Fachbereiche angehören; Sonderforschungsbereich (SFB 1320) „Everyday Activity Science and Engineering“ (EASE) sowie drei inneruniversitäre Forschungszentren (Technologie-Zentrum Informatik und Informationstechnik, Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung und das Zentrum für Industriemathematik (ZeTeM)
- Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI)
- Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib)
- Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin MEVIS
- Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK)
- Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS)
- Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR)

FTS Logistik

Was zeichnet ihn aus?

- Ist organisiert im Forschungsverbund Bremen Research Cluster for Dynamic in Logistics (LogDynamics).
- LogDyamics vereint interdisziplinäre Grundlagen und anwendungsorientierte Forschung zu logistischen Fragestellungen sowie einen intensiven Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft.
- Leistet mit der „International Graduate School for Dynamics in Logistics“ einen wichtigen Beitrag für die wissenschaftliche Qualifizierung.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: Fachbereiche Produktionstechnik, Wirtschaftswissenschaft, Mathematik/Informatik, Physik/Elektrotechnik und Rechtswissenschaft
- Hochschule Bremen
- Hochschule Bremerhaven
- Constructor University
- Bremer Institut für Produktion und Logistik GmbH (BIBA)
- Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)

FTS Luft- und Raumfahrt

Was zeichnet ihn aus?

- Große Vielfalt der Akteur:innen und bearbeiteten Themen; Heterogenität ermöglicht die Bearbeitung von Querschnittsthemen hoher gesellschaftlicher Relevanz.
- Neben der Grundlagenforschung, die vor allem in den universitären Instituten erfolgt, zeichnet sich der FTS durch seine Anwendungsnähe in der Forschung aus.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: Fachbereiche Produktionstechnik, Physik/Elektrotechnik, Mathematik/Informatik und inneruniversitäre Institute (Institut für Umweltphysik) sowie Forschungszentren (Zentrum für Industriemathematik, Zentrum für Angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM))
- Hochschule Bremen: Institut für Aerospace Technology (IAT), Forschungscluster „Luft- und Raumfahrt“
- DLR-Institut für Raumfahrtsysteme (DLR-RY)
- DLR-Institut für Satellitengeodäsie und Inertialsensorik (DLR-SI)
- Deutsches Zentrum für Künstliche Intelligenz Bremen (DFKI)
-
- ZARM- Fallturm-Betriebsgesellschaft (ZARM-FAB)
- Faserinstitut Bremen (FIBRE)
- Bremer Institut für Angewandte Strahltechnik (BIAS)
- Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM)
- Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien (IWT)
- Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT mit Partnern (Virtual Product House des DLR)

<u>FTS Materialwissenschaften</u>

Was zeichnet ihn aus?

- Erforschung, Entwicklung und Anwendung von Materialien mit besonderen Eigenschaften, die für verschiedene technische und industrielle Anwendungen essenziell sind.
- Enge Vernetzung von inner- und außeruniversitärer Forschung und vielfältige Verzahnung mit der Wirtschaft.
- Exzellenzcluster „Die Marsperspektive: Ressourcenknappheit als Grundlage eines Paradigmas der Nachhaltigkeit/The Martian Mindset: A Scarcity-Driven Engineering Paradigm“.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: MAPEX Center for Materials and Processes, insbesondere die Fachbereiche Produktionstechnik, Biologie/Chemie, Physik/Elektrotechnik und Mathematik/Informatik sowie weitere neun inneruniversitäre Forschungszentren
- Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (Fraunhofer IFAM)
- Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien (IWT)
- Bremer Institut für Angewandte Strahltechnik (BIAS)
- Faserinstitut Bremen (FIBRE)

- DLR-Institut für Raumfahrtsysteme (DLR-RY)
- Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT

FTS Meeres- und Klimawissenschaften

Was zeichnet ihn aus?

- Kernstück: Der Exzellenzcluster „Der Ozeanboden – unerforschte Schnittstelle der Erde“ am Zentrum für Maritime Umweltwissenschaften (MARUM) der Universität Bremen mit dem weltweit größten Bohrkernlager des International Ocean Discovery Programs (IODP).
- Durch die beteiligten außeruniversitären Forschungsinstitute komplementäre Fokussierung auf einzelne Regionen, Themen und Technologien.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: MARUM, insbesondere die Fachbereiche Geowissenschaften, Biologie/Chemie, Physik/Elektrotechnik, Rechtswissenschaften, Sozialwissenschaften
- Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)
- Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie (MPI-MM)
- Leibniz-Zentrum für Tropenforschung (ZMT)
- Deutsches Schifffahrtsmuseum (DSM)
- DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen (DLR-MI)
- Johann Heinrich von Thünen-Institute für Seefischerei und Fischereiökologie in Bremerhaven (vTI)

FTS Sozialwissenschaften

Was zeichnet ihn aus?

- Ungleichheit, Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit im Fokus.
- Empirische, theoriegeleitete und international vergleichende Forschungsansätze.
- Kooperationen in mehreren interdisziplinären Verbundforschungsinitiativen.

Wer sind die Akteur:innen?

- Universität Bremen: Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik (SOCIUM), Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Sonderforschungsbereich (SFB 1342) „Globale Entwicklungsdynamiken von Sozialpolitik“
- Constructor University Bremen
- Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ)
- Hanse-Wissenschaftskolleg (HWK)

6.3. Außerhochschulische Forschungsinstitute

Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung (AWI)

Das Alfred-Wegener-Institut betreibt Polar- und Meeresforschung von der Atmosphäre bis zu Tiefsee sowie Klimaforschung. Das AWI ist mit ca. 1.500 Mitarbeitenden bei weitem die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung im Land Bremen. Sein Jahresumsatz beläuft sich auf ca. 230 Millionen Euro. Das AWI wirbt ca. 50 Millionen Euro Drittmittel im Jahr ein. Es führt wissenschaftliche Vorhaben in den kalten und in den gemäßigten Breiten durch. Zu seinen Aufgaben in der Meeresforschung gehören auch die Nordseeforschung und Beiträge zum biologischen Monitoring in der hohen See. Das AWI ist eines der wenigen Institute der Welt, die sowohl in der Arktis als auch Antarktis forschen. Es koordiniert die Polarforschung in Deutschland und stellt die für Polarexpeditionen erforderliche Ausrüstung und Logistik zur Verfügung. Mit der „Polarstern“ verfügt das AWI über eines der leistungsfähigsten eisbrechenden Polarforschungsschiffe weltweit. Neben den Forschungsschiffen betreibt das AWI Forschungsflugzeuge, Observatorien und Labore sowie ganzjährig besetzte Forschungsstationen, wie z. B. Neumayer III in der Antarktis. Das AWI hat Außenstellen in Potsdam, Helgoland und auf Sylt. Zum AWI gehört seit 2017 außerdem das Helmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität (HIFMB) in Oldenburg.

Bremer Institut für angewandte Strahltechnik (BIAS)

Das BIAS mit über 50 Mitarbeitenden (VZÄ) trägt als eine der führenden Einrichtungen auf dem Gebiet der angewandten Strahltechnik dazu bei, dem Laser und der optischen Messtechnik neue Möglichkeiten in der Fertigung zu erschließen. Das bremische Landesinstitut erreichte 2023 Gesamterträge von ca. 6 Millionen Euro (davon 3,2 Millionen Euro Drittmittel). Zu den Kunden des BIAS zählen Unternehmen aus Flugzeugbau, Raumfahrt, Schiff- und Automobilbau, Halbleiter-Elektronik, Medizintechnik sowie Mess- und Prüftechnik. Im Rahmen der Forschungsaktivitäten werden nicht nur Konzepte, sondern auch praxistaugliche Messgeräte und praxisnahe Prototypen realisiert. Das BIAS ist Ausrichter des alle zwei Jahre stattfindenden „LAF – Laser Anwender Forums“ in Bremen.

Bremer Institut für Produktion und Logistik GmbH (BIBA)

Das BIBA ist ein interdisziplinär ausgerichtetes ingenieurwissenschaftliches Forschungsinstitut mit Schwerpunktsetzung in Produktion und Logistik. Es erforscht und entwickelt technische und organisatorische Lösungen für Produktion und Logistik und nimmt dabei den gesamten Produktlebenszyklus in den Blick. Mit dem Blick vornehmlich auf die Produkte forscht der BIBA-Bereich „Informations- und kommunikationstechnische Anwendungen in der Produktion“ (IKAP) zu dynamischen, kooperativen, interorganisationalen Unternehmensnetzwerken sowie zum unternehmerischen Handeln. Der BIBA-Bereich „Intelligente Produktions- und Logistiksysteme“ (IPS) betrachtet unternehmensinterne und -übergreifende Produktions- und Logistikprozesse besonders unter den Aspekten ihrer Dynamik und Komplexität. Im Rahmen seiner Forschung konzentriert sich das BIBA aktuell und zukünftig auf Themen wie den digitalisierter Produktlebenszyklus, die Produktion von nachhaltigen Produkten, die Digitalisierung maritimer Logistik und die Automatisierung von Hafenterminals sowie auf die Intelligente

Kollaboration zwischen Mensch und Maschine. Das BIBA beschäftigt 130 Mitarbeitende. Seine Gesamterträge im Jahr 2023 beliefen sich auf 9 Millionen Euro (davon ca. 7 Millionen Euro Drittmittel).

Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz GmbH (DFKI)

Das DFKI am Standort Bremen wurde 2009 gegründet und ist eine anwendungsnahe Forschungseinrichtung. Es fokussiert heute mit rund 161 Mitarbeitenden (VZÄ) auf vier Themenbereiche: Maritime Technologien, Weltraumtechnologien und ihre terrestrischen Anwendungen, sichere und zuverlässige eingebettete Systeme sowie Mensch-Maschine-Kooperation. Das DFKI arbeitet an innovativen Lösungen für die Robotik, etwa für den Einsatz in der Raumfahrt, der Tiefsee oder im Gesundheitswesen. Zudem kooperiert das DFKI eng mit Unternehmen, um KI-basierte Anwendungen zu entwickeln, die die digitale Wettbewerbsfähigkeit des Landes Bremen stärken und als Impulsgeber für neue Wirtschaftszweige wirken. Das DFKI ist an zahlreichen EU-Projekten beteiligt. Die Drittmittel des DFKI am Standort beliefen sich 2023 auf rund 13 Millionen Euro.

Deutsches Schifffahrtsmuseum – Leibniz-Institut für Maritime Geschichte (DSM)

Das DSM (Besucher:innen 2024: 52.617) ist das einzige Institut in Deutschland, in dem die Geschichte der Beziehung des Menschen zum Ozean erforscht, bewahrt und Erkenntnisse der Öffentlichkeit vermittelt werden. Zudem ist das DSM, das über eine attraktive Objektsammlung und einen bedeutenden Archiv- und Bibliotheksbestand verfügt, das einzige Leibniz-Forschungsmuseum im Bundesland Bremen und eines von nur acht Leibniz-Forschungsmuseen bundesweit. Am DSM sind ca. 62 Mitarbeitende (VZÄ) beschäftigt. Das jährliche Budget beläuft sich auf rund 7 Millionen Euro, hinzu kommen Drittmittel und sonstige Zuschüsse in Höhe von rund 2 Millionen Euro.

DLR-Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen (DLR-MI)

Das Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen wurde im Jahr 2017 als eines von sieben neuen DLR-Instituten gegründet. Die wissenschaftlich-technischen Arbeiten des Instituts fokussieren sich auf die Resilienz maritimer Infrastrukturen. Ziel aller Konzeptionen, Analysen, Entwicklungen und Erprobungen ist es, maritime Infrastrukturen als komplexe Systeme und unter Einbeziehung von Akteur:innen, Nutzer:innen und Stakeholdern zu befähigen, Gefahren erkennen und abwehren zu können, sich an diese anzupassen sowie deren Auswirkungen in einer zeitgemäßen und effizienten Art zu begegnen. Ein besonderes Augenmerk wird am Institut auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Verwertung der Forschungsergebnisse gelegt und damit auf ihre Überführung in die Praxis. Um spezifische Aufgaben zu lösen, entwickelt das DLR-MI die theoretischen Grundlagen weiter, führt Simulationen durch, baut Demonstratoren auf und testet diese im realen Umfeld gemeinsam mit ihren zukünftigen Nutzer:innen. Es verfügt über 53 Mitarbeitende (VZÄ) und hat jährliche Gesamterträge in Höhe von 5,8 Millionen Euro (davon Drittmittel in Höhe von 1 Million Euro).

DLR-Institut für Raumfahrtsysteme (DLR-RY)

Das DLR-Institut für Raumfahrtsysteme in Bremen entwirft und analysiert zukünftige Raumfahrzeuge und Raumfahrtmissionen (Trägersysteme, Orbital- und Explorationssysteme, Satelliten) und bewertet sie hinsichtlich ihrer wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sowie unter ökologischen Aspekten. Am DLR-RY sind rund 140 Mitarbeitende (VZÄ) beschäftigt. Das DLR-RY ist Kompetenzzentrum für das Systemengineering mit Schwerpunkten im Systemdesign, der Systemintegration und Systemtests. Dafür setzt es modernste Methoden des multidisziplinären Engineerings unter anderem mit computergestützten Methoden ein. Als Systeminstitut forscht und entwickelt das Institut in Kooperation mit anderen Wissenschaftseinrichtungen und mit der Industrie innovative Raumfahrttechnologien für den internationalen Raumfahrtmarkt. Die Gesamterträge beliefen sich 2023 auf ca. 23 Millionen Euro, davon 5,5 Millionen Euro Drittmittel.

DLR-Institut für Satellitengeodäsie und Inertialsensorik (DLR-SI)

Das DLR-Institut für Satellitengeodäsie und Inertialsensorik ist in Hannover und in Bremen angesiedelt. Die Abteilung Relativistische Modellierung in Bremen verfügt über 11,1 Mitarbeitende (VZÄ) und befasst sich mit der Entwicklung von Sensoren, insbesondere Quantensensoren, von der Konzeptphase bis zur Datenanalyse. Im Mittelpunkt stehen dabei Weltraummissionen, aber auch in den Bereichen Medizintechnik und Luftfahrt wird geforscht. Ziel ist es, digitale Zwillinge für unterschiedliche Missionsphasen zu entwickeln. Der Schwerpunkt der in Bremen verorteten Abteilung liegt auf Missionen, bei denen neu entwickelte Quantensensoren für die Satellitengeodäsie, Navigation und darüber hinaus zum Einsatz kommen. Zudem wird an weiteren Einsatzmöglichkeiten von quantenoptischen Sensoren in Bereichen der Medizintechnik und der Luftfahrt geforscht. Im Jahr 2023 hatte der Bremer Standort des DLR-SI Gesamterträge in Höhe von 1,3 Millionen Euro, davon 170T Euro Drittmittel.

Faserinstitut (FIBRE)

Das Faserinstitut Bremen e.V. nimmt vor allem anwendungsorientierte Forschungs- und Entwicklungsaufgaben, aber auch Grundlagenforschung auf den Gebieten Faser-Kunststoff-Verbunde sowie Kunststoff- und Naturfasern für technische Textilien wahr. Vor über 50 Jahren als Prüflabor für Baumwollstoffe gegründet, ist es heute das Ziel, die industrielle Nutzung von Fasern und Faser-Kunststoff-Verbunden zu befördern und durch Ausschöpfung ihrer herausragenden Eigenschaftspotenziale zur Nachhaltigkeit von Produkten beizutragen. Hierzu wird ein grundlegendes Materialverständnis für die Entwicklung neuer Werkstoffe, Prozesstechnologien, (Leichtbau-) Designs sowie Prüf-, Mess-, und Überwachungsmethoden genutzt. Die Grundlage bildet ein interdisziplinäres Team aus etwa 60 Mitarbeitenden (VZÄ), das vielfältiges Fachwissen in den Ingenieurswissenschaften mit Expertisen in Chemie, Physik und Informatik kombiniert. Als wissenschaftliches Institut an der Universität Bremen engagiert sich das FIBRE in der akademischen Ausbildung und vertritt das Fachgebiet Werkstofftechnik, Faserverbundwerkstoffe & Leichtbau in der Lehre sowie gegenüber der interessierten Öffentlichkeit. Zur bestmöglichen Vernetzung sind Büros, Labore und Technika des FIBRE sowohl auf dem Campus der Universität Bremen als auch im Bremer Forschungs- und Technologiezentrum ECOMAT beheimatet. Weitere Standorte

befinden sich in der Baumwollbörse (Naturfaserprüfung), am DLR Standort Bremen (Flüssigwasserstoff-Labor, im Aufbau) sowie im Technologiezentrum Stade. Die Drittmittel betrugen im Jahr 2023 rund 7 Millionen Euro.

Forschungsstelle Osteuropa (FSO)

Die Forschungsstelle Osteuropa (FSO) ist eine außeruniversitäre Forschungs- und Archiveinrichtung an der Universität Bremen mit 16,6 Mitarbeitenden (VZÄ). Im Jahre 1982 in der Zeit des Kalten Krieges gegründet, versteht sich die FSO heute als ein Ort, an dem die damals „Ostblock“ genannten Staaten, ihre Gesellschaften und Kultur aufgearbeitet sowie aktuelle Entwicklungen in der Region Ost- und Ostmitteleuropas analysiert werden. Die interdisziplinäre Vielfalt sowie die regionale Breite bilden deutschlandweit und international ein einmaliges Forschungsprofil. Ein weiteres Alleinstellungsmerkmal der FSO ist ihr auf Opposition und Dissens nach 1945/53 in Ost(mittel)europa spezialisiertes Forschungsarchiv. Es ist in seinem thematischen Zuschnitt, in seiner regionalen Breite (ehemalige UdSSR, Polen, ČSSR, Ungarn, DDR), in seiner Quantität (750 persönliche Vor- und Nachlässe) und Qualität weltweit einzigartig. Neben Forschung und Forschungsarchiv liegt ein dritter Schwerpunkt der FSO in der Vermittlung von Fachwissen an die breite Öffentlichkeit. Für die Wissenschaftskommunikation zentral ist die Bereitstellung von umfangreichen Online-Informationsangeboten zu aktuellen politischen Entwicklungen in Form der „Länder-Analysen“ und die Organisation von Ausstellungen und Veranstaltungen in Bremen sowie bundesweit. Die Finanzierung des Instituts erfolgt durch die Kultusministerkonferenz der Länder sowie des Landes Bremen. Zusätzlich werden Drittmittelprojekte unterschiedlicher Mittelgeberinnen eingeworben.

Fraunhofer Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung (IFAM)

Das Fraunhofer IFAM ist eine der europaweit bedeutendsten unabhängigen Forschungseinrichtungen auf den Gebieten Klebetechnik, Oberflächen, Formgebung und Funktionswerkstoffe. Derzeit bündeln über 700 Mitarbeitende (VZÄ) ihr Know-how in sieben Kernkompetenzen: Metallische Werkstoffe, Polymere Werkstoffe, Oberflächentechnik, Kleben, Formgebung und Funktionswerkstoffe, Automatisierung und Robotik, Energiespeicher und -wandler. Die Gesamterträge des Fraunhofer IFAM beliefen sich 2023 auf knapp 54 Millionen Euro. Die Produkte und Technologien adressieren Branchen mit besonderer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit: Luftfahrt, Automotive, Energietechnik, Medizintechnik und Life Sciences sowie Maritime Technologien. Am Institut entwickelte Lösungen kommen auch in anderen Wirtschaftszweigen wie Maschinen- und Anlagenbau, Elektronik und der elektrotechnischen Industrie sowie Schiff- und Schienenfahrzeugbau oder Verpackungs- und der Bauindustrie zur Anwendung. Fraunhofer Aviation & Space (2022 eröffnet, angesiedelt im ECOMAT Bremen) ist ein Zusammenschluss von über 30 Fraunhofer-Instituten, die angewandte Forschung im Bereich der Luft- und Raumfahrtwirtschaft betreiben. Die Leitung des Fraunhofer IFAM ist Sprecher für den Bereich Aviation.

Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin MEVIS

Fraunhofer MEVIS ist ein Forschungsinstitut mit Sitz in Bremen (117 VZÄ), das sich auf digitale Medizin und Bildverarbeitung spezialisiert hat. Es entwickelt innovative Softwarelösungen für die medizinische Diagnostik, Therapieplanung und Therapieunterstützung. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) und datenbasierter Modellierung, um die personalisierte Medizin zu verbessern. Das Institut arbeitet eng mit Kliniken, Hochschulen und der Industrie zusammen, um neue Technologien in die medizinische Praxis zu überführen. Ein Beispiel sind KI-gestützte Systeme zur Früherkennung von Krebs oder zur präziseren Planung von chirurgischen Eingriffen. Fraunhofer MEVIS leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der digitalen Gesundheitsversorgung und zur Verbesserung der Patientenversorgung.

Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme (IWES)

Das Fraunhofer IWES forscht zu allen Themen der Windenergie und der Wasserstoffgewinnung mit erneuerbaren Energien. Dabei stehen das Testen und die Validierung von Komponenten und Technologien im Mittelpunkt. Dies umfasst sämtliche Bestandteile von Windenergieanlagen wie Rotorblätter, Turbinen und weitere Teile des Antriebsstrangs. Die Messung und Charakterisierung von Umweltbedingungen für die Windparkplanung (Wind, Seismik, Seegang und Strömung), sowie die Qualifizierung von (Verbund-)Werkstoffen und Feldmessungen an Anlagen sind weitere Forschungsschwerpunkte des IWES. Im Bereich Wasserstoff bietet das IWES ein Testfeld zur Erforschung der Kopplung von Wasserstofferzeugung und Windenergiegewinnung sowie der Netzkompatibilität von Elektrolyseuren. Neben den physischen Prüfmethoden kommen dabei digitale Prüfmethoden, Simulationen, Modelle und digitale Zwillinge zum Einsatz. Am Standort Bremen/Bremerhaven sind rund 290 Mitarbeitende beschäftigt. Das Institut hat ein Grundbudget in Höhe von rd. 11 Mio. Euro und wirbt in der Regel jährlich zusätzlich 70-110 Mio. Euro Drittmittel (öffentlich sowie Industrie) ein.

Hanse-Wissenschaftskolleg – Institute for Advanced Study (HWK)

Das HWK mit seinen 15 Mitarbeitenden (VZÄ) fördert exzellente Wissenschaft durch Fellowships für herausragende Forscherinnen und Forscher aus aller Welt. Das HWK ist unabhängiges Institute for Advanced Study und gemeinnützige Stiftung der Länder Bremen und Niedersachsen und der Stadt Delmenhorst. Es kooperiert eng mit den Universitäten Bremen und Oldenburg und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen der Nordwestregion. Das HWK und seine Fellows leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Internationalisierung. Das Budget beläuft sich auf 2,45 Millionen Euro jährlich sowie sonstige Erträge in Höhe von 100T Euro.

Institut für Informationsmanagement Bremen GmbH (ifib)

Das ifib ist eine Forschungseinrichtung des Landes Bremen und An-Institut der Universität Bremen, das sich auf aktuelle Entwicklungen, Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten der digitalen Transformation insbesondere im Bereich der Bildung und öffentlichen Verwaltung konzentriert. Die ifib consult GmbH als 100%tige Tochtergesellschaft des ifib baut die Forschungsergebnisse, insbesondere im Bereich der

Medienentwicklungsplanung und im Bereich der digitalen Transformation der Verwaltung kontinuierlich aus. Am ifib und in der ifib consult sind 19 Mitarbeitende (VZÄ) beschäftigt. Die Forschung der bereits seit 2002 bestehenden landesfinanzierten Einrichtung mit einem interdisziplinär aufgestellten Team sowohl aus Informatiker:innen als auch aus Sozialwissenschaftler:innen nimmt dabei immer auch eine kritische Perspektive auf Technologieentwicklung ein, indem es auf die soziale Einbettung und damit die organisatorische Gestaltbarkeit fokussiert. Die Drittmittel des ifib beliefen sich auf 1,5 Millionen Euro im Jahr 2023.

Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL)

Das Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik (ISL) ist ein renommiertes Forschungs- und Beratungsinstitut für maritime Logistik in Europa und weltweit. Es bietet Marktanalysen, Prognosen und datengetriebene Lösungen für die Optimierung maritimer Transportketten an und entwickelt innovative IT-Systeme sowie maßgeschneiderte Softwarelösungen für die Branche. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Digitalisierung und Automatisierung in Häfen und der Schifffahrt. In den letzten Jahren hat zudem das Thema Nachhaltigkeit in der maritimen Logistik stark an Bedeutung gewonnen. Neben seiner Beteiligung an nationalen und internationalen Forschungsprojekten berät das ISL Politik, Verwaltung und Wirtschaft zu Themen wie Schifffahrt, Hafenentwicklung, Hinterlandverkehre und Schiffbau. Dabei stehen die Analyse von Wirkungszusammenhängen, die Entwicklung nachhaltiger Verkehrskonzepte sowie IT- und Sicherheitsaspekte in Transportknoten und -ketten im Fokus. Das ISL beschäftigt 40 Mitarbeitende mit 35 VZÄ. Seine jährlichen Gesamterträge belaufen sich auf ca. 3,5 Millionen Euro (davon ca. 2,3 Millionen Euro Drittmittel).

Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS)

Das Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS GmbH) zählt mit seinen 149 Beschäftigten (VZÄ) zu den national führenden epidemiologischen Forschungsinstituten mit internationaler Anerkennung. Zum Aufgabenspektrum des BIPS gehören die bevölkerungsbezogene Krankheitsursachenforschung, Prävention und Gesundheitsförderung, die Untersuchung der Wirksamkeit der entwickelten Präventionsmaßnahmen und der Transfer der Ergebnisse in die Gesellschaft sowie die Arzneimittelrisiko- und Versorgungsforschung.

Leibniz-Institut für werkstofforientierte Technologien (IWT)

Das Leibniz-IWT mit knapp 180 Mitarbeitenden (VZÄ) vereint Werkstoff-, Verfahrens- und Fertigungstechnik sowie Materialprüfung und konzentriert sich auf die Werkstoffgruppe der Metalle sowie auf Bauwerkstoffe. Das Institut erzielt jährliche Gesamterträge von 20 Millionen Euro (Drittmittel 13 Millionen Euro) und ist seit 2018 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Leibniz-IWT widmen sich übergreifenden Fragestellungen mit besonderer Praxisrelevanz entlang der gesamten Prozesskette von der Materialerstellung, wie der Pulverherstellung für die additive Fertigung, bis hin zur Analyse der final bearbeiteten Bauteile, zum Beispiel von hoch präzisen Zahnrädern, von hohem Interesse für die Industrie. Darüber hinaus greifen Themenschwerpunkte zukunftsrelevante Fragestellungen auf: zu digitaler und

technologischer Souveränität, u. a. durch effiziente Gestaltung von Produktionstechnologien und Digitalisierung; zur Energiewende, z. B. mit Forschung zu Wasserstofftechnologien, zu nachhaltigem und kreislauffähigem Bauen; zu ressourceneffizienter Mobilität, und zur Erforschung, Schutz und nachhaltiger Nutzung des Weltraums und der Meere.

Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung (ZMT)

Das ZMT ist deutschlandweit das einzige wissenschaftliche Institut, das ausschließlich tropische und subtropische Küstenökosysteme und ihre Bedeutung für Natur und Menschen erforscht. Gemeinsam mit seinen Partnern in den Tropenländern schaffen ca. 150 Mitarbeitende eine wissenschaftliche Grundlage für den Schutz und die nachhaltige Nutzung der tropischen Küstenökosysteme. Neben der Forschung liegt sein Schwerpunkt auf Kapazitätsentwicklung des wissenschaftlichen Personals in den tropischen Ländern und Beratung. Die wichtigsten Partnerländer sind Kolumbien, Indonesien, Brasilien, Ghana, Tansania, Bangladesch und Fidschi. Die Besonderheit des ZMT ist, dass es ein Studienprofil im Masterstudiengang Meeresbiologie an der Uni Bremen etabliert hat: International Studies of Tropical Aquatic Ecosystems (bekannt als ISATEC). Ein Alleinstellungsmerkmal des ZMT ist die interdisziplinäre Forschung, die natur- und sozialwissenschaftliche Ansätze (inkl. Ökonomie) verbindet. Die Jahreserträge des ZMT beliefen sich 2023 auf 14 Millionen Euro (davon ca. 4 Millionen Euro Drittmittel).

Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie (MPI-MM)

Das MPI für Marine Mikrobiologie ist eine wissenschaftliche Einrichtung der Max-Planck-Gesellschaft. Es wurde 1992 von der MPG gegründet. Im MPI-MM arbeiten ca. 190 Mitarbeitende. Sein Jahresumsatz betrug 2023 ca. 18 Millionen Euro (davon ca. 1,5 Millionen Euro Drittmittel). Am MPI-MM werden geologische, biogeochemische und mikro-/molekularbiologische Ansätze genutzt, um herauszufinden, wie die Aktivität von Mikroben die globalen Stoffkreisläufe in marinen Lebensräumen und darüber hinaus beeinflusst. Am MPI-MM arbeitet neben einer MARUM MPG Brückengruppe für Marine Glykobiologie eine HGF MPG Brückengruppe für Tiefsee-Ökologie und -Technologie. Das MPI-MM betreibt seit 2002 für die Early Career Researcher ECR die International Max-Planck Research School MarMic als ein kombiniertes Master-PhD-Programm in Kooperation mit der Universität Bremen, der Constructor University Bremen und dem AWI. MarMic lehrt die Studierenden einen interdisziplinären Ansatz zum Verständnis der marinen Mikrobiologie.

ZARM Fallturm-Betriebsgesellschaft (ZARM-FAB)

Die ZARM-FAB ist die Betreibergesellschaft für den Fallturm Bremen. Ihre Aufgabe ist die Unterstützung der Forschung auf dem Gebiet der Mikrogravitation – insbesondere des inneruniversitären ZARM Instituts. Eigene Forschungsarbeiten führt die ZARM-FAB nicht durch. Der Fallturm ermöglicht Experimente unter kurzzeitiger Schwerelosigkeit. Die ZARM-FAB hat für den Betrieb des Fallturms die Aufgaben der technischen Organisation des Experimentierbetriebs, der Wartung und Instandhaltung der Anlage, der administrativen Abwicklung von Fallversuchen, der Auftragsakquisition sowie der technischen Weiterentwicklung des Fallturmsystems. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Entwicklung der sogenannten GraviTower Technologie, einem Fallturmsystem mit dem

deutlich mehr Experimente pro Tag durchgeführt werden können und das im GraviTower Prototyp angewendet wird. Daneben werden neue Geschäftsfelder in Kooperation mit der Industrie erschlossen. Die ZARM-FAB beschäftigt ca. 26 Mitarbeitende (VZÄ). Die Erträge umfassen 4,2 Mio. Euro. Davon sind 168T Euro institutionelle Förderung.

6.4. Glossar

ADE – Arbeitsstelle gegen Diskriminierung und Gewalt- Expertise und Konfliktberatung

AICHC – AI Center for Healthcare

AuF – Außeruniversitäre Forschung

AUF – Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

AV-Glei – Ausführungsvereinbarung Gleichstellung

AWI – Alfred-Wegener-Institut Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung

BAföG – Bundesausbildungsföderungsgesetz

BAföGÄndG – Gesetz zur Änderung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes

BEST – Bremer Forschungszentrum für Energiesysteme

BIAS – Bremer Institut für angewandte Strahltechnik

BIBA – Bremer Institut für Produktion und Logistik

BIGSSS – Bremen International Graduate School of Social Sciences

BIPS – Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie

BKM – Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

BMFTR – Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt

BMWK – Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

BNE – Bildung für Nachhaltige Entwicklung

BreGoS – Nachhaltigkeitsinitiative Bremen Goes Sustainable

BremHG – Bremisches Hochschulgesetz

BremKEG – Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetz

BRIDGE – Existenzgründungsberatung der Bremer Hochschulen

BYRD – Bremen Early Career Researcher Development

CAUSE – Graduiertenkolleg für Cognitive Autonomous Subsurface Exploration

CHE – Centrum für Hochschulentwicklung

COP – UN-Klimakonferenz

CUB – Constructor University Bremen

DAM – Deutsche Allianz Meeresforschung

DATI – Deutsche Agentur für Transfer und Innovation

DEAL – Initiative der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen

DFG – Deutsche Forschungsgemeinschaft

DFKI – Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz

DHI – Innovationszentrum Digital Hub Industry

DIFIS – Deutsches Institut für Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung

DLR – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt

DLR-MI – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt – Institut für den Schutz maritimer Infrastrukturen

DLR-RY – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt – Institut für Raumfahrtsysteme

DLR-SI – Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt – Institut für Satellitengeodäsie und Inertialsensorik

DSM – Deutsches Schifffahrtsmuseum – Leibniz-Institut für Maritime Geschichte

DWD – Deutscher Wetterdienst

EASE – Sonderfordungsbereich Everyday Activity Science and Engineering

ECOMAT – Center for Eco-efficient Materials & Technologies

EERA – European Energy Research Alliance

EFRE – Europäische Fonds für die Regionalentwicklung

E-LIB – Elektronische Bibliothek der Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

ERC – European Research Councils

eStA – digitale Studierenden- und Prüfungsakte

ETIPWind – European Technology and Innovation Platform on Wind Energy

euROBIN – europäisches Exzellenznetzwerk für KI-basierte Robotik

EXIST – Förderprogramme des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz

FGZ – Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

FH – Fachhochschule

FIBRE – Faserinstitut Bremen

ForWind – Zentrum für Windenergieforschung

FSO – Forschungsstelle Osteuropa

FTS – Forschungs- und Transferschwerpunkte

FuE – Forschung und Entwicklung

GLOKAL – Kompetenzzentrum Nachhaltigkeit im Globalen Wandel

GLOMAR – Bremen International Graduate School for Marine Sciences

HAW – Hochschule für angewandte Wissenschaften

HEARAZ – Graduiertenkolleg für die effiziente Entwicklung einer neuen Generation ohrnaher vernetzter technischer Assistenzsysteme

HERE AHEAD – Vorbereitungsprogramme für internationale Studienbewerber:innen der Academy for Higher Education Access Development

HfK – Hochschule für Künste Bremen

HIFMB – Helmholtz-Institut für Funktionelle Marine Biodiversität

HIS-HE – HIS-Institut für Hochschulentwicklung e.V.

HIT Bremen – Hochschul-IT für Bremen

HSB – Hochschule Bremen

HWK – Hanse-Wissenschaftskolleg – Institute for Advanced Study

HZB – Hochschulzugangsberechtigung

iaw – Institut Arbeit und Wirtschaft

I-CUH – Innovationscommunity Urban Health

IFAM – Fraunhofer-Institut für Fertigungstechnik und Angewandte Materialforschung

ifib – Institut für Informationsmanagement Bremen

IJCAI-ECAI – International Joint Conference on Artificial Intelligence

InIIS – Institut für Interkulturelle und Internationale Studien

IP(R) – Intellectual Property (Rights)

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change

IPP – Institut für Public Health und Pflegeforschung

ISATEC – International Studies of Tropical Aquatic Ecosystems

ISL – Institut für Seeverkehrswirtschaft und Logistik

IWES – Fraunhofer-Institut für Windenergiesysteme

IWT – Leibniz-Institut für Werkstofforientierte Technologien

KEP – Klimaschutz- und Energieprogramm

KI – Künstliche Intelligenz

KKSB – Kompetenzzentrum Klinische Studien

KMK – Kultusministerkonferenz

KMU – Kleine und mittlere Unternehmen

MAPEX – Center for Materials and Processes

MARUM – Zentrum für Marine Umweltwissenschaften

MaTeNa – Materialien – Technologien – Nachhaltigkeit

MEVIS – Fraunhofer-Institut für Digitale Medizin

MINT – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik

MMM – Wissenschaftsschwerpunkt Minds, Media, Machines

MPI-MM – Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie

NFDI – Nationale Forschungsdateninfrastruktur

OER – Open Educational Resources

PFI – Pakt für Forschung und Innovation

PhD – wissenschaftlicher Doktorgrad Philosophiae Doctor

Post-Docs – Postdoktorand:innen

PPP – Public Private Partnership

QMPO – Quereinstiegs Multiprofessionalität Optional

SELF – Graduiertenkolleg Social Dynamics of the Self

SFB – Sonderforschungsbereich

SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik

STARS-EU – Strategic Alliance for Regional Transition European University

STÄWOG – Städtische Wohnungsgesellschaft Bremerhaven mbH

StW – Studierendenwerk

SUKW – Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft

SuUB – Staats- und Universitätsbibliothek

SZHB – Sprachenzentrum der Hochschulen im Land Bremen

THE – Times Higher Education

ttz – Verein zum Technologietransfer an der Hochschule Bremerhaven e.V.

UBRA – U Bremen Research Alliance

VAN – Virtuelle Akademie Nachhaltigkeit

VNU – Verbund der Norddeutschen Universitäten

VZÄ – Vollzeitäquivalente

WissenschaftsMK – Wissenschaftminister:innenkonferenz

WFB – Wirtschaftsförderung Bremen

YUFE – Young Universities for the Future of Europe

zap – Zentrum für Arbeit und Politik

ZARM – Zentrum für angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation

ZARM-FAB – ZARM Fallturm-Betriebsgesellschaft

ZeMKI – Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung

ZETA – Zentrum für energieeffiziente Technik und Architektur

ZfT – Zentrum für Tiefseeforschung

ZMT – Leibniz-Zentrum für Marine Tropenforschung GmbH

ZSL – Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken